



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Strategie des grünen Wachstums und ihre
Problematisierung im Europäischen Parlament: eine
explorative Studie

verfasst von / submitted by

Samuel Kempf BA M.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 /Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Barbara Prainsack

Danksagung

Ich danke meiner Betreuerin, Frau Prof. Dr. Barbara Prainsack, für die Unterstützung und den stets guten Rat. Besonderer Dank ergeht darüber hinaus an die Forschungsteilnehmerinnen dieser Studie. Ohne sie wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Tabellenverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	IV
1 Einleitung	1
1.1 Einführung in das Thema	1
1.2 Forschungsstand	7
1.3 Forschungsvorhaben	10
1.3.1 Forschungsfrage	11
1.3.2 Annahmen über das Phänomen	12
1.3.3 Theoretischer Rahmen	13
1.3.4 Verwendete Konzepte	14
1.3.4.1 Wirtschaftswachstum	14
1.3.4.2 Grünes Wachstum und Entkopplung	15
1.3.4.3 (Ökologische) Wachstumskritik bzw. Kritik/Zweifel an grünem Wachstum	17
1.3.4.4 Meinungs- und Willensbildungsprozess	18
1.3.5 Relevanz	18
2 Methode	19
2.1 Forschungsdesign	19
2.2 Sampling	20
2.3 Kontaktaufnahme und Rekrutierung	21
2.4 Datengenerierung	23
2.5 Datenmaterial	24
2.6 Forschungsinstrumente	25
2.7 Analysemethode	26
2.8 Limitationen	27
2.9 Forschungsethische Aspekte	28
3 Ergebnisse	29
3.1 Situationen, Orte und Akteure der Problematisierung grünen Wachstums	29
3.1.1 Die Grünen/EFA	29
3.1.2 Die Linke	31
3.1.3 Restliche Fraktionen	35
3.2 Zwischenfazit	37

3.3	Mögliche Gründe für die Nichtproblematisierung grünen Wachstums	38
3.3.1	Pragmatismus	38
3.3.2	Machtdefizit der Wachstumskritikerinnen	42
3.3.3	Fehlende Debattenkultur und Zeitdruck	45
3.3.4	Debatte um grünes Wachstum ist zu „theoretisch“	47
3.3.5	Wirtschaftswachstum als Garant von sozialen und demokratischen Standards .	49
3.3.6	Glaube an technischen Fortschritt und Zweckoptimismus	52
3.3.7	Fehlendes Verständnis für die ökologische Problematik grünen Wachstums	55
3.4	Beantwortung der Forschungsfrage	58
4	Diskussion	59
4.1	Erklärungen für die Ergebnisse	59
4.1.1	Wachstums- und kapitalismuskritisches Erbe der Grünen und Linken	59
4.1.2	Pragmatismus als Dilemma systemkritischer politischer Bewegungen.....	61
4.1.3	Einfluss der Europäischen Kommission auf die Politikgestaltung in der EU	62
4.1.4	Kompetenzzuwachs und strukturelle Überforderung.....	63
4.1.5	Strukturelle Marginalisierung und fehlende Anomalien.....	64
4.1.6	Fortschrittsideologie und Wachstumsabhängigkeit kapitalistischer Gesellschaften	66
4.1.7	Strategien des Umgangs mit „unangenehmem Wissen“	67
4.1.8	Grünes Wachstum als eine „unangemessene Abstraktion“	69
4.2	Verhältnis zum bestehenden Forschungsstand.....	70
4.3	Praktische Implikationen.....	73
5	Zusammenfassung	75
6	Literatur- und Quellenverzeichnis	80
7	Anhang	91
7.1	Abstract Deutsch.....	91
7.2	Abstract Englisch	91
7.3	Interviewleitfaden.....	92

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1: Forschungsteilnehmerinnen</i>	23
---	----

Abkürzungsverzeichnis

BIP	<i>Bruttoinlandsprodukt</i>
DDR.....	<i>Deutsche Demokratische Republik</i>
EK.....	<i>Europäische Kommission</i>
EKR.....	<i>Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen</i>
EP	<i>Europäisches Parlament</i>
ER.....	<i>Europäischer Rat</i>
EU.....	<i>Europäische Union</i>
EVP.....	<i>Fraktion der Europäische Volkspartei (Christdemokraten)</i>
ID.....	<i>Fraktion Identität und Demokratie</i>
Linke.....	<i>Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament - GUE/NGL</i>
Renew	<i>Renew Europe</i>
S&D.....	<i>Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament</i>

1 Einleitung

1.1 Einführung in das Thema

Als die neue Präsidentin der Europäischen Kommission (EK), Ursula von der Leyen, im Dezember 2019 (wenige Tage nach ihrem Amtsantritt) zum ersten Mal im Europäischen Parlament (EP) zu Gast war, um ihren *Europäischen Green Deal* (vgl. EK 2019) zu bewerben, stieß sie auf viel Zustimmung. Die meisten Abgeordneten, die in der nachfolgenden Debatte – welche eher als eine Aneinanderreihung von sehr kurzen Redebeiträgen vorzustellen ist¹ – das Wort ergriffen, begrüßten die wirtschafts- und umweltpolitische Neuausrichtung der Europäischen Union (EU), die dieser Green Deal verkörperte. Sein erklärtes Hauptziel war es nämlich, dass „das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt“ (EK 2019: 2) wird. So könnte die Wirtschaft weiterwachsen, während gleichzeitig die negativen Auswirkungen dieses Wirtschaftens – etwa der CO²-Ausstoß und der damit verbundene Klimawandel – verringert würden.

Einige wenige Stimmen der Fraktionen *Die Linke im Europäischen Parlament - GUE/NGL* und *Die Grünen/Europäische Freie Allianz* sowie die Mehrheit der ganz rechten Kräfte im EP bezweifelten jedoch, dass sich weiteres Wirtschaftswachstum mit den Nachhaltigkeitszielen der Europäischen Union vereinbaren ließe. Während von linker bzw. grüner Seite in Frage gestellt wurde, inwiefern die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden könnten, wenn es weiteres Wirtschaftswachstum gäbe, sorgten sich die rechten Kräfte im Gegensatz dazu v. a. darum, dass zu ambitionierte Klima- und Umweltschutzgesetze die wirtschaftliche Entwicklung der EU behindern könnten. Insbesondere die linke und grüne Kritik am Green Deal schien in der Debatte im Großen und Ganzen jedoch unterzugehen.

Die Vorbehalte linker und grüner Abgeordneter hinsichtlich der nachhaltigen Gestaltung von Wirtschaftswachstum fanden sich einen Monat später auch in den schriftlichen Stellungnahmen der Fraktionen zum Green Deal wieder. So äußerten die Grünen „großes Bedauern angesichts dessen, dass die Kommission den europäischen Grünen Deal derzeit als ‚neue Wachstumsstrategie‘ darstellt, während sein wichtigstes Ziel ganz im Gegenteil der gemeinsame Wohlstand im Rahmen der Möglichkeiten unseres Planeten sein müsste“ (EP 2020a: 7f). Die EK solle daher „bei den Entscheidungen über Maßnahmen im Rahmen des europäischen Green Deal deutlich [...] machen, dass ein Anstieg des traditionell definierten

¹ Auf der Webseite des Europäischen Parlaments finden sich sowohl ein Protokoll (vgl. EP 2019a) als auch eine Videoaufnahme der Debatte (vgl. EP 2019b).

wirtschaftlichen Mehrwerts bei weitem weniger wichtig ist als das tatsächliche Erreichen von Klimazielen und anderen ökologischen Zielsetzungen“ (EP 2020a.: 8).

Noch deutlicher war die Kritik der Linken. Auch sie „bedauert[e], dass die Kommission den europäischen Grünen Deal als neue Wachstumsstrategie konzipiert“ hat (EP 2020b: 6). Denn „die einseitige Konzentration auf Wirtschaftswachstum [hat] zu einer Notlage in Bezug auf Klima und biologische Vielfalt geführt“ (ebd.: 5f). Die Klima- und Umweltkrisen könnten aber nicht „mit derselben Denkweise gelöst werden, die sie verursacht haben“ (ebd.: 6). Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klima- und Umweltkrisen müssten folglich „eine Abkehr von der Obsession mit dem Wirtschaftswachstum darstellen, die die Ursache beider Krisen darstellt, und der ‚europäische Grüne Deal‘ [muss] der Anfang vom Ende dieses destruktiven Dogmas sein“ (ebd.: 4). Es sei „notwendig [...], Wirtschaftsmodelle umzusetzen, bei denen die Grenzen des Planeten, die sozialen Bedürfnisse und die Menschenrechte berücksichtigt werden, anstatt blind dem Wirtschaftswachstum nachzuhängen“ (ebd.: 6). Die Abkehr vom Wirtschaftswachstum impliziere damit letztlich auch eine Abkehr vom Kapitalismus, welcher „weder grün ist, noch grün gemacht werden kann“ (EP 2020b: 6). Man sei nämlich „der Auffassung, dass das vorherrschende sozioökonomische System von Natur aus nicht nachhaltig ist und dass die kapitalistische Akkumulation in völligem Widerspruch zu den physischen Grenzen des Planeten steht, wodurch das Gleichgewicht, von dem alles Leben abhängt, gestört wird“ (ebd.).

Diese klaren Worte fanden jedoch keine Berücksichtigung in der abschließenden, gesamtparlamentarischen Stellungnahme des EP, welche von der Europäischen Volkspartei (EVP), den Sozialdemokraten (S&D), den Liberalen (Renew) – sowie auch den Grünen – gestützt wurde. Darin fand sich vielmehr das ursprüngliche Wording der EK wieder, wonach „der Grüne Deal im Mittelpunkt der Strategie Europas für neues nachhaltiges Wachstum stehen sollte, wobei die Grenzen des Planeten zu achten sind, und dass damit wirtschaftliche Chancen geschaffen, Investitionen gefördert und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden sollten“ (EP 2020c: 3). Ebenso wurde in der Stellungnahme die Auffassung geäußert, dass der Green Deal zu „einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft führen wird, in der das Wirtschaftswachstum von den globalen Treibhausgasemissionen, der Ressourcennutzung und der Abfallerzeugung in der EU abgekoppelt ist“ (ebd.). Zumindest die Grünen gaben ihre Bedenken an der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeitszielen letztlich also auf. Doch worum geht es bei diesen Bedenken genau?

Die Ablehnung von Wirtschaftswachstum durch die Linken und Grünen (oder zumindest durch Teile von ihnen) ist auf die Erkenntnisse der ökologischen Wachstumskritik zurückzuführen. Die ökologische Wachstumskritik geht davon aus, dass Wirtschaftswachstum, also die Zunahme der Endproduktion von Gütern, Waren und Dienstleistungen, immer auch mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch verbunden ist. Ab einem gewissen Punkt komme es jedoch zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Da viele Ressourcen nicht erneuerbar seien, andere wiederum sich nicht schnell genug erneuern könnten, gingen sie folglich zu Neige. Sie fehlten dann in der Zukunft, um weiteres Wirtschaftswachstum generieren zu können (vgl. Meadows et al. 1972: 45–57).

Zudem würde der immer weiter zunehmende Verbrauch von Ressourcen zu weitreichenden Umweltverschmutzungen und -zerstörungen führen (vgl. ebd.: 57–65). Diese Verschmutzungen und Zerstörungen könnten aber nicht unbegrenzt stattfinden. Irgendwann erreichten sie Grenzen, deren Überschreitung das ganze Erdsystem destabilisieren würde (vgl. Steffen et al. 2015: 1). Das bekannteste Beispiel für eine solche „planetare Grenze“ ist der Klimawandel. Das durch das Verfeuern von fossilen Brennstoffen in die Atmosphäre freigesetzte CO² kann derselben durch die natürlichen Senken² nicht mehr schnell genug entzogen werden. Der CO²-Gehalt der Atmosphäre nimmt zu, was zur Erderwärmung und damit zum Klimawandel führt. Diese Überschreitung der planetaren Grenzen drohe mittel- und langfristig jedoch die Ökosysteme aus dem Gleichgewicht zu bringen, mit potenziell verheerenden Folgen für die Bewohnbarkeit des Planeten (vgl. Rockström et al. 2009: 472).

Zur begrenzten Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und der destabilisierenden Wirkung ihres Verbrauchs kämen zusätzlich noch die physikalischen Grenzen wirtschaftlicher Prozesse hinzu. Diese machten eine vollständige Kreislaufführung von Ressourcen unmöglich. Gemäß dem Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik nehme nämlich in einem geschlossenen System der Nutzen von Energie und Materie kontinuierlich und irreversibel ab. Um dasselbe Ausmaß an Nutzen ein zweites Mal zu erhalten, bedürfe es daher der Zufuhr von zusätzlicher Energie bzw. neuer Materie (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 237). Da beides im geschlossenen System der Erde jedoch nicht unbegrenzt vorhanden sei, würde die für Wirtschaftswachstum nutzbare Energie- und Materialbasis kontinuierlich schrumpfen. Immerwährendes Wachstum sei somit nicht realisierbar, im Gegenteil müsse die Wirtschaft aufgrund dieser physikalischen Grenzen mit der Zeit sogar zwangsläufig schrumpfen (vgl. Georgescu-Roegen 1975: 369).

² Natürliche Senken sind Orte, an denen die während der Produktion und des Verbrauchs von Gütern, Waren und Dienstleistungen entstandenen Schadstoffe absorbiert werden (z. B. Meere oder Wälder).

Die meisten politischen Entscheidungsträgerinnen³ erkennen heutzutage an, dass ein Zuwachs an wirtschaftlicher Aktivität – wie ihn Wirtschaftswachstum signalisiert – mit erhöhtem Ressourcenverbrauch und damit auch gesteigerten Umweltbelastungen einhergeht. Anstatt jedoch Wirtschaftswachstum als Politikziel aufzugeben, um so die Umweltbelastungen zu senken, hat sich in der internationalen Umweltpolitik in den letzten Jahrzehnten die Idee eines „nachhaltigen“ bzw. „grünen Wachstums“ herausgebildet. Damit ist die „absolute Entkopplung“ von Wirtschaftswachstum (gemessen als Bruttoinlandsprodukt) und negativen Umweltauswirkungen, also beispielsweise den CO²-Emissionen, gemeint. Während die Wirtschaftsleistung weiter zunimmt, soll gleichzeitig der Ressourcenverbrauch zurückgehen. Gelänge dies, könnten zwei Probleme auf einmal gelöst werden: Der Wohlstand der Menschheit könnte weiter unbegrenzt zunehmen, während die Tragfähigkeit der Erde dauerhaft gewährleistet wäre. Die Idee der absoluten Entkopplung bzw. des grünen Wachstums liegt auch dem Green Deal zugrunde.

Möglich machen sollen dies in erster Linie ein deutlich höheres Ausmaß an Effizienzsteigerungen, ausgelöst durch technologische Innovationen, eine vermehrte Kreislaufführung von Ressourcen sowie der Umstieg auf Erneuerbare Energien (vgl. Jacobs 2013: 200). Insbesondere der Fortschritt in den technischen Möglichkeiten, die Erneuerbaren Energien (v. a. Wind und Sonne) nutzbar zu machen, habe dabei das Argument der ökologischen Wachstumskritik, bei der Erde handle es sich um ein energetisch geschlossenes System, entwertet und den Entkopplungsambitionen neue Kraft gegeben (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 75). Starke Proponenten eines grünen Wachstums, wie beispielsweise die EU, stützen ihre Hoffnung zudem auf die tatsächlich beobachtete, absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen in vielen Industrieländern in den letzten dreißig Jahren. So wäre beispielsweise die europäische Wirtschaft zwischen 1990 und 2018 um 61 Prozent gewachsen, bei gleichzeitigem Rückgang der Emissionen um 23 Prozent (vgl. EK 2019: 5).⁴

Wenngleich die oben beschriebene physikalische Argumentation der frühen ökologischen Wachstumskritik nach wie vor auch auf die Idee eines grünen Wachstums anwendbar ist,

³ In dieser Arbeit soll abwechselnd die männliche und die weibliche Form verwendet werden. Das jeweils andere Geschlecht ist dabei immer mitgemeint.

⁴ Dabei ist das Ausmaß der Entkopplung für den gesamten Zeitraum betrachtet jedoch relativ gering und müsste um ein Vielfaches zulegen, sollen auch die kommenden Klimaziele erreicht werden. Zudem dürfte ein nicht unerheblicher Teil der Reduktionen auf die Abwicklung der CO²-intensiven Industrie der osteuropäischen Staaten Anfang der 1990er Jahre sowie auf die Verlagerung der europäischen Industrieproduktion in Drittstaaten zurückzuführen sein.

nämlich insofern, als die Befürworterinnen eines grünen Wachstums außer Acht ließen, dass die Nutzbarmachung Erneuerbarer Energien mit einem umso höheren Verbrauch von Flächen und Material verbunden sei, und hier somit eine irreversible materielle Degradierung stattfinde (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 74f), so verlangte diese neue Idee des grünen Wachstums dennoch nach einer Auffrischung und Aktualisierung der Argumentation der ökologischen Wachstumskritik. Schließlich behaupteten die Befürworter grünen Wachstums, sie könnten die *Grenzen des Wachstums* (vgl. Meadows et al. 1972) vor dem Hintergrund der oben beschriebenen technischen Entwicklungen und mithilfe einer gesteigerten politischen Anstrengung nun doch überwinden.

Wachstumskritische Ökonominnen haben daher in den letzten Jahren zu zeigen versucht, dass grünes Wachstum weder empirisch noch theoretisch nachweisbar ist. Die Entkopplungsforschung unterscheidet dabei i. d. R. zwischen einer Entkopplung vom Ressourcenverbrauch, etwa Rohstoffen, Energie oder Wasser, und einer Entkopplung von den negativen Umweltauswirkungen, wie z. B. CO₂-Emissionen, Biodiversitätsverlust, Wasserverschmutzung oder Flächenverbrauch (vgl. Parrique et al. 2019: 12). Ausschlaggebend für die Einhaltung planetarer Grenzen sei letztlich die Entkopplung von den negativen Umweltauswirkungen, wobei diese jedoch eng mit dem Ressourcenverbrauch verbunden seien (vgl. ebd.: 13). In der Vergangenheit hätte für beide Dimensionen zumeist nur eine relative Entkopplung nachgewiesen werden können.⁵ Eine absolute Entkopplung wäre hingegen deutlich seltener zu beobachten gewesen, und wenn, dann nur zeitlich und regional begrenzt und zudem keinesfalls in einem ausreichenden Ausmaß, um etwa Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 erreichen zu können.

So hat beispielsweise Tim Jackson, unter Berücksichtigung der prognostizierten und angestrebten Zuwächse der Weltbevölkerung⁶ und der Wirtschaftsleistung, herausgefunden, dass die CO₂-Intensität der Wirtschaft, also das ausgestoßene CO₂ pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in einer Geschwindigkeit abnehmen müsste, die weit über dem liegt, was in der Vergangenheit beobachtet werden konnte, sollen die Pariser Klimaziele erreicht werden (vgl. Jackson 2017: 151–157). Berechnungen der Art, wie sie bei Jackson zu finden sind, haben in weiterer Folge auch andere Entkopplungsforscherinnen angestellt. Sie

⁵ Darunter ist die gleichzeitige Zunahme von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. negativen Umweltauswirkungen zu verstehen, wobei letzteres langsamer zunimmt als ersteres.

⁶ Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Weltbevölkerung von 7,7 Milliarden Menschen im Jahr 2019 auf 9,7 Milliarden im Jahr 2050 und 10,9 Milliarden im Jahr 2100 ansteigen wird (vgl. United Nations 2019: 5).

alle kamen mehr oder weniger zum selben Ergebnis: Die in der Zukunft erforderlichen Entkopplungsraten seien historisch betrachtet äußerst unwahrscheinlich (vgl. Vadén et al. 2021; Vadén et al. 2020; Wiedenhofer et al. 2020; Haberl et al. 2020; Hickel/Kallis 2020; Parrique et al. 2019; Ward et al. 2016).

Um die Idee des grünen Wachstums umfassend zu widerlegen, bedarf es allerdings nicht nur einer empirischen, sondern ebenso – wenn nicht noch mehr – einer theoretischen Beweisführung. Denn die Attraktivität grünen Wachstums liegt genau darin, dass es die vergangenen Wachstumsdynamiken zwar anerkennt, aufgrund seiner oben beschriebenen veränderten Wirtschaftsweise für die Zukunft jedoch deutlich höhere Entkopplungsraten für möglich hält. Selbst wenn die erforderliche Entkopplung in der Vergangenheit also noch nie beobachtet werden konnte, so sei sie doch in der Theorie möglich. Dies zur Kenntnis nehmend, hat die kritische Entkopplungsforschung eine Reihe an Gründen geliefert, wieso grünes Wachstum ganz grundsätzlich nicht funktionieren könne.

Gegen eine Entkopplung im erforderlichen Ausmaß spreche demnach (1) der erhöhte Energie- und Materialaufwand, der in Zukunft für die immer schwerer zu extrahierenden Rohstoffe aufzuwenden sein wird (vgl. Parrique et al. 2019: 32–35), (2) etwaige Rebound-Effekte, also die Neutralisierung oder gar Überkompensation von Ressourceneinsparungen durch die vermehrte Nutzung dieser Ressourcen (vgl. Paech 2019: 75–92; Parrique et al. 2019: 36–39; Schmelzer/Vetter 2019: 79), (3) die oftmals zu beobachtende Verlagerung von ökologischen Problemen, welche viele technologischen Lösungen unbeabsichtigt zur Folge hätten (vgl. Paech 2019: 81–84; Parrique et al. 2019: 40; Antal/van den Bergh 2016: 169), (4) der unterschätzte ökologische Fußabdruck von Dienstleistungen (vgl. Kern 2019: 49–52; Parrique et al. 2019: 42–45), (5) die begrenzten Potenziale einer Kreislaufwirtschaft (vgl. Kovacic et al. 2020: 70–72; Giampietro 2019: 153f; Kern 2019: 48f; Parrique et al. 2019: 46–48; Korhonen et al. 2018), (6) ein falsches Verständnis von technologischem Wandel und den davon erhofften Ressourceneinsparungen (vgl. Hickel/Kallis 2020: 481f; Kern 2019: 52–58; Parrique et al. 2019: 49–52), (7) die begrenzte Nutzbarkeit von Erneuerbaren Energien (vgl. Kern 2019: 60–77, Trainer 2010) sowie (8) das systemisch bedingte Outsourcing von Umweltbelastungen (vgl. Parrique et al. 2019: 53–55; Wiedmann et al. 2015). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Ressourcenverbrauch und negative Umweltauswirkungen nicht gesenkt – und somit der Klimawandel und andere ökologische Krisen nicht abgewendet – werden können, solange die Weltwirtschaft weiterwächst. Die Erkenntnisse der Entkopplungsforschung befinden sich damit in starkem Gegensatz zur Behauptung der

Befürworterinnen grünen Wachstums, wonach weiteres Wirtschaftswachstum unter Einhaltung planetarer Grenzen vonstattengehen könne.

Angesichts der erheblichen Zweifel an der Plausibilität grünen Wachstums erscheint es umso erstaunlicher, dass die EK ebendieses Konzept zum zentralen europäischen Zukunftsprojekt erkoren hat und auch der Europäische Rat (ER) sowie die Mehrheit des EP – zumindest nach außen hin – dieses Vorhaben unterstützen. Wie lässt es sich erklären, dass so bedeutende und ressourcenstarke politische Akteure wie die EU eine Politik des grünen Wachstums verfolgen, obwohl die wissenschaftliche Debatte über grünes Wachstum in eine ganz andere Richtung geht? Spielen die oben zitierten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu grünem Wachstum überhaupt keine Rolle in der Bekämpfung des Klimawandels und anderer ökologischer Krisen durch diese Akteure? Und falls ja, was sind die Gründe dafür, dass dies so ist?

1.2 Forschungsstand

Obwohl die Wachstumskritik schon seit Jahrzehnten Teil des gesellschaftlichen Diskurses ist – wenn auch nur ein kleiner – und sie insbesondere seit der Finanzkrise von 2008 sowie im Zusammenhang mit dem Klimawandel noch einmal deutlich an Fahrt aufgenommen hat (vgl. Jacobs 2013: 197), gibt es bisher kaum detaillierte Untersuchungen dazu, wie ihre Thesen und Erkenntnisse in den politischen Institutionen rezipiert werden. Die Forschung hat sich stattdessen vorrangig mit der Bedeutung von Wirtschaftswachstum als Politikziel, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, befasst (vgl. etwa Schmelzer 2016; O’Byrne 2009; Collins 2002). Die politische Rezeption von Wachstumskritik wird in diesen Studien – wenn überhaupt – nur am Rande behandelt.

Dabei hat sich immerhin gezeigt, dass die führenden politischen Akteure in der Vergangenheit durchaus bereit waren, Wachstum zu problematisieren. So führte *Die Grenzen des Wachstums* (vgl. Meadows et al. 1972), ein vom *Club of Rome*⁷ in Auftrag gegebener Bericht über die Perspektiven weiteren weltweiten Wirtschaftswachstums, zu einer ersten ernsthaften Infragestellung von Wirtschaftswachstum (vgl. Steuerer 2010: 426). Das Resultat dieser Infragestellung war freilich nur die Entwicklung des heute noch dominanten Narrativs eines wahlweise qualitativen, nachhaltigen oder grünen Wachstums (vgl. Schmelzer 2016: 313–335) – welches eben keine adäquate Antwort auf die ökologische Wachstumskritik darstellt,

⁷ Der *Club of Rome* ist eine 1968 gegründete gemeinnützige Organisation, deren Anliegen es ist, „[to] identify holistic solutions to complex global issues and promote policy initiatives and action to enable humanity to emerge from multiple planetary emergencies“ (vgl. Club of Rome 2022).

die Wirtschaftswachstum prinzipiell in Frage stellt (siehe 1.1). Wachstumskritik ist in den oben genannten Studien zur Bedeutung von Wirtschaftswachstum zudem nur von historiographischer, nicht jedoch von politikwissenschaftlicher Relevanz. Es geht darum, grobe politische Entwicklungslinien nachzuzeichnen. Eine genauere Analyse der politischen Rezeptionsprozesse findet hingegen nicht statt.

Es dauerte bis 2011, bis sich mit Annukka Berg und Janne I. Hukkinen (2011) erstmals zwei Forscherinnen speziell mit der politischen Rezeption von Wachstumskritik befasst haben. Mit ihrer Interviewstudie mit Mitgliedern des finnischen Komitees zur Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion, welches sich aus Vertreterinnen von Ministerien, der Industrie, Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Forschungseinrichtungen zusammensetzte, wollten sie die bis dato hauptsächlich theoretische Literatur zu Wachstumskritik um empirische Einsichten zur politischen Diskussion von Wachstumskritik ergänzen (vgl. ebd.: 151). Wenngleich das finnische Komitee lediglich Vorschläge dazu ausarbeiten sollte, wie die Produktion und der Konsum der finnischen Gesellschaft nachhaltiger gestaltet werden könnten, und damit also über keine politische Entscheidungsgewalt verfügte, so gibt diese Untersuchung dennoch Aufschluss darüber, wie Wachstumskritik von (halb)politischen Gremien, die eine Nachhaltigkeitstransformation zum Ziel haben, rezipiert wird und mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hat.

Neben der Studie von Berg und Hukkinen gibt es nur noch eine weitere Forschungsgruppe, die sich mit der Rezeption von Wachstumskritik in politischen Institutionen beschäftigt hat. Unter der Leitung von Manuel Rivera sind im Rahmen des Forschungsprojekts Growth in Politics drei Publikationen entstanden (vgl. Rivera/Zucher 2019; Rivera 2018; Rivera et al. 2016). Darin haben die Forscherinnen für den Deutschen Bundestag untersucht, welchen Einfluss wachstumskritische Perspektiven auf die Einstellungen der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiterinnen sowie auf den parlamentarischen Diskurs allgemein haben. Anlass für ihr Forschungsprojekt war u. a. die 2011 durch den Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete Kommission zum Thema Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität, welche anmahnte, Wirtschaftswachstum dürfe kein Selbstzweck sein (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 24). Die Forschungsgruppe um Rivera hat sich somit als einzige der Rezeption von Wachstumskritik in klassischen politischen Institutionen gewidmet.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Studien war, dass die meisten politischen Akteurinnen das „konventionelle“, fossil befeuerte Wirtschaftswachstum überwiegend ablehnten. So seien sie sich der Probleme, die mit dieser Art von Wirtschaftswachstum einhergehen, sehr wohl

bewusst (vgl. Rivera et al. 2016: 21–23; Hukkinen/Berg 2011: 155). Dieses Bewusstsein führte aber nicht dazu, dass sie sich von der Wachstumspolitik abwandten. Wie frühere Politikergenerationen griffen sie stattdessen auf die Idee eines „qualitativen“, „nachhaltigen“ oder grünen Wachstums zurück. Erklärt wird dies zum einen mit den Unsicherheiten, welche durch die Wachstumskritik aufgeworfen würden und auf die auch die gängigen Postwachstumserzählungen⁸ keine logische Antwort hätten (vgl. Berg/Hukkinen 2011: 158). Hinzu käme die Vorherrschaft eines Wachstumsparadigmas (vgl. Rivera/Zucher 2019: 77; Rivera 2018: 3f), welches sich mit der Zeit zu einem Dogma entwickelt hätte (vgl. Rivera 2018: 4–6). Zudem könne eine „Fraktionsdisziplin im weiteren Sinne“ beobachtet werden, welche aufgrund einer „natürlichen“ ideologischen Parteikohäsion“ und durch „geteilte Normen und rationale Kalküle“ (Rivera et al. 2016: 23) disziplinierend auf die einzelnen Abgeordneten wirke und somit abermals zu einer dogmatischen Wachstumsbefürwortung im parlamentarischen Diskurs führe (vgl. ebd.: 14).

Weitere empirische Untersuchungen zur Rezeption von Wachstumskritik in politischen Institutionen liegen allerdings nicht vor. Der Forschungsstand ist insgesamt also noch recht dürftig. Die zitierten Studien haben zwar gezeigt, dass Wachstumskritik hinter verschlossenen Türen durchaus auf Verständnis stößt; und ebenso haben sie einige interessante Erklärungen dafür geliefert, wieso die Politik des Wachstums nach wie vor so dominant ist, während es die Kritik an ihr gleichzeitig so schwer hat, in politischen Institutionen Gehör zu finden; ihre Analysen waren jedoch auf den deutschen bzw. finnischen Wachstumsdiskurs beschränkt. Sie decken damit nur einen relativ kleinen geographischen und politischen Bereich ab – wobei Berg und Hukkinen mit dem Komitee zur Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion noch nicht einmal eine klassische, entscheidungsbefugte politische Institution zum Gegenstand hatten.

Hinzu kommt, dass die bisherigen Arbeiten nicht die spezifische Problematik grünen Wachstums berücksichtigen. Das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen, ist grünes Wachstum doch erst mit dem Green Deal das offizielle politische Leitbild. Des Weiteren fokussieren die genannten Arbeiten nicht so sehr auf die Rezeption von Wachstumskritik, wie es der Fall sein könnte. Insbesondere in den Studien unter der Leitung von Rivera geht es nicht direkt um die

⁸ Mit dem Begriff Postwachstum ist ein gesellschaftlicher Zustand beschrieben, in dem Wirtschaftswachstum kein zentrales Politikziel mehr darstellt und in dem Gesellschaften auch strukturell nicht mehr auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind. Ihr Ressourcenverbrauch befindet sich zudem auf einem Niveau, das die planetaren Grenzen nicht überschreitet (vgl. Seidl/Zahrnt 2012: 114). In der Postwachstumsbewegung gibt es verschiedene Konzepte dazu, wie so eine Postwachstumsgesellschaft aussehen könnte (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 148-158).

Erfahrungen mit und die Einstellungen gegenüber Wachstumskritik. Stattdessen nähern sie sich der Thematik eher indirekt an, indem sie Einstellungen zu Wachstum abfragen (vgl. Rivera et al. 2016) bzw. betrachten, welche Rolle Wachstum im parlamentarischen Diskurs spielt (vgl. Rivera/Zucher 2019; Rivera 2018). Wenngleich es die Gegensätzlichkeit von Wachstumsbefürwortung und Wachstumskritik wohl möglich machen dürfte, einige komplementäre Schlussfolgerungen zu ziehen, so lässt sich mit einem Fokus allein auf Wachstum dennoch nicht ganz einfangen, wie Wachstumskritik, insbesondere spezifische Formen der Wachstumskritik wie z. B. die Kritik an grünem Wachstum, rezipiert wird.

1.3 Forschungsvorhaben

Um ein breiteres Verständnis über die Rezeption von Wachstumskritik in politischen Institutionen zu gewinnen, scheint es also geboten, weitere Institutionen der politischen Meinungs- und Willensbildung in den Blick zu nehmen sowie der politischen und wissenschaftlichen Entwicklung Schritt zu folgen und sich der spezifischen Rezeption der ökologischen Kritik an grünem Wachstum anzunehmen. Denn mit einem genaueren Bild davon, wie die EU diese Kritik in ihrem Meinungs- und Willensbildungsprozess berücksichtigt, lässt sich besser verstehen, warum sie eine Strategie des grünen Wachstums verfolgt, obwohl an deren Gelingen – wie oben gezeigt – erhebliche Zweifel bestehen. Die vorliegende Untersuchung will daher an die oben erwähnten Arbeiten anknüpfen und den Forschungsstand über die Rezeption wachstumskritischer Perspektiven in politischen Institutionen erweitern.

Die Wahl hinsichtlich der zu untersuchenden politischen Institution ist dabei aus forschungspraktischen Erwägungen auf das Europäische Parlament gefallen. Im Gegensatz zu den anderen beiden gesetzgebenden Institutionen der EU, der EK und dem ER, war hier der leichteste Zugang zu erwarten. Zwar obliegt die Politikgestaltung nach wie vor in erster Linie der EK; jedoch lassen die erweiterten Gesetzgebungskompetenzen, welche dem EP im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration zugekommen sind (vgl. Olsen/McCormick 2016: 134–156), sowie die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten auf die Politikgestaltung es als gerechtfertigt erscheinen, eine intensive Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Politiken auch beim EP zu vermuten. Zudem hat der Green Deal mit der Lösung der Klima- und Umweltschutzproblematik sowie der Wahrung bzw. dem Ausbau des europäischen Wohlstandsmodells zwei Kernanliegen der EU zum Ziel, deren Gelingen aus

Sicht der beteiligten politischen Akteurinnen nicht umsonst als zukunftsweisend für das europäische Projekt erachtet wird. Es ist daher davon auszugehen, dass den Inhalten des Green Deal von allen Beteiligten, also auch vom EP, große Aufmerksamkeit zuteilwird.

Mit dem Fokus auf der Rezeption und Berücksichtigung der ökologischen Kritik an grünem Wachstum soll zusätzlich ein Forschungsbereich erschlossen werden, der bisher noch keinerlei Beachtung in der Literatur gefunden hat. Die möglichen Gründe dafür wurden weiter oben schon genannt. Die spezifische Ausrichtung dieser Untersuchung auf grünes Wachstum erscheint nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu nötig, soll die ganze Bandbreite der Rezeption wachstumskritischer Perspektiven im Meinungs- und Willensbildungsprozess politischer Institutionen erfasst werden. Immerhin handelt es sich bei grünem Wachstum um ein Konzept, das der ursprünglichen ökologischen Wachstumskritik mit Hilfe der Entkopplungsthese ja gerade „entfliehen“ will. Zusammen mit den weiter oben skizzierten Zweifeln an diesem Konzept sowie der sich verschärfenden Klima- und Umweltkrise liegen somit gänzlich neue diskursive und inhaltliche Rahmenbedingungen vor, denen die bisherigen Studien über die Rezeption von Wachstumskritik nicht gerecht werden. Insgesamt strebt diese Untersuchung also eine aktualisierte und differenziertere Betrachtung der Rezeption von Wachstumskritik an.

1.3.1 Forschungsfrage

Konkret soll die zu beantwortende Forschungsfrage dieser Arbeit damit wie folgt lauten:

Wie wird die ökologische Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des Europäischen Parlaments berücksichtigt?

Dabei wird in einem ersten Schritt herauszufinden sein, in welchen Situationen und von welchen Akteurinnen grünes Wachstum problematisiert wird. In einem zweiten Schritt wird dann auf mögliche Erklärungen für die (Nicht)Problematisierung grünen Wachstums einzugehen sein, wie sie sich aus den Daten ergeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen schließlich vor dem Hintergrund des Forschungsstands sowie unter Hinzunahme weiterer Literatur diskutiert werden.

1.3.2 Annahmen über das Phänomen

Diese Arbeit geht davon aus, dass die Zweifel an grünem Wachstum stichhaltig und deshalb bedenkenswert sind. Zwar handelt es sich bei der kritischen Entkopplungsforschung, als Teil der ökologischen Ökonomik, nur um die Erkenntnisse einer Randdisziplin innerhalb der Wirtschaftswissenschaften⁹; jedoch spricht die schiere Anzahl an voneinander unabhängigen Publikationen, die alle zu dem mehr oder weniger gleichen Schluss kommen, dafür, dass grünes Wachstum doch problematischer sein könnte, als es dessen politische Proponenten darstellen, zudem deutet der Umstand, dass die dominante neoklassische Ökonomik auf die kritischen Entkopplungsforschung bis dato keine nennenswerte Erwiderung geliefert hat, darauf hin, dass deren Zweifel an der Plausibilität grünen Wachstums nicht so leicht auszuräumen sein könnten. Jedenfalls soll es nicht Aufgabe dieser Untersuchung sein, die wissenschaftliche Debatte über die Plausibilität grünen Wachstums weiterzuführen.

Des Weiteren wird in dieser Arbeit als gegeben vorausgesetzt, dass es sich beim Green Deal um eine grüne Wachstumsstrategie handelt. Zwar wird in den schriftlichen Dokumenten, die ihm zugrunde liegen, der Begriff grünes Wachstum selbst nicht verwendet; stattdessen ist von „nachhaltigem [...] Wachstum“ (vgl. EK 2019: 2) sowie von dem eingangs schon beschriebenen Entkopplungsbestreben die Rede (siehe 1.1); darin kommt im Grunde aber nichts anderes als die weiter oben ausgeführte Entkopplungslogik grünen Wachstums zum Ausdruck (siehe auch 1.3.4.2). Die spezifischen Ausformungen und Schwerpunktsetzungen, die eine solche grüne Wachstumsstrategie annehmen kann (vgl. Ossewaarde/Ossewaarde 2020; Jacobs 2013: 198–200), sind für diese Arbeit dagegen nicht von Bedeutung.

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Untersuchung gab es im Vorhinein außerdem schon einige Annahmen. Die Tatsache, dass die EK den Green Deal und damit grünes Wachstum als zukünftige europäische Entwicklungsstrategie ausgerufen hat und das EP und der ER die Grundprämisse dieser Strategie, die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen, durch die Mitarbeit an der entsprechenden gesetzlichen Grundlage nicht in Frage zu stellen scheinen, deutete darauf hin, dass die Kritik an grünem Wachstum zumindest nicht mehrheitsfähig sein kann. Die Lektüre wachstumskritischer Literatur zur Zentralität der Wachstumsidee in modernen westlichen, kapitalistischen

⁹ Die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftswissenschaften folgt bis heute dem neoklassischen Paradigma, demzufolge natürliche Ressourcen für wirtschaftliche Prozesse keine besondere Bedeutung haben (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 73f). Der Ansatz der ökologischen Ökonomik, wirtschaftliche Prozesse als eingebettet in die natürliche Umwelt zu betrachten, ist in den Wirtschaftswissenschaften bisher hingegen auf relativ wenig Resonanz gestoßen.

Gesellschaften (vgl. Barry 2020; Schmelzer/Vetter: 2019: 50–68; Schmelzer 2016) ließ es zudem naheliegend erscheinen, dass der Wahl grünen Wachstums zur Lösung der Umwelt- und Klimakrise ideologische Gesichtspunkte zu Grunde liegen müssen. Des Weiteren ließ die Literatur zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik erwarten, dass die oben vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Entkopplungsproblematik aufgrund ihrer Unbrauchbarkeit zur Legitimierung der grünen Wachstumspolitik bisher nur wenig Beachtung bei den umweltpolitisch verantwortlichen Akteurinnen gefunden haben dürften (vgl. Weingart 2001: 142–144). Eine letzte Vermutung war, dass nicht nur die liberalen und konservativen, sondern auch die linken Fraktionen des EP (die Grünen und die Linke) die Politik des grünen Wachstums unterstützen. Dies ergab sich aus der Beobachtung der medialen Berichterstattung, in der sich – so die Wahrnehmung – insbesondere grüne und sozialdemokratische Parteien als Befürworter eines grünen Wachstums hervortun.

1.3.3 Theoretischer Rahmen

Die beabsichtigte Untersuchung ist vorrangig im Bereich der Policy-Analyse anzusiedeln. Ziel einer jeden Policy-Analyse ist es, zu untersuchen, *What governments do, why they do it, and what difference it makes*, so der Untertitel des Klassikers von Thomas Dye (1972). Der ursprüngliche Fokus auf das Regierungshandeln, wie ihn Dye formuliert hat, wurde in der Folgezeit jedoch erheblich erweitert, sodass mittlerweile das Handeln aller politischen Akteure in einem Politikfeld Berücksichtigung finden kann. Der Akteurinnenbegriff wird also sehr weit gefasst (vgl. Blum/Schubert 2018: 13f). Insbesondere die Frage nach dem *Warum* kann als zentral in der Policy-Forschung betrachtet werden. Ihre Beantwortung soll helfen, Politikwandel (bzw. -stillstand) zu verstehen und zu erklären (ebd.: 224f). Auch in dieser Studie ist der Ausgangspunkt eine erklärungsbedürftige Policy: der Green Deal und seine grüne Wachstumsstrategie („What governments do“), vor dem Hintergrund der weiter oben ausgeführten Kritik an grünem Wachstum. Diese Untersuchung geht von der Annahme aus, dass die Befürwortung grünen Wachstums mit der Rezeption jener Kritik zusammenhängt. Die weiter oben gestellte Forschungsfrage, wie die ökologische Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP berücksichtigt wird, zielt folglich darauf ab, Art und Ausmaß der Rezeption dieser Kritik durch das EP empirisch zu bestimmen und somit zu einer Erklärung für die Unterstützung des Green Deal durch das EP zu gelangen.

Darüber hinaus ist diese Arbeit in der Tradition der Wissenschaftsforschung verankert. Die Wissenschaftsforschung befasst sich mit der Produktion und Rezeption von Wissenschaft sowie ihrem Verhältnis zu Gesellschaft und Politik (vgl. Felt/Nowotny/Taschwer 1995: 20f). Ihr Ausgangspunkt ist die zunehmende Bedeutung von wissenschaftlichem Wissen in modernen Gesellschaften sowie der Wandel der Wissenschaften in all ihren Facetten selbst (vgl. Weingart 2001: 11–34). Im Zuge dessen suchen auch politische Akteure immer mehr die Nähe und den Rat wissenschaftlicher Expertise. Die Beziehung von Wissenschaft und Politik ist zugleich jedoch unvermeidlich auch durch zahlreiche Spannungen gekennzeichnet (vgl. ebd.: 127–170). Die neuesten Erkenntnisse aus der Wissenschaft finden nicht automatisch den Weg in die Politik. Ihre Berücksichtigung ist stattdessen von zahlreichen anderen Faktoren abhängig. Wenn diese Untersuchung, danach fragt, wie die Kritik an grünem Wachstum, die sich ja zu einem bedeutenden Maße aus den Erkenntnissen der kritischen Entkopplungsforschung speist, im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP berücksichtigt wird, berührt sie somit ein wichtiges Feld der Wissenschaftsforschung.

1.3.4 Verwendete Konzepte

Damit die notwendige begriffliche und konzeptuelle Präzision gewährleistet ist und um die Leserinnen nicht unnötig zu verwirren, sollen nachfolgend die zentralen Konzepte und Begrifflichkeiten dieser Arbeit noch einmal erläutert werden. Für weniger wichtige Konzepte und Begriffe reicht es hingegen aus, wenn diese im Verlauf der Arbeit eingeführt und definiert werden.

1.3.4.1 Wirtschaftswachstum

Analog zur Entkopplungsforschung, die das Verhältnis von BIP und Ressourcenverbrauch bzw. negativen Umweltauswirkungen untersucht, soll Wirtschaftswachstum auch in dieser Arbeit als (reale) Zunahme des BIP verstanden werden. Das BIP wiederum misst in der klassischen Volkswirtschaftslehre „die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug aller Vorleistungen“, errechnet „als Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich des Saldos von Gütersteuern und Gütersubventionen“ (Gabler Wirtschaftslexikon 2018). „Wirtschaftswachstum“ wird im politischen und öffentlichen Diskurs zudem oftmals einfach nur unter dem Begriff „Wachstum“ subsumiert, weshalb die beiden Begriffe in dieser Arbeit synonym benutzt werden sollen.

1.3.4.2 Grünes Wachstum und Entkopplung

Einige der Grundprinzipien grünen Wachstums wurden weiter oben bereits erwähnt. Das zentrale Merkmal ist demnach die sogenannte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen bzw. Ressourcenverbrauch. In diesem Zusammenhang wird zwischen „relativer“ und „absoluter“ Entkopplung unterschieden (Parrique et al. 2019: 11f). Während der Ressourcenverbrauch bei einer relativen Entkopplung lediglich langsamer zunimmt als das BIP, nimmt der Ressourcenverbrauch bei einer absoluten Entkopplung in absoluten Zahlen auch tatsächlich ab. Nur mit einer absoluten Entkopplung wäre es aber auch wirklich möglich, die Belastungen auf die Umwelt zu reduzieren. Gelingen soll dies hauptsächlich durch technologisch herbeigeführte Effizienzsteigerungen, also ein besseres Input-Output-Verhältnis an eingesetzter Energie und Ressourcen (geringerer Energie- und Ressourceneinsatz je Einheit des BIP), eine möglichst vollständige Kreislaufführung von Ressourcen sowie, im Falle der Treibhausgasproblematik, den Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Damit eine absolute Entkopplung wirklich als „grün“ gelten kann, müssen die Reduktionen der negativen Umweltauswirkungen bzw. des Ressourcenverbrauchs darüber hinaus aber auch so groß sein, dass sie in der Lage sind, die planetaren Grenzen einzuhalten (vgl. Parrique et al. 2019: 14f; Stoknes/Rockström 2018: 42). Denn um bestimmte international vereinbarte Umweltziele (etwa die Pariser Klimaziele) zu erreichen, genügt es nicht, wenn die Entkopplung zwar absolut, die Reduktion der negativen Umweltauswirkungen bzw. des Ressourcenverbrauchs jedoch so gering wäre, dass es viel zu lange dauern würde, bis diese Ziele erreicht sind. Ein einfaches Beispiel, um dies zu illustrieren, stellt die Treibhausgasproblematik dar. Wenn Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden soll, dann müssten die globalen Treibhausgasemissionen von jetzt an jedes Jahr um durchschnittlich ca. acht Prozent zurückgehen (vgl. United Nations Environment Programme 2019: 13). Es bräuchte also eine absolute Entkopplung in mindestens diesem Ausmaß. Ein Rückgang von, beispielsweise, einem Prozent pro Jahr würde zwar auch eine absolute Entkopplung darstellen, wäre aber bei weitem nicht ausreichend, um den Klimawandel aufzuhalten. Die Entkopplungsanforderungen erhöhen sich für westliche Industrieländer außerdem noch einmal aufgrund der historischen Verantwortung, die diese durch ihren deutlich höheren Ressourcenverbrauch in den letzten ca. 200 Jahren für den Klimawandel und andere ökologischen Krisen tragen (vgl. Parrique et al. 2019: 16).

Des Weiteren muss die Entkopplung global und dauerhaft erfolgen. Eine Entkopplung auf lokaler Ebene (etwa in einem einzelnen Land) geht nämlich oftmals nur auf Kosten anderer Länder und Regionen vonstatten (vgl. Parrique et al. 2019: 13f, 53–55). Damit wäre in der globalen Ökobilanz jedoch kein Fortschritt erzielt. Nicht selten lässt sich außerdem beobachten, dass Entkopplungserfolge nur temporärer Natur sind (vgl. Parrique et al. 2019: 24, 31, 74–78). Solche temporären Entkopplungserfolge werden dann oft als Beweis dafür angeführt, dass grünes Wachstum möglich sein soll. Echtes grünes Wachstum erfordert jedoch auch eine dauerhafte absolute Entkopplung (vgl. Parrique et al. 2019:14).

Zuletzt muss ein echtes Verständnis von grünem Wachstum auch noch berücksichtigen, dass sich die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen nicht nur auf den Klimawandel beziehen darf. Ebenso sind alle anderen planetaren Grenzen in die Bilanzierung miteinzubeziehen. Ein grünes Wachstum, das z. B. nur die Treibhausgasemissionen entkoppelt, nicht aber den Biodiversitätsverlust, sodass dieser weiter voranschreitet, wäre letztlich nicht grün. Diese Einschränkung ist v. a. deshalb von Bedeutung, weil sich oftmals zeigt, dass im Zuge der Dekarbonisierung wirtschaftlicher Prozesse ökologische Probleme nur verlagert, nicht aber gelöst werden (vgl. Paech 2019: 81–84, Parrique et al. 2019: 40; Antal/van den Bergh 2016: 169). Während ein ökologischer Schaden (z. B. Treibhausgasemissionen) an einer Stelle also vermieden wird, tritt er woanders oft wieder in anderer Form (z. B. Wasserverschmutzung, Abholzung, Desertifikation etc.) auf.

Mit den oben genannten Kriterien für grünes Wachstum ist gleichzeitig auch der Begriff der Nachhaltigkeit abgesteckt. Nachhaltig bzw. grün kann nur sein, was in der Lage ist, die Reduktion negativer Umweltauswirkungen dauerhaft, global, gerecht verteilt und in einem ausreichenden Maße zu gewährleisten. Der Begriff des „nachhaltigen Wachstums“, wie ihn die EU in ihren Dokumenten zum Green Deal hauptsächlich verwendet, bezeichnet somit dasselbe wie der in der Literatur und internationalen Umweltpolitik derzeit geläufigere Begriff des grünen Wachstums. Wenn in dieser Arbeit also von grünem Wachstum oder der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeitszielen die Rede ist, dann ist damit immer ein Maß an Entkopplung gemeint, welches in der Lage ist, die Pariser Klimaziele und andere planetare Grenzen einzuhalten. Es sollte mittlerweile außerdem deutlich geworden sein, dass die Begriffe grünes Wachstum und „Entkopplung“ dasselbe meinen. Sie werden daher in dieser Arbeit synonym verwendet.

1.3.4.3 (Ökologische) Wachstumskritik bzw. Kritik/Zweifel an grünem Wachstum

Unter dem Begriff „Wachstumskritik“ lassen sich eine ganze Reihe von Argumentationslinien gegen Wirtschaftswachstum zusammenfassen. So identifizieren Matthias Schmelzer und Andrea Vetter sieben wesentliche Kritikstränge der Wachstumskritik: Neben der *ökologischen* Wachstumskritik sind dies die *sozial-ökonomische*, die *kulturelle*, die *feministische*, die *Kapitalismus*-, die *Industrialismus*- und die *Süd-Nord-Kritik* (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 18–21). Gegenstand dieser Arbeit soll jedoch nur der erste und zugleich einflussreichste Strang, die ökologische Wachstumskritik sein. Die ökologische Wachstumskritik entstammt der wirtschaftswissenschaftlichen Tradition der ökologischen Ökonomik, welche „die Wirtschaft“ – im Gegensatz zur (neo)klassischen Ökonomik – als eingebettet in die biophysikalische Umwelt betrachtet (vgl. ebd.: 74). Wirtschaftliche Prozesse – und somit auch Wirtschaftswachstum – seien also abhängig von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Land). Sie gingen zwangsläufig mit Ressourcenverbrauch und negativen Umweltauswirkungen einher und könnten folglich nicht ausreichend voneinander entkoppelt werden (siehe 1.1).

Der kontinuierliche technische Fortschritt sowie die scheinbar unbegrenzt zur Verfügung stehenden Erneuerbaren Energien haben die Hoffnung auf unendliches Wachstum jedoch wieder angefangen. Plötzlich scheinen die von der ökologischen Wachstumskritik postulierten Grenzen doch wieder überwindbar. (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 75). Die Idee des grünen Wachstums verkörpert diese Hoffnung. Die ökologische Wachstumskritik muss auf diese neuen Entwicklungen reagieren. Dazu ruft sie einerseits die alten Argumente in Erinnerung. Andererseits geht sie aber auch auf neuere Entwicklungen in der Wachstumsdebatte ein. Die kritische Entkopplungsforschung bekräftigt, verfeinert, präzisiert und erweitert somit die Argumentation der ökologischen Wachstumskritik.

Wichtig ist außerdem noch der Hinweis, dass die Kritik an grünem Wachstum nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Bedenken zur Grundlage haben kann. Die Sorge dreht sich dann nicht darum, dass weiteres Wirtschaftswachstum der Einhaltung der planetaren Grenzen entgegensteht, sondern im Gegenteil darum, dass die Maßnahmen zur Reduktion ökologischer Schäden, wie sie etwa der Green Deal vorsieht, weiteres Wirtschaftswachstum behindern bzw. das aktuelle Wohlstandsniveau gar gefährden. Da die Bedeutung des materiellen Wohlstands überwiege, müsse die Entscheidung folglich für den Erhalt und die Förderung der Wirtschaftskraft ausfallen. Beiden Seiten, der ökologischen wie der ökonomischen Kritik an grünem Wachstum, ist jedoch gemein, dass sie eine Entkopplung

in dem angestrebten Ausmaß für unrealistisch halten. In dieser Arbeit ist mit Kritik an grünem Wachstum allerdings nur die ökologische Seite gemeint. Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass die Begriffe „Kritik“ und „Zweifel“ in dieser Arbeit mehr oder weniger das Gleiche bedeuten und daher oft abwechselnd verwendet wurden.

1.3.4.4 Meinungs- und Willensbildungsprozess

Der Begriff „Meinungs- und Willensbildungsprozess“, wie er in der Forschungsfrage verwendet wird, soll in dieser Untersuchung in einem sehr breiten Sinne verstanden werden. So ist davon auszugehen, dass sich politische Akteure, ob auf individueller oder kollektiver Ebene, Meinungen zu bestimmten Sachverhalten bilden. Diese Meinungen verdichten sich in weiterer Folge, aufgrund unterschiedlichster Faktoren, zu einem politischen Willen (vgl. Schubert/Klein 2016: 243). Vergleichbar ist dieser Prozess auch mit den Anfangsphasen des Policy-Cycle bis hin zur Entscheidungsfindung (vgl. Blum/Schubert 2018: 161–190). Ohne auf die spezifischen Charakteristika der Meinungs- und Willensbildung, wie sie sich aus der Forschung zur Politischen Willensbildung im EP bzw. in der EU ergeben (vgl. Wallace/Pollack/Roederer-Rynning/Young 2020; Neßler 1997), einzugehen, und ohne den Anspruch, diese Prozesse detailliert nachzeichnen oder gar normativ einordnen zu wollen, meint diese Arbeit mit „Meinungs- und Willensbildungsprozess“ also grundsätzlich alle Vorgänge, die einer politischen Entscheidung, in diesem Fall der Unterstützung des Green Deal durch die Abgeordneten und ihre Fraktionen, vorgelagert sind.

1.3.5 Relevanz

Sollten sich die Kritik an grünem Wachstum bewahrheiten und ist die EU auch weiterhin entschlossen, Wirtschaftswachstum als Politikziel zu verfolgen, dann dürfte es schwer bis unmöglich für die EU werden, ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Das könnte jedoch bedeutende Auswirkungen auf die Lebensrealitäten vieler Menschen in Europa wie im Rest der Welt haben (vgl. McMichael/Lindgren 2011). Es liegt deshalb nahe, danach zu fragen, wie das EP, als bedeutender Akteur im europäischen Politikgestaltungsprozess, diese Kritik in seinem Meinungs- und Willensbildungsprozess berücksichtigt. Nur so lässt sich verstehen, wieso das EP mit dem Green Deal eine Strategie zur Lösung der Klima- und anderer ökologischer Krisen unterstützt, für deren Gelingen es – dem aktuellen Stand der Forschung zufolge – keine stichhaltigen Belege gibt. Damit leistet die vorliegende Arbeit einen

wichtigen Beitrag für all jene, die sich mit der Frage beschäftigen, wie die ökologische Wachstumskritik, und insbesondere die kritische Forschung zu grünem Wachstum, von politischen Entscheidungsträgerinnen rezipiert wird. Mit ihrem Fokus auf grünem Wachstum hofft diese Studie zudem, der neuen diskursiven Ausgangslage der Wachstumsdebatte bei der Untersuchung politischer Institutionen erstmals gerecht zu werden. Darüber hinaus problematisiert diese Untersuchung aber auch die Arbeitsweise und Funktionsfähigkeit der Europäischen Union im Angesicht existenzieller gesellschaftlicher Krisen. Sie wird zudem für all jene einen Mehrwert liefern, die sich für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik interessieren.

2 Methode

2.1 Forschungsdesign

Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgt mittels qualitativer Forschung. Da es über die Rezeption der Kritik an grünem Wachstum in politischen Institutionen noch keine Forschung gibt (siehe 1.2), wird die beabsichtigte Untersuchung einen stark explorativen Charakter haben. Als explorative Studie soll diese Arbeit somit dazu beitragen, einen ersten Überblick über den Sachverhalt zu gewinnen. Idealerweise lassen sich hieraus dann auch Hypothesen für die weiterführende Forschung generieren.

Der Forschungsgegenstand macht es zudem nötig, neue Daten zu erheben. Denn da die Meinungs- und Willensbildung in politischen Institutionen zu einem großen Teil im Hintergrund abläuft, kann zur Beantwortung der Forschungsfrage nicht auf öffentlich zugängliche Dokumente des EP zurückgegriffen werden. Zur Datengenerierung werden in dieser Untersuchung Interviews mit Abgeordneten des EP durchgeführt.

Methodisch ist die Arbeit darüber hinaus von der Constructivist Grounded Theory nach Kathy Charmaz (2014) inspiriert. Bei der Grounded Theory geht es – wie der Name schon sagt – um eine Theoriebildung, die in den empirischen Daten verankert ist. Damit soll die in den Sozialwissenschaften häufig kritisierte Schere zwischen Theorie und Praxis überwunden werden (vgl. Westle 2018: 363; Charmaz 2014: 7). Charakteristisch für das methodische Vorgehen der Grounded Theory ist ihr iterativer, induktiver und interpretativer Ansatz

(Prainsack/Pot 2021: 144). Nachfolgend wird das methodische Vorgehen noch einmal genauer erörtert.

2.2 Sampling

Die EU kann mit dem Green Deal als Vorreiterin einer Politik des grünen Wachstums betrachtet werden. Es war daher naheliegend, sich mit ihr, und nicht mit einer anderen politischen Akteurin, zu befassen. Zwar gibt es auch in anderen Ländern Bestrebungen, grünes Wachstum zu verfolgen; jedoch haben diese (noch) nicht den offiziellen Charakter, wie er mit dem Green Deal in der EU vorzufinden ist. Die politisch-kulturelle sowie sprachliche Nähe zur EU hat die Fallauswahl zusätzlich erleichtert. Die Wahl auf das EP wiederum ist, wie weiter oben schon erwähnt, auf forschungspraktische Überlegungen zurückzuführen, da hier, im Vergleich zur EK und zum ER, ein leichter und ungefilterter Zugang zu erwarten war.

Ziel war es in erster Linie, Informationen darüber zu gewinnen, in welchen Situationen die Forschungsteilnehmer Debatten über grünes Wachstum im EP beobachten konnten und wie diese verlaufen sind. Als Forschungsteilnehmerinnen kamen folglich prinzipiell all jene Personen in Frage, die Einblicke in die Meinungs- und Willensbildung des EP haben. Dies können Abgeordnete sein, aber auch deren Mitarbeiter. Daneben war aber durchaus auch von Interesse, wie die Befragten selbst zu grünem Wachstum stehen bzw. wie sie die Kritik an grünem Wachstum verarbeiten. Aus diesem Grund wurde die Auswahl auf die Abgeordneten des EP eingeschränkt. Denn sie sind es letztlich, die die Entscheidungen treffen.

Ursprünglich war geplant, nur Mitglieder des Unterausschusses zu befragen. Da dies derjenige Ausschuss ist, der sich in erster Linie mit dem Umweltschutz befasst, war davon auszugehen, dass hier auch die Gesetzgebung im Rahmen des Green Deal am ehesten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Umweltschutz geprüft wird. Schnell hat sich jedoch herausgestellt, dass die Bereitschaft in dieser Gruppe, an der Studie teilzunehmen, relativ gering war. Daraufhin wurden auch alle anderen Abgeordneten des EP, unabhängig von ihren Ausschussmitgliedschaften, in das Sampling miteinbezogen. Insgesamt gab es somit 705 potenzielle Forschungsteilnehmerinnen.

Die Constructivist Grounded Theory sieht idealerweise ein *Theoretical Sampling* vor. Damit ist die gezielte Auswahl neuer Teilnehmerinnen im Laufe der Datenerhebung auf Grundlage der schon gesammelten Daten gemeint, mittels der sich die im Laufe des Forschungsprozesses

erstellten Kategorien anreichern und verfeinern lassen (vgl. Charmaz 2014: 192). Aufgrund ihrer hohen Arbeitsbelastung und den vielen Terminanfragen handelt es sich bei den Abgeordneten des EP jedoch um eine relativ schwer zugängliche Gruppe. Die Bereitschaft, an einem Forschungsprojekt im Rahmen einer Masterarbeit teilzunehmen, war folglich auch eher gering (siehe 2.3). Im Sinne eines *Convenience-Samplings* (vgl. Pot/Prainsack 2021: 80f) bestand daher kaum eine Wahl, welche der Abgeordneten an der Studie teilnehmen sollten. Um der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der im EP vertretenen Fraktionen gerecht zu werden, sollte jedenfalls mindestens ein Abgeordneter von jeder Fraktion befragt werden. Des Weiteren wurde eine möglichst ausgeglichene Verteilung nach Alter und Geschlecht angestrebt. Glücklicherweise konnten diese Merkmale – trotz Convenience-Samplings – zum Großteil letztlich auch im Sampling abgebildet werden.

2.3 Kontaktaufnahme und Rekrutierung

Da, wie oben beschrieben, zu erwarten war, dass viele Abgeordneten des EP zu beschäftigt sein würden, um Anfragen zur Teilnahme an einer Studie im Rahmen einer Masterarbeit die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, wurde als erstes versucht, die Abgeordneten über die GeneralsekretärInnen ihrer jeweiligen Fraktionen zu kontaktieren. Generalsekretärinnen kommt die Aufgabe zu, die politische Arbeit ihrer Fraktion zu koordinieren. Sie selbst sind jedoch keine Abgeordneten. Im Sinne einer Türwächterfunktion (Helfferich 2011: 175) hätten sie die Anfrage an die Abgeordneten ihrer Fraktion weiterleiten und eventuell auch fraktionsintern koordinieren können, welche Abgeordneten an der Studie teilnehmen. Ihr Wissen über fraktionsinterne Vorgänge hätte zudem dabei helfen können, Abgeordnete zu identifizieren, die sich aufgrund ihrer inhaltlichen Profile besonders viel mit der Frage nach einem nachhaltigen Wirtschaften befassen.

In einer kurzen E-Mail (inklusive angehängtem Informationsblatt) wurden die Generalsekretärinnen darum gebeten, sich in ihrer Fraktion nach bereitwilligen Abgeordneten für die Studie umzuhören und gegebenenfalls das Informationsblatt weiterzuleiten. Dieses beinhaltete Angaben über den Zweck der Forschung und die Methode der Datenerhebung sowie über den vertraulichen Umgang mit den Daten. Zudem wurden drei Fragen hinzugefügt, damit die Abgeordneten ein besseres Verständnis dafür bekommen konnten, was sie in den Interviews erwarten würde. Von den sieben angeschriebenen GeneralsekretärInnen kam von sechs schon bald die Rückmeldung, sich direkt an die Abgeordneten zu wenden. Nur

eine Generalsekretärin versicherte, nach Interviewpartnern Ausschau zu halten. Die fraktionslosen Abgeordneten mussten indes direkt kontaktiert werden, da sie über keinen Generalsekretär oder eine sonstige koordinierende Person verfügen.

Daraufhin wurden alle 705 Abgeordneten des EP direkt kontaktiert. Auch sie erhielten eine E-Mail mit beigefügtem Informationsblatt. Acht Abgeordnete konnten so für ein Interview gewonnen werden. Ein weiterer Abgeordneter hatte zwar selbst keine Zeit, stellte aber eine seiner Mitarbeiterinnen für das Interview zur Verfügung. In einer zweiten Runde wurden abermals all jene Abgeordneten kontaktiert, die auf die erste Anfrage nicht reagiert hatten. So konnten noch einmal sechs weitere Abgeordnete für die Teilnahme an der Studie rekrutiert werden. Zusätzlich hat sich noch eine ehemalige Abgeordnete der Grünen zur Teilnahme bereit erklärt. Somit haben schlussendlich 14 aktuelle Abgeordnete, eine ehemalige Abgeordnete sowie die politische Assistentin eines fraktionslosen Abgeordneten an der Studie teilgenommen. Jeweils vier von ihnen waren Mitglieder des Umweltausschusses (S&D 2, Grüne/EFA 3, Fraktionslos 1, EVP 2) bzw. des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (Renew 2, Grüne/EFA 5 & 6, EVP 2). Drei weitere Abgeordnete waren im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie vertreten (EVP 1, Grüne/EFA 5, Linke 1). Diese Ausschüsse dürften die größte inhaltliche Nähe zur Thematik des grünen Wachstums aufweisen. Die restlichen Interviewpartner sind Mitglieder verschiedenster Ausschüsse des EP.¹⁰ Tabelle 1 bietet noch einmal einen Überblick über alle Forschungsteilnehmerinnen.

¹⁰ Auf eine vollständige Aufschlüsselung der Ausschussmitgliedschaften der einzelnen Interviewpartner wird aus Gründen der Anonymität verzichtet.

Tabelle 1: Forschungsteilnehmerinnen

Interviewnr.	Fraktion ¹¹	Interviewlänge (in Minuten)	Bezeichnung im Ergebnisteil ¹²
1	Grüne/EFA ¹³	15	Grüne/EFA 1
2	S&D	13	S&D 1
3	S&D	24	S&D 2
4	Grüne/EFA	47	Grüne/EFA 2
5	Grüne/EFA	48	Grüne/EFA 3
6	Renew	27	Renew 1
7	Grüne/EFA	35	Grüne/EFA 4
8	S&D	25	S&D 3
9	Renew	35	Renew 2
10	EVP	32	EVP 1
11	Grüne/EFA	75	Grüne/EFA 5
12	Linke	53	Linke 1
13	Fraktionslos	74	Fraktionslos (politische Assistentin)
14	Grüne/EFA	35	Grüne/EFA 6 (ehemalige Abgeordnete)
15	Linke	28	Linke 2
16	EVP	44	EVP 2

2.4 Datengenerierung

Zur Generierung der Daten wurden halbstrukturierte Leitfadeninterviews geführt. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich von Mitte April 2021 bis Anfang Juli 2021. Halbstrukturierte Leitfadeninterviews sind eine Form qualitativer Interviews, welche verwendet werden, um „Praktiken und Perspektiven der Forschungsteilnehmerinnen zu verstehen“ (Prainsack/Pot 2021: 101). Sie können zudem dabei helfen, einen ersten Überblick über ein Thema zu gewinnen (vgl. ebd.: 118). Dies bietet sich besonders bei solchen

¹¹ Hinter den Kürzeln verbergen sich folgende Fraktionen: Grüne/EFA (*Die Grünen/Europäische Freie Allianz*), S&D (*Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament*), Renew (*Renew Europe*), EVP (*Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)*), Linke (*Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament - GUE/NGL*).

¹² Zur besseren Wiedererkennung werden die Interviewpartnerinnen im Ergebnisteil mit dem Namen ihrer Fraktion sowie einer nachgestellten Ziffer gekennzeichnet, welche die Reihenfolge der Interviews in der jeweiligen Fraktion darstellt. „Grüne/EFA 6“ bedeutet dann beispielsweise, dass dies die 6. Interviewpartnerin von den Grünen/EFA war, während „Linke 2“ zum Beispiel der zweite Interviewpartner der Linken war.

¹³ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit soll die Fraktion „Grüne/EFA“ im Fließtext dieser Arbeit nur mit „Grüne“ betitelt werden. Der Fraktionsteil *EFA* ist hierbei – sofern nicht anders kenntlich gemacht – stets mitgemeint.

Phänomenen an, die kaum oder gar nicht erforscht sind, wie es bei der Berücksichtigung der Kritik an grünem Wachstum im EP der Fall ist. Mit qualitativen Interviews ist es außerdem möglich, „hinter die Kulissen“ zu schauen – eine Fähigkeit, die für ein Thema, das nach außen hin nicht problematisiert wird, unabdingbar scheint. So können beispielsweise fraktionsinterne Debatten besser nachvollzogen werden. Die spezifische Form der halbstrukturierten Interviews bietet darüber hinaus den Vorteil, dass sie die Fokussierung auf ein bestimmtes Thema ermöglicht, durch ihre offene Gestaltung gleichzeitig aber auch den Besonderheiten und der Prioritätensetzung der Interviewpartner den nötigen Raum einräumt (vgl. ebd.: 101).

Darüber hinaus erfolgte die Datengenerierung gemäß der Constructivist Grounded Theory in einem iterativen Prozess. Darunter wird der ständige Wechsel zwischen Datengenerierung und Datenanalyse verstanden (vgl. Charmaz 2014: 15). Die Analyse der Daten fand also mehr oder weniger zeitgleich mit ihrer Generierung statt. Sobald ein Interview beendet war, wurde es transkribiert und analysiert. Die Erkenntnisse aus der Analyse wurden dann sogleich für die Generierung von Daten durch das nachfolgende Interview verwendet. Damit war es möglich, im weiteren Forschungsprozess gezielter vorzugehen und den Blick auf Aspekte zu lenken, die vorher unbekannt waren. Dieser Prozess wurde solange wiederholt, bis eine theoretische Sättigung erreicht war. Das bedeutet, dass die weitere Generierung von Daten keine neuen theoretischen Erkenntnisse mehr bringt (vgl. Charmaz 2014: 213; Helfferich 2011: 174f). Dann kann die Datengenerierung beendet werden.

2.5 Datenmaterial

Die Interviews dauerten zwischen 14 und 75 Minuten. Neun Interviews wurden auf Deutsch und sieben auf Englisch geführt. Das zweite Interview musste vorzeitig beendet werden, weil die Internetverbindung des Interviewpartners abgebrochen ist. Leider konnte das Interview nicht zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden, jedoch hat der Interviewpartner angeboten, die restlichen Fragen schriftlich zu beantworten, was auch in Anspruch genommen wurde. Von diesem Interviewpartner liegt also sowohl ein Transkript als auch ein Dokument mit schriftlichen Antworten vor. Bei einem weiteren Interview, dem ersten, hat nach ca. fünf Minuten die Tonaufnahme ausgesetzt. Folglich sind nur die ersten fünf Minuten dieses – ohnehin nur auf 15 Minuten angesetzten – Interviews als Transkript überliefert. Von den restlichen zehn Minuten wurde ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Insgesamt liegen somit 610 Interviewminuten vor, wovon 600 transkribiert sind und zehn als Gedächtnisprotokoll

festgehalten wurden. Das Dokument mit den schriftlichen Fragen und Antworten ist ca. 11 700 Zeichen (inklusive Leerzeichen) lang.

2.6 Forschungsinstrumente

Für die Interviews wurde ein halbstrukturierter Interviewleitfaden verwendet (siehe 9.3). Interviewleitfäden bieten den Vorteil, dass sie thematische Eckpunkte vorgeben, die für den Forschenden von Interesse sind und daher im Laufe des Interviews angesprochen werden sollten. Im Gegensatz zu vollständig strukturierten Leitfäden, in denen alle Fragen und die jeweiligen Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind, ist es im halbstrukturierten Setting jedoch möglich, von den Interviewfragen abzuweichen bzw. alternative Formulierungen und thematische Schwerpunkte zu wählen, falls dies der Generierung wichtiger Daten dienen könnte (vgl. Flick/von Kardoff/Keupp/von Rosenstiel/Wolf: 1995: 177). Einerseits werden die Interviewpartnerinnen durch die Halbstrukturierung also auf bestimmte Themen gelenkt, andererseits bekommen sie aber auch die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Dies erhöht zugleich die Chancen für den Forschenden, auf unbekannte Aspekte aufmerksam gemacht zu werden, die in den Ursprungsfragen noch nicht mitberücksichtigt werden konnten.

Die Leitfadenerstellung erfolgte nach den Prinzipien „Sammeln“, „Prüfen“, „Sortieren“ und „Subsumieren“ (Helfferich 2011: 182–184). Der verwendete Interviewleitfaden wurde darüber hinaus im Laufe der Interviewphase mehrmals angepasst. Das war deshalb notwendig, weil sich mit der Zeit herausgestellt hat, dass einzelne Themenbereiche eine andere Herangehensweise erforderten. Folglich wurden einzelne Fragen neu formuliert, hinzugefügt oder ihre Anordnung geändert, wobei jedoch die inhaltliche Ausrichtung im Großen und Ganzen gleichblieb. Thematisch war der Interviewleitfaden so aufgebaut, dass nach einer leicht zu beantwortenden „Anwärmfrage“ zuerst einmal ganz allgemein nach Situationen gefragt wurde, in denen die Interviewpartnerinnen Kritik am Konzept des grünen Wachstums im EP vernommen hatten. In einem zweiten Schritt wurde dann darum gebeten, diese Situationen, im Hinblick auf Teilnehmer, Anlässe und Ablauf der Diskussionen, zu konkretisieren. Anschließend wurde nach den Argumenten der Kritikerinnen sowie der Befürworterinnen grünen Wachstums gefragt. Da die Kritik an grünem Wachstum in den letzten Jahren starke wissenschaftliche Unterfütterung erfahren hat und auch das EP bzw. die EU von sich behauptet, sehr wissenschaftsaffin zu sein, sollte schließlich auch ergründet werden, ob und wie die *wissenschaftliche* Kritik an grünem Wachstum im EP rezipiert wird.

In einem Abschlussstatement konnten die Interviewpartner zuletzt noch ihre eigene Sicht auf die Debatte um grünes Wachstum kundtun.

Die Interviews wurden über die kostenpflichtige Version des Videokonferenzsystems *Zoom* geführt. Parallel dazu ist ein Diktiergerät gelaufen, mit dem die Interviews aufgenommen wurden. Nach jedem Interview wurden Interviewprotokolle angefertigt, auf denen besondere Vorkommnisse, die Interviewatmosphäre sowie schwierige Passagen in den Interviews festgehalten wurden. Die Interviewprotokolle sollten dabei helfen, die jeweiligen Interviews noch einmal zu reflektieren. Auch für die Interpretation der erhobenen Daten hätten die Interviewprotokolle hilfreich sein können (vgl. Helfferich 2011: 193). Mithilfe der Software *MAXQDA* wurden die Interviews anschließend transkribiert. Hierbei wurde auch darauf geachtet, die Daten zu pseudonymisieren. Zusätzlich wurden zu Beginn des Forschungsprojekts Transkriptionsregeln festgesetzt, um eine Einheitlichkeit der Transkripte sicherzustellen. Nachdem das letzte Interview transkribiert war, wurden alle Tonaufnahmen gelöscht.

2.7 Analysemethode

Die erhobenen Daten wurden mit der Methode der Constructivist Grounded Theory (vgl. Charmaz 2014) analysiert. Diese geht induktiv vor, strebt also eine Theoriebildung auf der Grundlage empirischer Daten an. Dabei ist es wichtig, dass diese Daten interpretativ analysiert werden. Interpretative Analysen wollen das Gesagte nicht nur zusammenfassen und wiedergeben, sondern darüber hinaus auch dessen „latente Inhalte“ (Prainsack/Pot 2021: 144), also die tiefere Bedeutung hinter dem Gesagten, erschließen. In dem interpretativen Zugang zur Analyse liegt auch der große Mehrwert der Grounded Theory für diese Studie. Denn dadurch ist es möglich, über die persönlichen Ansichten der Befragten hinauszugehen und zu den „sozialen Handlungen und Prozessen“ (Prainsack/Pot 2021: 147), auf denen diese aufbauen, vorzudringen. Zudem sollte die Analyse mit der Grounded Theory idealerweise iterativ erfolgen. Weiter oben wurde schon erläutert, was darunter zu verstehen ist und wieso ein solches Vorgehen in dieser Arbeit nicht durchgehend möglich war.

In einem ersten Interpretationsschritt, dem initial coding, wurden die Interviewtranskripte Zeile für Zeile kodiert. Es ging darum zu fragen, „was die interviewte Person mit dieser Aussage tut und wofür die Aussage ein Beispiel darstellt“ (Prainsack/Pot 2021: 145). Dadurch ist es möglich, zur eigentlichen Bedeutung des Gesagten vorzudringen, anstatt nur das

Gesagte inhaltlich zusammenzufassen. Im Verlauf dieses Prozesses kamen dabei letztlich über eintausend Codes zusammen. Um bei dieser Masse an Codes den Überblick zu behalten, mussten in einem zweiten Schritt, dem *focused coding*, die Codes verdichtet werden. Abhängig von der Relevanz der Codes für die Beantwortung der Forschungsfrage wurden Codes aussortiert, zusammengefügt oder präzisiert (vgl. Prainsack/Pot 2021: 150). So ließen sich die Codes auf eine überschaubare Menge reduzieren. Anschließend wurden die Codes thematisch geordnet.

2.8 Limitationen

Leider waren nur wenige Interviewpartner Mitglied des Umweltausschusses. Dabei wäre gerade hier interessant gewesen zu sehen, wie die oben zitierte wissenschaftliche Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit nicht miteinander vereinbar sind, rezipiert wird. Schließlich ist der Umweltausschuss für Gesetze zuständig, die auf den Schutz der Umwelt abzielen. Die spezifische Rezeption der Kritik an grünem Wachstum durch den Umweltausschuss dürfte damit nur in Ansätzen erfasst worden sein. Durch die Beschränkung auf die Abgeordneten des EP bleibt zudem die Rezeption durch die vielen anderen Personen, die an der Meinungs- und Willensbildung im EP mitwirken, also etwa die Mitarbeiter der Abgeordneten und Fraktionen oder das wissenschaftliche Personal des EP, unberücksichtigt. Auch lassen die Daten keine Rückschlüsse auf die Rezeption in den anderen Institutionen der EU, insbesondere der EK, die ja bei der Ausarbeitung des Green Deal federführend ist, zu. Der Umstand, dass die Gesetzgebung für den Green Deal in eine Zeit gefallen ist, in der aufgrund der Corona-Pandemie weite Teile des üblichen Parlamentsbetriebs stillgestanden bzw. durch Online-Formate ersetzt worden sind, birgt darüber hinaus die Gefahr, dass die Daten nicht die normalen Meinungs- und Willensbildungsprozesse des EP widerspiegeln. So konnte durch das Remote-Verfahren, also das Arbeiten von einem anderen Ort als dem EP, beispielsweise ein großer Teil der informellen Kommunikation nicht wie gewohnt stattfinden. Auch die Redezeiten in den Ausschusssitzungen sollen während dieser Zeit deutlich kürzer gewesen sein. Und nicht zuletzt nimmt die Bedeutung von Wachstum in Zeiten wirtschaftlicher Krisen meist deutlich zu, die Akzeptanz für Wachstumskritik hingegen ab. Mit den Daten lässt sich daher nur bedingt sagen, wie die Kritik an grünem Wachstum rezipiert worden wäre, hätte es zeitgleich zum Green Deal keine globale Wirtschaftskrise gegeben.

2.9 Forschungsethische Aspekte

Die Forschungsteilnehmerinnen haben bei der ersten Kontaktaufnahme per E-Mail ein Informationsblatt erhalten, in dem sie über Inhalt, Ablauf, Methode und Zweck der Forschung informiert wurden. Es wurde zudem darauf hingewiesen, wie wichtig ihre Teilnahme für das Forschungsprojekt ist. Da es sich bei den Interviewpartnern um hochrangige Politiker handelt und die meisten auch individuell angesprochen wurden, kann davon ausgegangen werden, dass die Einwilligung freiwillig erfolgt ist. Ebenso kann, aufgrund der hervorgehoben gesellschaftlichen Stellung, eine gruppenspezifische Vulnerabilität ausgeschlossen werden. Lediglich bei der Mitarbeiterin des fraktionslosen Abgeordneten war zu befürchten, dass ihre Teilnahme nicht freiwillig, sondern auf Betreiben ihres Vorgesetzten erfolgt ist. Im Vorgespräch sowie während des Interviews gab es jedoch keinerlei Anzeichen einer unfreiwilligen Teilnahme. Zusätzliche Anreize zur Teilnahme sind nicht gegeben worden.

Da der Zeitraum der Datenerhebung in die Zeit der Corona-Pandemie fiel, wurde von einem Treffen vor Ort abgesehen. Stattdessen wurden die Interviews im gesundheitlich unbedenklichen Online-Format durchgeführt. Somit war auf Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen oder vorher durchgeführte Corona-Tests nicht zu achten. Aus dem Online-Format ergab sich jedoch die andere Problematik, dass die Interviewpartnerinnen befürchten mussten, das Interview könnte gegen ihren Willen auch per Video aufgenommen werden. Da Videoaufnahmen ohnehin nicht gemacht werden sollten, ist dies den Interviewpartnerinnen schon vorab, in der Einverständniserklärung, mitgeteilt worden. Zusätzlich wurde unmittelbar vor dem Start der Interviews noch einmal mündlich betont, dass lediglich eine Audioaufnahme, nicht jedoch eine Videoaufnahme von den Interviews gemacht würde.

3 Ergebnisse

Im folgenden Abschnitt sollen nun die Ergebnisse aus der Auswertung der Interviews präsentiert werden. Im ersten Teil soll erörtert werden wie, wo, und von wem die Erkenntnisse der ökologischen Wachstumskritik über die Grenzen grünen Wachstums im EP aufgegriffen und zur Kritik des Green Deal verwendet werden. Dabei wird sich zeigen, dass die Abgeordneten und ihre Fraktionen die Strategie des grünen Wachstums kaum, und wenn, dann i. d. R. eher oberflächlich kritisieren. Über die Frage, wieso dies so ist, liefern die Interviews ebenfalls wichtige Anhaltspunkte. Darum soll es im zweiten Teil dieses Abschnitts gehen.

3.1 Situationen, Orte und Akteure der Problematisierung grünen Wachstums

3.1.1 Die Grünen/EFA

Weiter oben (siehe 1.1) hat sich bereits angedeutet, dass die Grünen der „neuen Wachstumsstrategie“ der EK relativ kritisch gegenüberstehen. Dieser Eindruck hat sich auch in den Interviews bestätigt. Das Ausmaß der Problematisierung grünen Wachstums bei den Grünen zu bestimmen, war jedoch nicht ganz einfach.

Einerseits gäbe es in der Fraktion viel Verständnis für die Problematik von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit. So weiß die ehemalige Abgeordnete der Grünen folgendes über die Haltung der Grünen gegenüber grünem Wachstum zu berichten:

Interviewer: But also, the green growth paradigm, do they understand that? That the greening of growth is not working.

Grüne/EFA 6: Yeah, I think most Greens are cynical about the second and see it as greenwashing. I think that's true. I think Greens are pretty wised up about this, yeah.

An das Konzept des grünen Wachstums würden die meisten Grünen laut dieser Abgeordneten also nicht wirklich glauben. Sie seien gut informiert über die Problematik grünen Wachstums und begegneten dem Konzept daher zynisch, insofern grünes Wachstum von ihnen als Greenwashing aufgefasst würde. Die Beobachtung, dass viele Abgeordnete nicht an grünes Wachstum glaubten und es für Greenwashing hielten, ließ sich beispielsweise auch durch folgende Aussage eines wachstumskritischen Abgeordneten der Grünen bestätigen: „And so, we really have to rethink this paradigm of growth, even if it's greenwashed by the adjective or

the nomination of being ‘green’“ (Grüne/EFA 4). Ebenso missfiel einer weiteren Interviewpartnerin der Grünen die Angewohnheit, viele Vorgänge neuerdings als „grün“ zu bezeichnen: „[...] we all of us talk about green, green, green, green. It's a buzzword for everything. We are green, green, green. And there we need smarter, intelligent people to see this nonsense can't be. Face reality. Look into what is the real challenge here“ (Grüne/EFA 3). Das Wort „grün“ sei nach Ansicht dieser Abgeordneten zum Schlagwort verkommen, welches die wahren Probleme verschleierte. Grünes Wachstum sei „Unsinn“ und müsse als solcher erkannt werden, damit das „wahre“ Problem in der Klima- und Umweltpolitik, das unaufhörliche Wirtschaftswachstum, angegangen werden könne. Denn da Wachstum nicht gegrünt werden könne, sei es die eigentliche Aufgabe, „to go down [sic] in reduction“ (Grüne/EFA 3).

Andererseits scheint diese Problematik aber nur einer Minderheit der grünen Abgeordneten ein so großes Anliegen zu sein, als dass sie bereit wären, aktiv gegen die Politik des grünen Wachstums zu opponieren. So beschreibt ein eher pragmatisch eingestellter Abgeordneter der Grünen das Ausmaß und die Situationen, in denen in seiner Fraktion Kritik an der grünem Wachstumsstrategie der EU geübt wird, folgendermaßen:

Grüne/EFA 2: Es kommt häufiger mal vor, dass wir über ein Thema reden, zum Beispiel wenn wir den ETF-Handel [...] besprechen oder auch Förderinstrumente oder ähnliches, und dann halt zu dem Thema kommen, ja gut, das bringt ja eh alles nichts, weil was das große Problem ist, dass wir immer nur wachsen, wachsen, wachsen wollen. Also das sind dann einzelne Stimmen, die dann halt in die Diskussion das nochmal einbringen und sagen: Warum reden wir darüber, wir brauchen das Instrument insgesamt nicht. Weil wenn wir eine CO²-Bepreisung haben, dann ändert das nichts am Grundproblem.¹⁴

Der Widerspruch einer zugleich auf Wachstum und Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik dürfte bei den Grünen also v. a. dann virulent werden, wenn es darum geht, die eigene Positionierung zu den Maßnahmen des Green Deal auszuloten. Für einige Abgeordnete machten viele von den Klima- bzw. Umweltschutzmaßnahmen nämlich keinen Sinn, solange gleichzeitig auch die Wirtschaft weiterwachse. Hierbei handele es sich jedoch nur um eine Minderheit der grünen Abgeordneten. Diese Einschätzung teilte auch ein anderer

¹⁴ ETF steht für „Exchange Traded Funds“, also börsengehandelte Fonds, die einen Index nachbilden. Als passiv gemanagte Fonds bieten sie für Anleger den Vorteil, dass für ihr Management deutlich geringere Gebühren anfallen, ihre Performance gegenüber aktiv gemanagten Fonds gleichzeitig jedoch meisten nicht schlechter ist. Sie haben deshalb in den letzten Jahren an Beliebtheit zugenommen. Sogenannte grüne ETFs versprechen darüber hinaus, dass die Geldanlage auch einen ökologischen Nutzen hat. Die EU hat es sich zum Ziel gemacht, den Markt für nachhaltige Finanzprodukte, und damit auch ETFs, zu regulieren, u. a. auch deshalb, weil private Investitionen einen bedeutenden Teil der Finanzierung des Green Deal ausmachen sollen (vgl. EK 2019: 21f).

Interviewpartner der Grünen, welcher selbst keiner grünen Partei angehört, jedoch als Vertreter einer anderen Partei Teil des Fraktionsbündnisses Grüne/EFA ist:

Grüne/EFA 5: I mean some of the Greens, they were rising [sic] such issues, but I would say, from my point of view, what is my perception, what is the difference between this group and the Left group which is in the Parliament as well, was that this group was not really going to abolish growth as such. I mean now I'm really like referring to, let's say my reading how the amendments are being tabled and what kind of amendments are being tabled.

Einige Mitglieder der Fraktion würden die Strategie des grünen Wachstums zwar durchaus problematisieren; deren Kritik führe allerdings – im Gegensatz zur Linken – nicht dazu, dass die Grünen auch öffentlich für eine Abkehr von der Wachstumspolitik einträten. Der Abgeordnete selbst hielt darüber hinaus grünes Wachstum durchaus für möglich: „[...] the deeper analysis clearly shows that this [die Unvereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit] is not the case“ (Grüne/EFA 5).

Diese zwei Beobachtungen – einerseits ein relativ großes Verständnis für die Problematik grünen Wachstums, andererseits nur vereinzelter Widerstand gegen die Politik des „grünen Wachstums – widersprechen sich jedoch nur scheinbar. Denn sie lassen sich insofern gut miteinander vereinbaren, als das Wissen um die grundsätzliche Problematik grünen Wachstums bzw. das Unbehagen mit grünem Wachstum nicht zwangsläufig dazu führen müssen, die Strategie des grünen Wachstums auch in den fraktionsinternen wie -externen Debatten zu kritisieren. Wieso das so ist, wird sich später noch zeigen.

3.1.2 Die Linke

Neben den Grünen ist es – auch das haben die eingangs beschriebenen Stellungnahmen zum Green Deal schon erahnen lassen – v. a. die Linke, welche grünes Wachstum kritisch sieht. Dabei ergaben sich in den Interviews aber auch hier durchaus widersprüchliche Eindrücke über das Ausmaß der Problematisierung grünen Wachstums. So ist insbesondere zwischen einer Außen- und einer Innenwahrnehmung zu unterscheiden.

Das weiter oben schon zitierte, wachstumsoptimistische Fraktionsmitglied der Grünen (Grüne/EFA 5) beschreibt die Einstellung der Linken gegenüber grünem Wachstum folgendermaßen:

Grüne/EFA 5: When we are talking about the Left, their perception is that the green growth is actually not sufficient and there should be maybe no growth or something like that. That would be my description of their... Basically [...] neglecting the whole idea of sustainable development.”

Die Linke sei es auch in erster Linie, welche die Wachstumspolitik der EU offen kritisiere. Das zeige sich v. a. in den Amendments, also den Änderungsanträgen zu Gesetzesentwürfen, die von der Linken in den jeweiligen Ausschüssen eingebracht würden:

Grüne/EFA 5: I mean the Left group, they were tabling sometimes amendments to really like abolish the growth as such. However, I think we as Greens have probably not tabled such amendments and I can't tell you whether some of the Green MEPs have been kinda like supportive to those amendments, but I don't think we have tabled them, if it answers?

Die Linke würde also – im Gegensatz zu den Grünen – hin und wieder auch tatsächlich in den öffentlichen, interfraktionellen Sitzungen des EP fordern, Wachstum als Politikziel ganz abzuschaffen. Das konnte auch eine Abgeordnete von S&D bestätigen. Dass eine tatsächliche „Schrumpfung“ der Wirtschaftsleistung gefordert werde, „ist nur bei Teilen von den Linken der Fall, wo wirklich die Diskussion geführt wird“ (S&D 2). Der Linken wurde in diesem Zusammenhang auch vorgeworfen, sie betreibe in Bezug auf den Green Deal eine „Fundamentalopposition“, versperre sich also jeglicher Kompromisspolitik (Grüne/EFA 4).

Die Kritik der Linken an der Wachstumspolitik der EU bliebe insgesamt jedoch eher oberflächlich. So würden sich ihre Bemühungen hauptsächlich darauf richten, „to [...] convince the Parliament to acknowledge the fact that infinite growth is not sustainable“ (Grüne/EFA 5). An einer tiefergehenden Kritik fehle es jedoch: „So, there is not really like a huge research behind their, let's say, lines of thinking what shall be done. Those are rather, I would say, general statements” (Grüne/EFA 5).

Die Interviewpartnerinnen der Linken selbst beschrieben ihre Fraktion hingegen deutlich weniger geeint in Bezug auf die grüne Wachstumsstrategie des Green Deal. So sei die Ablehnung von Wirtschaftswachstum in der Linken keine ausgemachte Sache. Ein – durchaus wachstumskritischer – Abgeordneter der Linken wusste folgendes über Wachstumskritik in seiner Fraktion zu berichten:

Linke 2: Nein, das würde ich so pauschal nicht sehen, dass jeder sagt: ‚kein Wachstum‘. Sondern Wachstum anders orientieren. Also meinetwegen auch mit anderen Kennziffern. Also weg vom BSP [Bruttonationalprodukt] oder nur dem Gini-Koeffizient [sic] etc. Also das sind Themenlagen, da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Und dann haben wir

immer noch zu vergegenwärtigen, selbst wenn wir, der einzelne oder die einzelne Abgeordnete, sich vielleicht in die Richtung bewegt, hast du die Partei noch lange nicht mitbekommen. Die man ja auch repräsentiert im bestimmten Maße als Abgeordneter. Also da würde ich auch jetzt nicht das weißwaschen, die Problemlagen, vor denen wir stehen.¹⁵

Der Interviewpartner erläutert hier das ganze Spektrum linker Wachstumsauffassungen. Denn neben den radikalen Wachstumskritikern gäbe es bei den Linken auch noch solche, die die Bedeutung von Wirtschaftswachstum für die Wirtschaftspolitik nur abschwächen wollten. Und wiederum andere scheinen Wachstum noch immer als wichtig zu betrachten, besonders jene, die aus einer stark produktivistischen Tradition kommen und/oder osteuropäischer Herkunft sind (Linke 1).

Darüber hinaus haben die Interviews mit den beiden Abgeordneten der Linken aber auch Zweifel daran aufkommen lassen, welche Rolle die Kritik an grünem Wachstum sowohl innerhalb der Fraktion als auch in deren öffentlichen Stellungnahmen spielt. So antwortete der eben zitierte Interviewpartner der Linken auf die Frage, ob die Entkopplungsproblematik in seiner Fraktion diskutiert wird, folgendes:

Linke 2: Also vielleicht noch mal zur Verdeutlichung. Es wird über dieses ‚post growth‘, im Sinne als Entwicklungsnotwendigkeit, als Begrifflichkeit, gar nicht so sehr debattiert. Sondern es geht mehr um die Frage in einzelnen Themenstellungen. Also ich sage mal Energiepolitik oder nachhaltiger Umweltschutz, Gesundheitspolitik und so. Und da kommen dann sehr unterschiedliche Dinge. Und da kommt dann natürlich auch bei der, ich sage mal bei der Forschungspolitik, natürlich der Wachstumsbegriff wieder rein. Also das würde ich mal so sagen, die von Ihnen jetzt formulierte totale Entkopplung, die wird so nicht diskutiert, in der Fraktion. Und ich glaube auch nicht in anderen Fraktionen. Zurzeit, zumindest. Da ist die Schwerpunktgewichtung etwas verändert worden mit dem Green Deal und auch mit der Herangehensweise, wie wollen wir da eigentlich EU-weit oder international anders agieren.

Die Linke problematisiere Wachstum demzufolge also nur auf einer sektoralen Ebene, nicht jedoch in seiner ganzheitlichen Relevanz. Ob es noch weiteres Wachstum braucht oder nicht, entscheide sie für jeden Sektor, etwa die Forschungspolitik, einzeln. Die Frage, ob eine

¹⁵ Das Bruttosozialprodukt ist ein Maß für das Gesamteinkommen aller in einem Land lebenden Menschen. Es schließt damit auch Einkommen, die Inländerinnen im Ausland erwirtschaftet haben, mit ein. In vielen Volkswirtschaften ist seine Größe dabei oftmals fast identisch mit dem Bruttoinlandsprodukt. Der Gini-Koeffizient wiederum ist ein Maß für Ungleichverteilungen. Er dient u. a. dazu, den Grad der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft darzustellen.

gesamtwirtschaftliche Wachstumsabkehr anzustreben bzw. ob eine „totale“/absolute Entkopplung aller Sektoren zusammen möglich ist, finde bei der Linken hingegen keine Erörterung – ein Umstand, für den auch der Green Deal verantwortlich sein soll.

Passend dazu war sich auch die andere Interviewpartnerin der Linken unsicher, ob explizit grünes Wachstum in ihrer Fraktion problematisiert wird. Die Kritik der Linken an Wachstum erweckt stattdessen eher den Eindruck, als wäre sie zu einem bedeutenden Teil eher sozial-ökonomisch¹⁶ als ökologisch motiviert, wie dieses Beispiel zeigt:

Linke 1: Ja, ich denke schon, dass das [die Unvereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit] reflektiert wird. Also grünes Wachstum (betont beide Wörter einzeln), ich glaube das suggeriert ja, auch wenn man mit Blick auf die Kommission sich die Dinge anschaut, oder auch der Rat, es geht immer weiter, weiter, weiter, höher, höher, schneller, schneller, länger, länger, ich weiß nicht, was noch alles. Diese auch Ideologie, mit der man sich ja wirklich auch mal beschäftigen muss, die immer dazu führt, wir haben etwas und jetzt müssen wir es massenhaft produzieren. Und wir fragen gar nicht, wozu wir das produzieren. Also das in Frage zu stellen, ist sehr wichtig. Und insofern kann ich schon sagen, gibt es da ziemlich viele, soweit ich das überschauen kann, ich kann auch nicht in jeden Ausschuss schauen, gibt es eine große Kritik daran. Also vor allem dieses blinde Wachstum.

Die Interviewpartnerin „denkt“ nur, dass die Plausibilität grünen Wachstums „reflektiert“ wird, anstatt, dass sie es weiß. Zudem spricht sie nur von „reflektieren“ und nicht von diskutieren oder debattieren. Grünes Wachstum sei vor allem deshalb problematisch, weil es ein „blindes Wachstum“ sei, also nicht danach frage, welche Produkte überhaupt gebraucht würden. Sie scheint sich also nicht ganz sicher zu sein, welche Rolle die Kritik an grünem Wachstum in ihrer Fraktion spielt. Nochmals ausdrücklich darauf angesprochen, ob bei den Linken thematisiert werde, dass die Klima- und Umweltziele mit grünem Wachstum nicht erreichbar seien, antwortete die Abgeordnete folgendes:

Linke 1: Also, wenn Sie mich direkt jetzt fragen, es wird darüber diskutiert eben, also jedenfalls bei uns in der Fraktion ist es so, dass blindes Wachstum eben abgelehnt wird. Grünes Wachstum, was soll das sein, ja? Also ich denke schon, dass wir das... kann ich sagen, dass wir das in Frage stellen.

¹⁶ Die sozial-ökonomische Wachstumskritik hinterfragt den Nutzen weiteren Wirtschaftswachstums für die Lebensqualität der Menschen in den reichen Industrienationen (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 82).

Ein weiteres Mal betont sie, dass es in ihrer Fraktion hauptsächlich um „blindes Wachstum“ gehe. Auch grünes Wachstum mache in ihren Augen wenig Sinn („was soll das sein“), sie „denkt“ jedoch nur, dass es abgelehnt wird, ohne es scheinbar genau zu wissen. Das deutet darauf hin, dass die Linke die Plausibilität grünen Wachstums nicht wirklich ausführlich erörtert.

Alles in Allem ergibt sich damit der Eindruck, als wäre die Linke – oder zumindest ein Teil von ihr – durchaus sehr wachstumskritisch. Allerdings scheint ein großer Teil ihrer Kritik an Wirtschaftswachstum sozial-ökonomisch motiviert zu sein. Welchen Raum hierbei noch die Kritik an grünem Wachstum einnimmt, ist nur schwer zu sagen. Die eingangs zitierte schriftliche Stellungnahme der Linken zum Green Deal kann leicht dazu verleiten, die Kritik an grünem Wachstum als eines der Hauptanliegen der Linken misszuverstehen. Die Interviews mit den Abgeordneten legen jedoch vielmehr nahe, dass die Linke nach außen zwar in der Tat am entschiedensten von allen Fraktionen grünes Wachstum aus einer ökologischen Perspektive heraus kritisiert; insgesamt dürfte die Linke diese Kritik jedoch nur spärlich äußern. Darauf deutet auch die eher untergeordnete Rolle hin, welche die Kritik an grünem Wachstum innerhalb der Fraktion spielt. Die Linke verhält sich damit gewissermaßen konträr zu den Grünen, bei denen die öffentliche Kritik an grünem Wachstum – wie gezeigt – kaum vorkommt, dafür aber innerparteilich relativ viel über die grüne Wachstumsproblematik diskutiert wird.

3.1.3 Restliche Fraktionen

Bei den restlichen Fraktionen konnte in den Interviews hingegen keine ökologisch motivierte Problematisierung grünen Wachstums beobachtet werden. Zwar sind sich Sozialdemokraten, Liberale und Konservative weitgehend einig, dass das konventionelle, fossil befeuerte Wachstum ein Problem für das Klima und die Umwelt darstellt: „Was klar ist, wenn wir weiter so wachsen und auch so produzieren, wie wir es aktuell tun, dass wir ganz klar gegen die Wand fahren. Ich denke, das ist den meisten ehrlichen Politikern bewusst. Und es ist auch ganz klar, dass wir umsteigen müssen“ (EVP 2); aber grünes Wachstum stellt für diese Fraktionen die Lösung des Problems dar, und nicht – wie für Teile der Grünen und Linken – dessen Verschleppung. Folglich sieht auch ein Abgeordneter von Renew „climate action and the economic growth“ nicht „as something that is contradictory“ (Renew 2). Im Gegenteil will

er den Klimaschutz dazu nutzen, „to actually create new types of activities and new types of businesses” (Renew 2).

Die Überzeugung dieser Fraktionen, dass grünes Wachstum möglich ist, führt dazu, dass die Plausibilität grünen Wachstums auch in den Ausschüssen kaum diskutiert wird: „[...] I wouldn't say this is a major [...] point of discussions for us [das EP], in terms of the concrete policy making that we are doing” (Renew 2). Die restlichen Fraktionen halten also weiter am Ziel des Wirtschaftswachstums fest, unter der Bedingung, dass dieses Wirtschaftswachstum grün bzw. nachhaltig sein muss. Für sie ist die „Qualifizierung“ von Wachstum, also seine Ausstattung mit der Bedingung der Nachhaltigkeit, somit ausreichend. Eine solche Qualifizierung ist zugleich auch die Minimalforderung der Grünen:

Grüne/EFA 1: „[...] also was wir halt machen, was ich immer mache [in den Ausschüssen], ist ganz viele Änderungsanträge immer einzubringen, zumindest „sustainable growth“ oder „sustainable Binnenmarkt“ irgendwie **(lacht)** einzubringen. Aber jetzt nicht, dass sozusagen Wachstum sozusagen kritisch hinterfragt wird. Also sehe ich leider bisher überhaupt nicht.“

Wenn es schon Wirtschaftswachstum weiterhin geben soll, dann müsse – so die Logik der wachstumskritischen, aber pragmatischen Grünen – zumindest alles dafür getan werden, dass die davon ausgehenden ökologischen Schäden so gering wie möglich ausfielen.

Neben der Kritik am konventionellen Wachstum ist es darüber hinaus v. a. die Kritik am BIP als geeignetem Wohlstandsmesser, welche im EP auf relativ viel Verständnis trifft. Das BIP in Frage zu stellen, ist besonders bei S&D zentral:

Und dort [in den Ausschussdebatten zum Europäischen Semester] haben wir eben unter anderem gerade als Sozialdemokratie immer wieder gesagt, dass zu einer nachhaltigen Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik eben auch eine Definition von Wachstum gehört, die eben mehr ist als das Bruttoinlandsprodukt, die Wachstum als Wohlbefinden auch messen soll. Also dort kam es auf jeden Fall in dem Rahmen, aber auch in einzelnen Anträgen zum Green Deal, aber das stand nicht im Mittelpunkt. Also da war das dann eher nur so eine Randdebatte.¹⁷

¹⁷ Beim Europäischen Semester handelt es sich um ein jährliches Verfahren, bei dem die Europäische Kommission die wirtschaftliche Lage und Wirtschaftspolitik aller Mitgliedsstaaten analysiert und länderspezifische Empfehlungen ausspricht. Es existiert seit 2011 und soll Wirtschaftswachstum und die Einhaltung der Haushaltsdisziplin sicherstellen.

Die Sozialdemokraten scheinen in der Abkehr vom BIP als primären Indikator für Wohlstand eine Chance für mehr Nachhaltigkeit zu sehen. Denn indem die Wachstumsziele der europäischen Wirtschaftspolitik breiter definiert würden – etwa im Sinne des „Wohlbefindens“ – eröffne sich die Möglichkeit, die Steigerung des ökologisch schädlichen BIP zugunsten weniger schädlicher Wohlstandsindikatoren zu vernachlässigen. Als Konsequenz aus einer solchen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wären dann auch Szenarien denk- und messbar, in denen das BIP – und damit auch die negativen Umweltauswirkungen – sinken, der Wohlstand jedoch wächst. Diese „Relativierung“ des BIP als Wohlstandsindikator führt allerdings nicht automatisch dazu, Wirtschaftswachstum aktiv zu verhindern. Vielmehr solle das BIP lediglich an Bedeutung als Indikator abnehmen. Ob es dann tatsächlich steigt oder sinkt, ist weniger relevant, solange sich die anderen Wohlstandsindikatoren, inklusive der ökologischen, in die richtige Richtung entwickeln. Aus einem solchen Problemverständnis lässt sich folglich aber auch keine pauschale Ablehnung grünen Wachstums argumentieren.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass auch die ganz rechten Kräfte im EP, insbesondere die Fraktion *Identität und Demokratie (ID)* und die *Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)*, die Strategie des grünen Wachstums kritisieren. Tatsächlich wären es sogar die rechten Kräfte im EP, welche am entschiedensten gegen „grünes Wachstum“ opponierten: „When you are talking about someone is challenging the idea of green growth, then it is probably the Right or the Conservatives, not the Left“ (Grüne/EFA 5). Diese Kritik ist jedoch nicht – wie bei den Grünen und der Linken – ökologisch motiviert. Die Ablehnung einer Politik des grünen Wachstums liegt vielmehr in der Sorge um das Wirtschaftswachstum und den europäischen Wirtschaftsstandort begründet, welche durch die Klima- und Umweltschutzmaßnahmen des Green Deal gefährdet seien. Wenngleich also auch die Rechten die Plausibilität grünen Wachstums bezweifeln, so handelt es sich hierbei doch nicht um jene Zweifel, welche diese Untersuchung zum Gegenstand hat.

3.2 Zwischenfazit

Grünes Wachstum wird im EP also nur von den Grünen und der Linken problematisiert. Während bei den Grünen immer wieder Stimmen laut werden, die den Green Deal aufgrund seiner Wachstumsfixierung für nutzlos halten, sind Art und Ausmaß der Kritik an grünem Wachstum innerhalb der Fraktion der Linken nur schwer einzuschätzen. Es scheint fast, als

würde die Linke die Strategie des grünen Wachstums in der Öffentlichkeit lauter kritisieren, als dies fraktionsintern der Fall ist. Die Grünen wiederum dürften grünes Wachstum kaum öffentlich problematisieren. Die drei Fraktionen der Mitte, EVP, S&D und Renew, sehen in grünem Wachstum hingegen kein Problem. Für sie stellt lediglich das konventionelle, fossil befeuerte Wirtschaftswachstum bzw. die wirtschafts- und sozialpolitische Orientierung am BIP ein Problem dar. Die rechten Kräfte im EP treten darüber hinaus ebenfalls als Kritiker grünen Wachstums auf, allerdings ist diese Kritik ökonomisch und nicht ökologisch motiviert.

3.3 Mögliche Gründe für die Nichtproblematisierung grünen Wachstums

Im folgenden Teil sollen nun mögliche Gründe für das Ausbleiben von Kritik an grünem Wachstum dargelegt werden. Die Darstellung dieser Gründe erfolgt dabei auf Grundlage des Datenmaterials. Mögliche Erklärungen aus der Literatur wurden eingangs schon erwähnt. Sie sollen im Anschluss an das Ergebniskapitel noch einmal mit den hier präsentierten Ergebnissen verglichen und diskutiert werden.

3.3.1 Pragmatismus

Ein wichtiger Grund, wieso in den öffentlichen Sitzungen des EP nur wenig Kritik an grünem Wachstum bzw. Wachstum allgemein geäußert wird, sind pragmatische Erwägungen der Fraktionen.¹⁸ Dies betrifft natürlich nur jene Fraktionen, in denen Wachstumskritik überhaupt eine Rolle spielt, also in erster Linie die Linken und die Grünen. Diese Fraktionen befürchten, sich durch eine wachstumskritische Fundamentalopposition wirtschafts- und umweltpolitische Handlungsspielräume zu verbauen. Das führt dann oftmals dazu, dass – wie weiter oben schon ausgeführt – wachstumskritische Einwände hauptsächlich innerfraktionell diskutiert werden. Ein pragmatisch eingestellter Abgeordneter der Grünen schildert die Abwägungsprozesse in seiner Fraktion wie folgt:

Grüne/EFA 2: Das Problem für uns ist: Sobald wir an dem Primat des ökonomischen Wachstums zu rütteln beginnen wollen, dass dann sämtliche Gespräche automatisch als linksextremistisch abgelehnt werden und dass wir dann nicht mehr die Möglichkeit

¹⁸ Der Begriff „Pragmatismus“ wird hier in seinem umgangssprachlichen Verständnis verwendet, nämlich als „ein Handeln, das nicht in erster Linie an ideologische oder unverrückbare Prinzipien gebunden ist“ (Schubert/Klein 2020: 246). Weiterführende philosophische Überlegungen zum Pragmatismus (vgl. z. B. Festl 2018) sind für diese Arbeit hingegen nicht von Bedeutung.

bekommen, irgendwas hinzukriegen. [...] Aber aktuell, da wir halt auch Sachen umsetzen wollen, Maßnahmen beschließen wollen und so weiter, sind wir darauf angewiesen, dass wir Mehrheiten bekommen. Und um Mehrheiten zu bekommen, müssen wir halt im Gespräch mit Kolleginnen von anderen Fraktionen sein, für die halt Wachstum das wichtigste in der Wirtschaftspolitik ist, die sich eine Postwachstumsökonomie nicht vorstellen können. Und ja, weiß nicht, die den Sinn des Lebens im Arbeiten sehen, glaube ich. Und da ist es dann relativ schwierig, wenn man mit diesen Leuten halt eine Mehrheit finden muss. Und wenn man da halt dann erstmal anfängt und sagt okay, Kapitalismus erstmal abschaffen. Das wird halt nichts. Und dementsprechend wird das da eher zurückgehalten.

Die Wachstumspolitik der herrschenden Kräfte im EP in einer grundsätzlicheren Weise in Frage zu stellen, würde laut diesem Abgeordneten dazu führen, dass die anderen, wachstumsbefürwortenden Fraktionen die Grünen nicht mehr als seriösen politischen Partner behandeln würden. Denn äußerten die Grünen zu „radikale“ Ansichten, würden sie des Linksextremismus bezichtigt werden. Damit würde sich aber auch die Verhandlungsposition für viele weitere Themengebiete verschlechtern. Die Möglichkeiten, eigene politische Ziele umzusetzen, wären dann stark eingeschränkt. Dies wollten die Grünen verhindern. Dafür müssten sie sich kompromissbereit zeigen und sich mit dem herrschenden „Paradigma“ des Wirtschaftswachstums arrangieren, wie die ehemalige Abgeordnete der Grünen erklärt:

Grüne/EFA 6: So yeah, anyway, it's the nature of politics, but especially the nature of politics when your politics is about a paradigm shift. You know, normally you've got to compromise a bit with things you don't like to keep in with your party or whatever. But with us, we're compromising with the system that we know is basically inimical to human wellbeing and even human survival. But in order to change the world as it is, we have to compromise with that. And that is really difficult. But it's what we've done since we decided to stand for election.

Kompromisse einzugehen, so diese wachstumskritische Abgeordnete der Grünen, gehöre zur Politik. Bei den Grünen ergebe sich darüber hinaus aber die Notwendigkeit, sich mit einem System – sie spielt hier auf den Kapitalismus und dessen inhärentem Wachstumszwang (siehe 4.1.6) an – abfinden zu müssen, welches den Grundwerten der Grünen diametral gegenüberstünde. Dieser Kompromiss mit dem Kapitalismus und der Wachstumspolitik sei jedoch nötig, wenn die Grünen etwas zum Besseren verändern wollten. Die andere Option, nämlich sich der Wachstumspolitik komplett zu verweigern, lehne die Mehrheit der Grünen hingegen ab:

Grüne/EFA 2: Und als der Green Deal vorgestellt wurde, oder angekündigt wurde, muss man ja sagen, war die erste Diskussion bei uns: Wie gehen wir damit um? Und da haben wir natürlich diskutiert, okay wollen wir entweder Fundamentalopposition sein, weil wir wissen, dass dabei eh nichts rumkommt? [...] dazu gab es durchaus auch etliche Stimmen. Oder wollen wir diesen Prozess konstruktiv-kritisch begleiten, in der Hoffnung, die einzelnen Vorhaben zu verbessern? [...] Und so die Möglichkeit haben, das Ganze zu verbessern und auch ein Bild zu zeichnen, dass wir Grüne auch eine staatstragende Macht oder Kraft sein können in der Europäischen Union. Und wir haben uns für letzteres entschieden.

Die sogenannte Fundamentalopposition würde zwar von einigen Grünen gefordert, könne sich aber in der Fraktion nicht durchsetzen. Sie speist sich aus der Ansicht, dass es sich beim Green Deal nur um kosmetische Verbesserungen handele, nicht jedoch das Grundproblem, Kapitalismus und Wachstumszwang, angegangen würde. Auch die politische Kommunikation spielt beim pragmatischen Vorgehen der Grünen eine Rolle. Sie wollten zeigen, dass sie eine „staatstragende Macht“ sein können. Dies schließe aber politischen Handlungen, die auf eine fundamentale Veränderung der staatlichen Ordnung abzielen, aus. Dazu gehöre eben auch, das Wachstumsparadigma – zumindest nach außen hin – nicht in Frage zu stellen. Denn das würde nicht nur die politische Konkurrenz verschrecken, sondern auch viele Wähler, wie dieser wachstumskritische Grüne erklärt:

Grüne/EFA 4: I would say that probably because it's [die Wachstumsrhetorik] more appealing to voters and it's harder to work on a basis that you talk about degrowth or zero growth paradigm, because citizens are, you know, brainwashed for several decades to really just know this reality. If you have growth, you have development. If you don't have growth, you have unemployment, you have a crisis. I think it's more that basis. That's why some of them may talk about sustainable growth or green growth.

Eine Welt ohne Wachstum sei für viele Menschen so schwer vorstellbar, dass sie damit automatisch negative Assoziationen entwickelten. Viele Grüne vermieden es deshalb, öffentlich über Postwachstumskonzepte zu sprechen. Wenn ein Teil der Grünen daher nachhaltiges oder grünes Wachstum befürworte, sei dies in erster Linie auf taktische Erwägungen zurückzuführen.

Auch bei der Linken scheint es einen Konflikt zu geben, ob ein pragmatisches Vorgehen oder eine Fundamentalopposition erfolgversprechender ist. Der pragmatisch eingestellte Abgeordnete der Linken stellt diesen Konflikt folgendermaßen dar:

Linke 2: Da gibt es natürlich bei uns in der Fraktion einige, die sagen ‚naja, wir wollen erst einmal überhaupt‘, ich sage mal ein bisschen jetzt sehr vereinfacht und sehr blaupausisch gesagt, ‚die Revolution durchführen, weil unter diesen kapitalistischen Bedingungen ist post growth gar nicht realisierbar. Das ist der Widerspruch in sich. Also wir können den Kapitalismus nicht wirklich grünen‘. Insofern ist die Frage der zeitlichen Abfolge oder der Einordnung, wie gehen wir überhaupt an die Erarbeitung von programmatischen Vorstellungen einer Veränderung des Ist-Zustandes in der Welt ran, schon die Debatte in der Fraktion. Deshalb machen auch einige den Plan so nicht mit.

Wie bei den Grünen scheint auch ein Teil der Linken den Standpunkt zu vertreten, dass die Umweltschutzbemühungen der EU unter den gegebenen Umständen ins Leere liefen. Stattdessen müsse das Wirtschaftssystem an sich verändert bzw. abgeschafft werden. Im Gegensatz zu den Grünen verweigerten sich aber tatsächlich auch einige Abgeordnete dem Pragmatismus der anderen Linken („Deshalb machen auch einige den Plan so nicht mit.“). Es scheint also nicht ganz zu gelingen, die Fraktion in ihrer Vorgehensweise zu einen. Das würde auch erklären, wieso die Linken von mehreren Abgeordneten anderer Fraktionen als Pendant zur rechten „Fundamentalopposition“ im EP wahrgenommen werden. Für den Abgeordneten der Linken war eine „Fundamentalopposition“ jedoch keine Option:

Linke 2: Ich könnte natürlich sagen, okay, wir brauchen eine Veränderung der Produktionsverhältnisse entsprechend dem Stand der Produktivkräfte, das heißt wir müssen eigentlich den Kapitalismus abschaffen. Damit würde ich ziemlich alleine stehen im Parlament. Die Frage also ist, wie kriege ich denn andere, vor dem Hintergrund der realen Problemlagen, in denen wir sind. Und auch vor denen jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin in den Mitgliedsstaaten stehen. Wie nähere ich mich, sozusagen, dieser Themenproblematik an? Mit möglichst vielen, die dann auch zu der Erkenntnis kommen, ja, wir brauchen grundlegende Veränderungen. Also der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird final natürlich Eigentumsverhältnisse auswerfen, wird natürlich die Frage des Wachstumsbegriffes... oder hat es implizit eigentlich, den Wachstumsbegriff zu hinterfragen. Also ich sehe das eher als eine Frage der Strategie, oder auch des taktischen Vorgehens, um eine Veränderung unserer heutigen Lebensweise zu ermöglichen.

Der Interviewpartner sieht in einer Politik, welche die Systemfrage stellt („Kapitalismus abschaffen“), keine Aussicht auf Erfolg. Hierfür gäbe es schlicht zu wenig Gleichgesinnte. Vielmehr gehe es darum, die unmittelbaren Probleme – etwa soziale und ökologische Schieflagen – zu lösen und so Anhängerinnen zu gewinnen. Im Zuge dieser Transformation würden dann auch tiefer liegende Ursachen hinterfragbar werden. Nur über eine solche

schrittweise Annäherung an das Problem könne sich letztlich auch ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel vollziehen.

Inwiefern nun Fundamentalopposition oder Pragmatismus bei der Linken überwiegt, lässt sich abschließend nicht genau feststellen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass auch bei den Linken pragmatische Erwägungen eine bedeutende Rolle in ihrer Einstellung zum Green Deal und seiner Strategie des grünen Wachstums spielen. Wenngleich es nicht zu gelingen scheint, alle Mitglieder der Linken in ihrer Kritik an der Strategie des grünen Wachstums zu zügeln, so dürfte der pragmatische Teil der Fraktion doch dafür sorgen, dass diese ökologische Kritik am Green Deal nicht überhandnimmt.

3.3.2 Machtdefizit der Wachstumskritikerinnen

Damit ein Thema, wie etwa die Kritik an grünem Wachstum, auf die politische Agenda des EP kommt, muss es von einer Mehrheit im Parlament überhaupt als ein relevantes Problem akzeptiert werden. Ein erstes Hindernis stellen diesbezüglich die innerfraktionellen Machtverhältnisse dar. Denn wer Kritik an grünem Wachstum oder an Wachstum generell auf die Agenda des EP bringen will, muss auch seine eigene Fraktion von diesem Vorhaben überzeugen. Wenn es jedoch nicht gelingt, die Fraktion in einer bestimmten Angelegenheit auf die eigene Seite zu ziehen, dann werden diese Angelegenheiten auch nicht in den öffentlichen Sitzungen des EP thematisiert. Das Kapitel zum Pragmatismus hat gezeigt, wie wachstumskritische Abgeordnete schon hier an eine erste Grenze stoßen.

Eine weitere Hürde stellt das Agenda-Setting in den Ausschüssen dar. Welche Themen in den Ausschüssen behandelt und welche Expertinnen angehört werden, entscheidet das sogenannte Koordinatorentreffen, bei dem Vertreter jeder Fraktion gemäß ihrer Sitzanzahl im EP über die Agenda abstimmen bzw. verhandeln. Um z. B. Wissenschaftlerinnen in die Ausschüsse einladen zu können, müssen sie in den Koordinatorentreffen mit einer Mehrheit gewählt werden. Wenn die Grünen oder die Linken wachstumskritische Wissenschaftler in die Ausschüsse einladen wollen, dann sind sie aufgrund der Mehrheit der Liberalen, der Konservativen und der Sozialdemokraten also zwingend darauf angewiesen, dass diese dem Vorschlag zustimmen. Häufig bleiben die kleinen Fraktionen aber auch ganz außen vor, wie diese Aussage eines grünen Abgeordneten zeigt:

Grüne/EFA 2: Und in der Regel ist es so, dass man einfach sagt, okay, wir könne drei Leute einladen, und dann einigen sich die drei großen Fraktionen darauf, okay, dann

machen wir das einfach zu dritt, und schwuppdiewupp, jeder darf einen einladen von den drei Großen und dann ist das gut. Und dann kommt man da nicht mehr hinterher. Manchmal ist es aber auch so, dass wir dann einen anderen Deal haben und dann kriegt man so Leute rein. Es passiert selten, dass quasi gesagt wird, okay, die Grünen dürfen einen vorschlagen und dann schlagen wir jemanden vor und dann heißt es, nein, den wollen wir nicht. Aber theoretisch wäre auch das möglich.

Die wachstumskritischen Kräfte im EP sind also in ihrer Fähigkeit, eine ausführlichere Debatte über grünes Wachstum zu initiieren, vom Wohlwollen der anderen Fraktionen abhängig. Ähnlich bewertet das auch eine andere Abgeordnete der Grünen. Eigene Expertinnen würden die Grünen nur selten in die Ausschüsse bekommen. Dies führe dazu, dass immer die gleichen Expertinnen angehört würden:

Grüne/EFA 6: And they [die Koordinatoren] meet together to decide who they are gonna ask to provide research. And we hardly ever got our people on to the list. And so, you know, basically you're going back to the same old guys. And there the people are holding this... well, you know how it works in academia. If you want to get on, you agree with the paradigm, right?

Als Experten würden nur solche eingeladen werden, die auch das Wachstumsparadigma nicht in Frage stellen. Generell scheint die Auswahl der Expertinnen wie auch die Interpretation wissenschaftlicher Fragen relativ politisiert zu sein. So würden sich die Fraktionen in ihren Stellungnahmen v. a. auf diejenigen Experten und wissenschaftlichen Studien beziehen, mit denen sich auch ihre eigenen politischen Standpunkte untermauern ließen (Grüne/EFA 2). Interessant war in diesem Zusammenhang auch die Aussage eines anderen grünen Abgeordneten über den Umgang der EK mit wissenschaftlichen Argumenten:

Grüne/EFA 4: Even if we do written questions or oral questions, the replies can be very vague or they cannot even address our main concerns. There is no mandatory explanation with scientific data. And we also see that there is a lot of data that is outdated that, for example, the European Commission uses. And so, all this process of making new inquiries and make new studies for inside institutions take time. And so, well, on one side they use this data to reinforce their message. And in other ways where they have the data that will show that they should be more progressive and more structural changes, take that to delegate this to the national states. So, they are always playing this type of game of passing the block.

Die EK würde also oft bewusst nicht richtig auf Kritik an ihrer Politik eingehen bzw. geschönte Daten für ihre Argumentation verwenden.¹⁹ Damit ist auch schon die dritte Hürde, die die wissenschaftliche Wachstumskritik nehmen muss, angesprochen. Sie bezieht sich auf die Rolle der Europäischen Kommission im Policy-Prozess der EU. Denn damit die wissenschaftliche Wachstumskritik eine echte Chance hätte, gehört zu werden, bedürfe sie der Legitimation der Europäischen Kommission:

Grüne/EFA 6: The problem in the Commission is that we've never had a Green Commissioner. We tried really hard to get one this time. So that thing about not having a Green in the room applies powerfully in terms of the Commission. If we'd manage to get a Swedish one to be a Green or... you know, cause my favourite Commissioner is Margrethe Vestager and she's great on a lot of stuff. But she is a liberal when it comes to the economy. She is kind of understanding this stuff, but only absolutely at the fringes. So, you know, maybe that will change. If the Greens get into government in Germany, I pray, I think that will be one of their demands. And having one Green Commissioner there would start to shift the way... it would change who you asked to provide you with the evidence on which you're basing your policies, right? And that's crucial in terms of whether science is useful or not.

Da die Europäische Kommission das Initiativrecht in der Gesetzgebung der EU besitzt, sie also hauptverantwortlich für die Einleitung von Politiken ist, hätte sie erheblichen Einfluss auf die Akzeptanz von wachstumskritischen Perspektiven. Eine grüne Kommissarin, so die Hoffnung der Abgeordneten, könne die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Wachstumskritik zur Basis der Umweltpolitik machen. Ansonsten blieben wissenschaftliche Erkenntnisse nutzlos. Das sieht auch der weiter oben schon zitierte wachstumskritische Abgeordnete der Grünen so, demzufolge man sich klar machen müsse, „that scientific data, it's not enough when we have like a very ideological posture“ (Grüne/EFA 4).

Macht spielt also auf mehreren Ebenen eine entscheidende Rolle für die Durchsetzungsfähigkeit von (wissenschaftlicher) Wachstumskritik im politischen Raum. Zuerst einmal müsste sich die wachstumskritischen Kräfte innerfraktionell durchsetzen. In den parlamentarischen Arbeits- und Verständigungsgremien wäre politische Macht zudem vonnöten, um überhaupt gehört zu werden. Schließlich fehlt es an politischen Fürsprecherinnen in der Europäischen Kommission, welche die Möglichkeit hätten, für eine größere Sichtbarkeit von Wachstumskritik zu sorgen.

¹⁹ Es muss an dieser Stelle jedoch angemerkt werden, dass der Interviewpartner in dieser Situation nicht von der wissenschaftlichen Kritik an grünem Wachstum spricht, sondern ganz allgemein von wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche eine ambitioniertere Umweltpolitik implizieren.

3.3.3 Fehlende Debattenkultur und Zeitdruck

Viele Interviewpartnerinnen berichteten zudem, dass für eine ausführliche Problematisierung grünen Wachstums im EP schlicht zu wenig Zeit wäre. Denn tiefergehende Debatten über wichtige Themen gäbe es dort ganz allgemein nicht. So zeigte sich beispielsweise ein Abgeordneter von Renew enttäuscht über die Debattenkultur im EP:

Renew 1: Debatten hier im Europäischen Parlament laufen nicht so ab wie in Deutschland, wie man sich das landläufig vorstellt, denn es wird hier sehr, sehr wenig auf die Argumente der anderen eingegangen. Im Prinzip können Sie sich eine Debatte im Europäischen Parlament vorstellen wie eine Aneinanderreihung von zweiminütigen Redebeiträgen, die die meisten Kollegen vorher vorbereitet haben und dann absondern, ohne auf die Argumente der anderen einzugehen. Das ist nicht bei allen so, aber bei vielen. Insofern, dass eine Interaktion stattfindet und Argumente aufgenommen werden, dass findet leider sehr wenig statt.

Im Vergleich zu deutschen Parlamenten gäbe es im EP keine richtige Auseinandersetzung mit den Argumenten anderer Abgeordneter. Die meisten Redner trügen ihre Statements vor, ohne auf die vorherigen Stellungnahmen einzugehen. Für das Ausbleiben tiefergehender Diskussionen sei v. a. die kurze Redezeit verantwortlich zu machen, die den Abgeordneten für ihre Beiträge zusteht. Besonders die Corona-Pandemie, im Zuge deren die Ausschusssitzungen des EP nur noch online abgehalten wurden, scheint die Verhältnisse noch einmal verstärkt zu haben. Die Debatten im EP würden noch straffer und oberflächlicher geführt, als dies ohnehin schon der Fall war. Informelle Verständigungsmöglichkeiten würden gar ganz wegfallen. Das hat auch Auswirkungen auf die Problematisierungsmöglichkeiten von grünem Wachstum. So weiß ein Abgeordneter der Linken folgendes zu berichten:

Interviewer: Aber wäre das nicht wichtig, dass man das [die Entkopplungsproblematik] langsam mal thematisiert, im Europäischen Parlament oder in der Europäischen Union?

Linke 2: Ja, ich glaube, das wäre durchaus wichtig. Aber ich meine, wir haben ja eh ziemlich schwierige Fragen der Diskussionskultur gegenwärtig mit diesem ganzen Remote-Verfahren. Wir sehen uns ja de facto gar nicht. Also wir sehen uns hier per Video, dann haben wir die Statements aneinandergereiht. Aber so mal eine zwanglose, nicht zeitlich gebundene, in eine Stunde gepresste Debatte zu einem bestimmten Thema, findet ja kaum statt. Also insofern hat auch diese Pandemie in dieser Richtung eine Bremswirkung, in Bezug auf schnellere, gemeinschaftliche Positionserarbeitung mit sich gebracht.

Durch die Corona-Pandemie sei diese Möglichkeit zur intensiven Auseinandersetzung mit wichtigen Themen also noch zusätzlich eingeschränkt. Im Online-Modus kämen ungezwungenere Debatten nicht zustande. Die Meinungs- und Willensbildung im EP sei dadurch erheblich beeinträchtigt. Das sieht auch eine Abgeordnete der EVP so:

EVP 1: Wir sind im Moment bei diesen wichtigen Themen [Klima- und Umweltschutz] in einer Phase, wo, glaube ich, die Diskussion oder der Austausch von Meinungen auch leidet. Und deshalb finden notgedrungen über Video-Calls oder sonst was oder in diesem minimalen Ansatz im Parlament Diskussionen statt. Aber Kritik von mir: Ich finde, zumindest für eine richtige Debatte, haben wir im Parlament überhaupt keine Zeit. Denn mit einer Minute Redezeit können Sie keine Meinung fundiert austauschen. Und deshalb gehöre ich einer Gruppe von Abgeordneten an, die für eine Novellierung von institutionellen Vorgaben für die Arbeit im Parlament sind, damit wir wirklich mal zu lebendigen Debatten auch kommen. Und solche Fragen auch debattieren können. Da, wo sie hingehören.

Gerade bei wichtigen Fragen käme eine angemessene Beratschlagung viel zu kurz. Dass sei nicht nur eine Folge der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Online-Kommunikation, sondern ein generelles Problem der Meinungs- und Willensbildung im EP, weshalb sich die Interviewpartnerin für institutionelle Veränderungen einsetze. Aber nicht nur die extrem knapp bemessenen Redezeiten hemmen die Debattenkultur. Auch die ständig neu eintreffenden Gesetzesvorhaben und deren Bearbeitung absorbieren die zeitlichen und kognitiven Ressourcen der Abgeordneten. So scheint die außerordentlich hohe Arbeitsbelastung im EP die Deliberationsmöglichkeiten des EP einzuschränken, wie die ehemalige Abgeordnete der Grünen zu berichten weiß:

Grüne/EFA 6: Do you know what, when you're an MEP, your brain is so taken up with the work you're doing, you just don't have time for... I mean I didn't, I was mentally absorbed in the legislation, detailed complex legislation, all the time, or I was managing the constituency or dealing with staff. So, this is one of the good things about the conference [die Post Growth Conference 2018]²⁰, but also the weaknesses, they're revealed. There is no space for talking through those wider and deeper political issues. Nobody has time or space for that.

Die Abgeordneten seien teilweise so eingedeckt mit den täglich anfallenden Aufgaben im EP, dass für außerordentliche Erörterungen von wichtigen Themen schlicht keine Zeit übrig

²⁰ Die *Post Growth Conference* wurde vom 18.-19. September 2018 in Brüssel abgehalten und hat sich mit Möglichkeiten für eine Zukunft ohne Wachstum befasst.

bliebe. Möglichkeiten für Debatten über „those wider and deeper political issues“ böten sich nur auf den regelmäßig stattfindenden Konferenzen des EP.

Die Aussagen der Abgeordneten haben insgesamt deutlich gemacht, dass eine ausführlichere Erörterung von wichtigen Themen kaum stattfindet. Das liegt daran, dass die Arbeitsbelastung sehr hoch und die Zeit in den öffentlichen Sitzungen relativ knapp bemessen ist. Durch die Corona-Pandemie hat sich diese Situation noch einmal verschärft.

3.3.4 Debatte um grünes Wachstum ist zu „theoretisch“

Von den Befragten wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kritik an grünem Wachstum zu theoretisch sei, um für die konkrete politische Arbeit des EP von Belang zu sein. Denn schließlich gehe es im EP fast ausschließlich um konkrete Gesetzesvorlagen, zu denen Stellung bezogen werden müsse. So erklärt eine Abgeordnete der Grünen die fehlende Problematisierung grünen Wachstums durch ihre Fraktion folgendermaßen:

Grüne/EFA 1: [...] weil wir uns halt oft mit Tagespolitik und anstehenden Gesetzgebungsprozessen beschäftigen und da geht es dann eher um die Frage, wie können wir es schaffen, dass Gas aus den Fördermitteln rausgestrichen wird. Oder wie schaffen wir es eben, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Also wir diskutieren weniger jetzt in der Fraktion hier im Europaparlament, jedenfalls seit ich da bin, über erstmal theoretischere Konzepte.

Die Bearbeitung von Gesetzesvorlagen hätte bei den Grünen Vorrang vor der Diskussion grundsätzlicherer Fragen. Denn diese Fragen werden als zu „theoretisch“ wahrgenommen, als dass sie für die konkrete politische Alltagspraxis von Bedeutung wären. Die Aussage eines Renew-Abgeordneten fasst diese Herangehensweise an die EU-Politik noch einmal zusammen:

Renew 1: Also die theoretischen Debatten, die Fridays for Future führen, die führen wir im Europäischen Parlament nicht. Um das mal so klar zu sagen. Sondern wir führen sehr konkrete Debatten an Sachthemen. Und natürlich haben wir auch Debatten zum Beispiel zum Thema Green Deal, sind die 55 [Prozent Emissionsreduktionen bis 2030] richtig von der Europäischen Kommission oder müssen wir auf 60 gehen oder ähnliches? Aber die sind jetzt gelaufen. Jetzt geht es an die harten Fakten, sozusagen, und damit in die Details. Wir sind Abgeordnete, weil wir Gesetze machen. Und das sind Detailregelungen. Ich sage mal, die großen Prinzipien sind ausdiskutiert.

Neben den weiter oben schon erwähnten zeitlichen und personellen Limitationen, die eine grundsätzlichere Erörterung von Problemen erschweren, ist es also auch das Selbstverständnis des EP, das eine solche Erörterung ausschließt. Gewisse Grundprinzipien der Wirtschafts- und Umweltpolitik seien bereits „ausdiskutiert“, weshalb „theoretische Debatten“, zu denen auch die Frage der Plausibilität grünen Wachstums zu zählen ist, in weiterer Folge auch nicht mehr geführt würden. Stattdessen gehe es in der Regel um „sehr konkrete Debatten an Sachthemen“ und damit um die Frage, welche konkreten Gesetze es braucht, um die selbstgesteckten Politikziele – wie etwa ein gewisser Prozentsatz an Emissionsreduktionen – zu erreichen. Für den Interviewpartner stellt folglich auch die Gesetzgebung die eigentliche Hauptaufgabe von Abgeordneten dar (wenngleich sich dieser Abgeordnete zugleich auch über zu wenig Debattiermöglichkeiten beklagt hat, siehe 3.3.3). Auch für den anderen Interviewpartner von Renew ist es nicht verwunderlich, dass grünes Wachstum in den Ausschüssen des EP nicht problematisiert wird:

Renew 2: As I said, maybe some colleagues from the Greens or from the Left may have raised that [die wissenschaftlichen Bedenken an „grünem Wachstum“]. But I wouldn't say this is a major, I mean, point of discussions for us, in terms of the concrete policy making that we are doing. And also, I think it's because it can be quite a theoretical discussion at this point, more for academic, you know, circles. That doesn't mean we don't discuss, you know, theoretical concepts, but I think that, you know, maybe for some events or conferences, but in terms of the practical and the day-to-day legislation, decision-making processes and policy-making, I don't think this is often raised as an argument.

Grundsätzlichere, theoretische Fragestellungen wie die zur Entkopplung seien für die konkrete Arbeit des EP nicht von Belang. Dies sei eher ein Thema für Wissenschaftlerinnen. Lediglich auf Konferenzen gäbe es die Möglichkeit, sich mit theoretischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Diese Aussagen legen nahe, dass die Kritik an grünem Wachstum nicht zu den Diskursdynamiken des EP zu passen scheint. Die Debatte über die Plausibilität grünen Wachstums berührt nämlich wichtige wirtschaftswissenschaftliche Grundsatzfragen. Diese zu erörtern, gehört jedoch nicht zum Selbstverständnis des EP. Dort geht es stattdessen darum, konkrete Ziele mittels konkreter Gesetze zu erreichen.

3.3.5 Wirtschaftswachstum als Garant von sozialen und demokratischen Standards

Auffallend war darüber hinaus, welchen großen Stellenwert soziale Aspekte in den Antworten der Interviewpartner gespielt haben. Fast durchgehend war es ihnen ein besonderes Anliegen, ihren Einsatz für eine sozial gerechte Transformation zu betonen. Auf die Frage, warum Wachstum für die EU so wichtig ist, obwohl doch schon ein hohes Wohlstandsniveau erreicht sei, antwortete eine überzeugte Anhängerin des Green Deal folgendes:

S&D 3: Well, this [Wirtschaftswachstum] is important for Europe, because you know the social model in Europe. For example, when I say that in transition, in certain regions, in some regions, if my position is we need to close this firm, because it's not a green production, full stop, this is one approach. The other approach is, we need to do it, we need to change, we need to close maybe, but we need to look to people that will be unemployed. So, what we can do? So, the transition is something that is not only close firms, close mines. No, this is not the approach. We need to have a doable approach and social is a key dimension on transition.

Wachstum erfülle also eine wichtige Funktion in der EU. Da Wirtschaftswachstum in Europa sehr stark mit dem Wohlfahrtsstaat („social model“) verbunden sei, scheint es für viele Abgeordnete nur schwer vorstellbar, wie dieser auch ohne Wachstum bewahrt werden könnte. So wird ein Ausbleiben von Wachstum bzw. eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung von den Wachstumsbefürworterinnen als etwas Krisenhaftes wahrgenommen. Was passiere, wenn es kein Wachstum gäbe, erklärte dieser Abgeordnete von Renew:

Renew 2: We saw, and I think that's the lessons learned from the economic crisis ten years ago, we saw enormous rise in unemployment in some countries, including the youth unemployment. We saw companies going bankrupt, we even saw states going bankrupt, they had to be, you know, bailed out. And all these actually resulted, in terms of economies, obviously resulted in incredible damages, but also political. It actually gave birth to a number of extremist and populist movements that were actually based on the fact that people are losing jobs. People, you know, they didn't have enough money to pay for their rent and for their basic needs. I think that was the sort of the lessons learnt.

Besonders die Erfahrungen der Wirtschafts- und Finanzkrise hätten die Bedeutung von Wachstum vor Augen geführt. Nicht nur wirtschaftlich und sozial wären große Schäden entstanden, sondern auch politisch, indem extremistische und populistische Parteien an Zuspruch gewonnen hätten. In dem gleichen Maße jedoch, wie die Bedeutung von Wachstum in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zunimmt, nimmt auch die Akzeptanz von Wachstumskritik ab. Ein anschauliches Beispiel für dieses Phänomen stellt die gegenwärtige Corona-Pandemie

mitsamt der sie begleitenden Wirtschaftskrise dar. Eine Abgeordnete der Grünen beschreibt die Möglichkeiten von Wachstumskritik in der aktuellen Situation so:

Grüne/EFA 1: Ja ich glaube, gerade ist halt so dieses Gefühl, also insbesondere jetzt in der Coronakrise, davor war es aber irgendwie die Eurokrise, dass halt Wachstum wichtig ist, um aus diesen Krisen rauszukommen und die Wirtschaft liegt ja quasi eh schon am Boden und da ist es sozusagen, total utopisch bis hin zu, weiß ich nicht, schlimmeren Worten (**lacht**), also nicht schlau.

Da das Hauptaugenmerk des EP zurzeit auf der Erholung von der durch die Corona-Pandemie verursachten Rezession liege, wäre Wachstumskritik unrealistisch und unangebracht zugleich. Soziale und wirtschaftliche Fragen hätten in dieser Situation Vorrang vor ökologischen Problemen. Wachstumskritik werde hingegen tabuisiert. Dadurch, dass der Green Deal in den gleichen Zeitraum wie die Corona-Pandemie fällt, dürfte es nicht nur die allgemeine Kritik an Wachstum deutlich schwerer im EP haben, sondern ebenso dürften die Möglichkeiten, grünes Wachstum zu problematisieren, in dieser Phase deutlich abgenommen haben.

Dass auch eine schrumpfende oder stagnierende Wirtschaftsleistung die Bedürfnisse der Menschen decken könnte, konnten sich nur wenige der Befragten vorstellen. Als Ausnahme sei hier beispielhaft die Position des weiter oben schon zitierten äußerst wachstums- und kapitalismuskritischen Abgeordneten der Grünen genannt. Wenngleich Wirtschaftswachstum stets mit sozialem Wohlstand in Verbindung gebracht würde, sei es durchaus auch möglich, eine Volkswirtschaft ohne Wachstum zu haben, „that works well for the citizens“ (Grüne/EFA 4). Aber auch unter wachstumskritischen Abgeordneten gibt es Unsicherheiten, ob und wie der Sozialstaat ohne Wachstum erhalten werden könne. So gab eine andere grüne Abgeordnete folgendes zu bedenken:

Grüne/EFA 3: And there we really need to have economies who are strong enough to, for instance, to develop a Doughnut Economy. I don't know if anybody really has presented how this should look. Without having a society where you have recession or where you have unemployment, where you create, you know, all this kind of protests, as you've seen it in France, you have seen it in the United States, too. How is that done?“²¹

Die Interviewpartnerin erwähnt zwar das Modell der Doughnut Economy, weiß jedoch nicht, ob dieses auch wirklich funktionieren könnte. Insbesondere Armut, Arbeitslosigkeit und die

²¹ Das volkswirtschaftliche Modell der „Doughnut Economy“ geht auf die britische Ökonomin Kate Raworth (2018) zurück. Entsprechend der Form eines Donuts geht es darum, eine wirtschaftliche Balance zu erreichen, bei der weder die planetaren Grenzen (äußerer Rand des Donuts) über noch die sozialen Grenzen (innerer Rand) unterschritten werden.

daraus resultierenden Proteste bereiten ihr Sorgen. Auch die ehemalige Abgeordnete der Grünen kann sich eine Postwachstumsgesellschaft gut vorstellen. Sie weiß aber nicht, wie der Übergang zu dieser Gesellschaft bewerkstelligt werden soll: „[...] it's the transition that's so difficult. Herman Daly [ein bekannter Wachstumskritiker] said we have to turn an airplane into a helicopter while it's in full flight [...]” (Grüne/EFA 6). Und eine EVP-Abgeordnete aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sorgt sich ebenso wie der oben zitierte Abgeordnete von Renew und die Abgeordnete der Grünen um die demokratiepolitischen Implikationen einer Postwachstumsgesellschaft. Denn eine Gesellschaft ohne Wachstum würde zwangsläufig die Unterdrückung von Menschen zur Folge haben:

EVP 1: Außerdem komme ich ja aus einem Land, wo man Diktaturerfahrung hat. Und die haben das versucht ohne Wachstum hinzukriegen und sind kläglich gescheitert, was dazu geführt hat, dass die Demokratie mit Füßen getreten wurde und die Menschen unterdrückt werden mussten. Also, das funktioniert nicht.

Die Interviewpartnerin scheint hier die Intention, kein Wirtschaftswachstum zu erzielen, mit der Unfähigkeit, einen hohen Lebensstandard zu gewährleisten, zu verwechseln. Ersteres traf auf die DDR keineswegs zu, letzteres – im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland – schon. Insofern ist ihre Aussage, die DDR hätte kein Wirtschaftswachstum angestrebt, nicht ganz korrekt. Davon abgesehen gibt dieses Zitat jedoch Aufschluss darüber, welche demokratiepolitischen Konsequenzen die Interviewpartnerin von einer Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum erwartet. Demnach erzeuge geringes oder ausbleibendes Wirtschaftswachstum bzw. ein geringer materieller Wohlstand Unmut in der Bevölkerung. Diesem könne nur mit politischer Unterdrückung begegnet werden, wollten die Herrschenden an der Macht bleiben.

Die Beispiele sollten illustrieren, mit welchen großen Problemen viele Interviewpartner eine Postwachstumsgesellschaft konfrontiert sehen. Postwachstum führt in ihren Augen zu Arbeitslosigkeit, Armut, Diktatur und Unterdrückung, sozialen Protesten, Extremismus und Populismus sowie großen Unsicherheiten in der Übergangszeit. Es verkörpert für die meisten Interviewpartnerinnen damit genau das Gegenteil dessen, wofür eine Wachstumsgesellschaft (vermeintlich) steht. Es überrascht daher nicht, dass Postwachstumskonzepte bzw. Wachstumskritik auf so wenig Zustimmung im EP stoßen.

3.3.6 Glaube an technischen Fortschritt und Zweckoptimismus

Ähnlich abträglich für die Offenheit vieler Abgeordneter gegenüber Kritik an grünem Wachstum dürfte ihr teils ausgeprägter Glaube an den technischen Fortschritt sein. So äußerte ein bedeutender Teil der Interviewpartnerinnen die Überzeugung, dass der technische Fortschritt grünes Wachstum letztlich möglich machen werde. Der Glaube an den technischen Fortschritt war v. a. bei den Fraktionen der Mitte zu beobachten. Bei einem Abgeordneten von Renew drückte sich dies so aus:

Renew 2: And I'm real believer in sort of, you know, research, science and development, you know, in actually showing us all the time new ways how to achieve our things. So, I think what is important for me as well, if we start a sort of a policy right now, to have it a future on forward looking. Something that is open to possible changes that will occur in the future. [...] If we are actually looking into a perspective of 30 years, we can, in terms also of science and possibilities, you know, be exposed in the future to solutions and new technologies that we don't even, you know, dream about today. So, I think that we should be able not to tie us at this point to our current state of our knowledge, but be able also to sort of adapt to what may come. Because I'm pretty sure that if we focus now, for example, also in the research and development on more sustainable technologies, we will have results maybe in ten, fifteen years that can actually help us substantially, you know, to change ways how we do it.

Niemand könne vorhersagen, was für Technologien es zukünftig geben werde, so der Interviewpartner von Renew. Nur weil es jetzt noch keine Lösung für viele Umweltprobleme gäbe, hieße das nicht, dass es nicht in einigen Jahren oder Jahrzehnten eine Lösung geben könnte. Anstatt Umweltpolitik ausschließlich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Technologien zu gestalten, sollte ebenso der Nutzen zukünftiger Technologien antizipiert werden. Nur durch vermehrte Anstrengungen in die Erforschung und Entwicklung von Technologien könnten die entsprechenden Resultate in einigen Jahren erzielt werden. Dies ist ein eindrückliches Beispiel für eine Klima- und Umweltpolitik, die stark auf technische Lösungen setzt, die es heute noch nicht gibt. Ein anderes, sehr ähnliches Beispiel für diese Haltung stellt die Aussage einer EVP-Abgeordneten dar:

Interviewer: Also, da ist anscheinend technologisch viel Hoffnung...

EVP 1: Die bisher begründet ist. Denn wenn Sie sich die Forschungsberichte angucken, dann ist ja nur ein klitzekleiner Teil schon in Produkte und in wirklich Technologie umgesetzt, die im Moment verwendet wird, und viel, viel mehr da. Also es ist viel mehr

möglich, heute schon, und das muss viel schneller jetzt in die Praxis, auch in die Unternehmen, in die Produktion umgesetzt werden.

Auch diese Abgeordnete setzt große Hoffnungen auf technologische Lösungen. Im Gegensatz zu dem weiter oben zitierten Abgeordneten von Renew wäre auch schon bekannt, wie diese Lösungen konkret aussehen könnten. An was es laut dieser Abgeordneten fehle, sei v. a. die Risikobereitschaft, in die Entwicklung von Technologien zu investieren. Von den großen Potenzialen effizienterer Technologien war auch das weiter oben schon erwähnte wachstumsoptimistische Fraktionsmitglied der Grünen überzeugt:

Grüne/EFA 5: I mean like there are technologies that can be considered, let's say, dirty, while there are also technologies that are cleaner. And I mean like when I recall for example the field of energy production, the difference can be like 50 times less emissions for, let's say, cleaner technology, compared to the dirty one. So, I mean like just by introducing new technologies we can reduce the amount of emissions quite significantly. [...] I mean like for us [seine Partei] it is kind of like natural that we need to upgrade. And such an upgrade, such a modernisation of industry, or like the economy, can result into growth that it will be much cleaner, much more sustainable than the one we are encountering.

Durch saubere Technologien könne die Umweltschädlichkeit bestehender wirtschaftlicher Prozesse massiv minimiert und gleichzeitig Wirtschaftswachstum angestoßen werden. Interessanterweise war diese Aussage als Antwort auf die Kritik der Rechten an grünem Wachstum gedacht, und nicht als Antwort auf die ökologische Kritik an grünem Wachstum.²² Dennoch ist dieses Zitat aufschlussreich, insofern es den tiefen Glauben dieses Abgeordneten und seiner Partei an die technische Machbarkeit grünen Wachstums illustriert.

Andere Interviewpartnerinnen waren sich dagegen nicht so sicher, wie genau die technischen Lösungen aussehen könnten. Trotzdem sei es keine Option, die Entkopplungsanstrengungen aufzugeben. So antwortete ein Interviewpartner der EVP auf die Frage, ob denn im EP auch gezielt Kritik an grünem Wachstum geübt würde, folgendes:

EVP 2: Einzelne Abgeordnete garantiert, ganze Fraktionen... ich denke das wäre aber eine Bankrotterklärung an das, was wir versuchen hier zu machen. Also ich denke, es wird keine einfachen Lösungen geben. Das ist ganz klar. Aber wenn wir nicht zumindest dran glauben, dann, auf jeden Fall, werden wir nie hinkommen. Ich denke, es ist wichtig,

²² Dieser Abgeordnete gehörte zu einer Gruppe von Befragten, die mit Kritik an grünem Wachstum zuerst die rechten Fraktionen assoziierten (siehe 3.3.7).

dass man sich da trotzdem die Messlatten, die Ziele hochsetzt, die richtigen Wege dazu beschreitet. Auch wenn es keine Garantie gibt. Also wir sind keine Propheten hier im Europaparlament, die voraussagen können, ob das klappt oder nicht. Aber ich denke, es ist wichtig, hier die Wissenschaft an den Tisch zu nehmen, die die Zielvorgabe auch ganz klar kennen und mit denen zusammen die richtigen Elemente und Lösungsvorschläge ausarbeiten. Ob das uns so schnell gelingt, wie wir es eigentlich brauchen, das ist natürlich Zukunftsmusik, weil wir jetzt noch nicht sagen können, weil die Praxis wird uns das auch zeigen.

Der Interviewpartner ist sich nicht sicher, ob die Entkopplungsbemühungen der EU gelingen werden oder nicht. Er ist sich jedoch im Klaren darüber, dass es sich bei der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit um eine große Herausforderung handelt. Da jedoch eine Abkehr von der Wachstumspolitik einem Eingeständnis politischen Scheiterns gleichkäme, müsse zumindest der Versuch unternommen werden, grünes Wachstum zu generieren.

Ebenso dürfe man sich nicht von den bisherigen Entwicklungen entmutigen lassen. Denn selbst wenn die Erfahrungen der Vergangenheit nicht darauf schließen ließen, dass die Entkopplung möglich sei, müsse dies noch nicht automatisch bedeuten, dass dieser Trend in Zukunft nicht umgekehrt werden könne. So glaubt die – durchaus wachstumskritische – Mitarbeiterin des fraktionslosen Abgeordneten, dass grünes Wachstum irgendwann zwangsläufig erreicht werde, nämlich dann, wenn die Schäden, etwa in Form von Naturkatastrophen, so groß sind, dass die Menschen einsehen werden, dass sich etwas verändern muss:

Fraktionslos: What I think is that these people that say that it's impossible, is because they look backwards. And actually, they see that we've really been missing the targets. But what I see is that the situation is so worrying and so difficult to solve that we will be forced to change. Maybe it will not be because of targets proposed by the European Union or the European Parliament. But things will go on happening. I mean it's like with the Pandemic has made changes that no documents, no targets before would have achieved. It's true that as long as we are recovering, we are increasing CO²-emissions more than we expected. But I wouldn't say it's impossible to reach green growth. What I'd say is that it will take much more time that [sic] it is said in all the documents of the Green Deal. But someone has to write it down and put it. But I don't know that it's not achievable. What I think is that we will be achieving it by force. Let's call it a Pandemic or let's call it, I don't know what, global tragedy. Or because there will be a growing sense of the need to change our production and consumption model in general. But I understand

their argument [das der Wachstumskritiker], saying that if we look at the way we've been doing things up to now, one would think that we cannot change it and that we cannot reach the decoupling. But in the end, what I think is that we will be forced to it. So, any effort to try and work on that direction is worth doing.

Die Interviewpartnerin geht davon aus, dass eine in der Zukunft liegende Gewalt die Menschen schließlich dazu zwingen werde, grünes Wachstum zu realisieren. Denn erst eine Katastrophe von globalem Ausmaß würde die Menschen dazu bewegen, ihre Produktions- und Konsummuster grundlegend in Frage zu stellen. Sie stellt grünes Wachstum damit aber als eine Frage des Willens dar, zu dem Menschen gezwungen werden könnten, und nicht als eine Frage der prinzipiellen, biophysikalischen Machbarkeit. Dieser Zweckoptimismus, zusammen mit einer ausgeprägten Fortschrittsgläubigkeit, führt dazu, dass die pessimistischen Botschaften der kritischen Entkopplungsforschung bei vielen Abgeordneten kein Gehör finden, selbst wenn einzelne Abgeordnete schon ahnen, dass grünes Wachstum eventuell doch nicht funktionieren könnte.

3.3.7 Fehlendes Verständnis für die ökologische Problematik grünen Wachstums

In den Interviews ist schließlich oft der Eindruck entstanden, als fiele es den Abgeordneten relativ schwer, die grundsätzliche Problematik grünen Wachstums (die ja darin besteht, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. negativen Umweltauswirkungen in dem erforderlichen Ausmaß nicht plausibel ist) nachzuvollziehen. So ist es mehrmals vorgekommen, dass die Interviewpartner die Frage, ob sie eine ökologisch motivierte Kritik an der Strategie des grünen Wachstums im EP vernommen hätten, so verstanden haben, also würde es sich um Kritik an konventionellem Wachstum handeln, wie dieses Beispiel eines S&D-Abgeordneten zeigt:

Interviewer: Die Europäische Union verfolgt ja jetzt mit ihrem Green Deal eine Politik des grünen Wachstums und gleichzeitig mehren sich aber auch Stimmen, dass Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit nicht miteinander vereinbar sind oder nur schwer miteinander vereinbar sind. Können Sie mir etwas darüber erzählen, in welchen Situationen Sie im Europäischen Parlament auf Debatten über die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit gestoßen sind in der Vergangenheit?

S&D 1: Also diese Debatte, die ist ja ganz eminent und die gibt es permanent, ist in allen Ausschüssen und in allen Bereichen auch spürbar und es ist sicherlich das große Thema.

Der European Green Deal ist ja das Schlagwort dafür, um Klimawandel zu thematisieren, um klimafreundliche Maßnahmen, Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, also es ist überall spürbar, Energieeffizienz. Und die Debatten laufen, in allen Ausschüssen permanent ist es Thema. Und gerade jetzt aktuell sind ja die Inhalte der neuen Förderprogramme und der Förderrichtlinien nach und nach gültig geworden und man sieht auch dort, dass genau diese Debatte über Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit dort auch ihren Niederschlag findet, indem ein gewisser Maßnahmenkatalog dort prioritär behandelt wird und mittlerweile ja sogar entsprechende Benchmarks eingesetzt wurden, wie viele Prozent aus den diversen Förderprogrammen auch tatsächlich in Richtung klimafreundlicher Maßnahmen, Mobilität, ausgegeben werden müssen. Also das ist sicherlich das große Thema.

Der Befragte rekurriert hier auf die Debatte zur Vereinbarkeit von konventionellem, fossil befeuertem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, also auf die Bemühungen der EU, das Wachstum zu „grünen“, und nicht, wie in der Frage intendiert, auf die prinzipielle Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, also zur Plausibilität grünen Wachstums. Die Frage der Plausibilität grünen Wachstums stellt sich ihm hingegen gar nicht erst. Aber auch anderen Interviewpartnern fiel es schwer zu verstehen, dass grünes Wachstum selbst das Problem sein soll:

Interviewer: Haben Sie für mich irgendein konkretes Beispiel, in dem Wirtschaftswachstum, also auch "grünes Wirtschaftswachstum", kritisiert wurde? Können Sie sich da an irgendwas erinnern?

EVP 1: Also, es war ein Moment, als Kreislaufwirtschaft erörtert wurde, wo ganz klar gesagt wurde, dass Wirtschaftswachstum, dass ganz klar ist, dass das nicht nur mit Ressourcenverbrauch generiert werden kann. Sondern dass wir in unserer Zeit gucken müssen, dass wir Wirtschaftswachstum mit Innovationen in dem Bereich erreichen, wo umweltschonende und klimaschonende Verfahren, Produktionsverfahren, Wirtschaftsverfahren, Dienstleistungsverfahren, entwickelt werden. Dass das eigentlich der Maßstab ist. Da gibt es eigentlich großartig nicht viel Widerspruch.

Die Interviewpartnerin beschreibt in ihrer Antwort im Grunde nichts anderes als die Idee der Entkopplung. Demnach müsse es das Ziel sein, mittels technologischer Innovationen ein ressourcenunabhängigeres Wirtschaftswachstum zu generieren. Anstatt also ein Beispiel für Kritik an grünem Wachstum im EP zu nennen, beschreibt sie eine Situation, in der grünes Wachstum die Lösung (für das Problem des Ressourcenverbrauchs) und nicht das Problem selbst ist. Zwar ist sie – als eine der wenigen – später im Interview noch auf die sozialen und

gesundheitlichen Folgen grünen Wachstums im Globalen Süden eingegangen; die ökologische Problematik scheint sie jedoch zu übersehen. Davon zeugt auch die folgende Interaktion mit der Abgeordneten:

Interviewer: Die Kritiker würden darauf eben entgegnen, dass es nicht möglich wäre, dieses Wachstum ressourcenschonend zu gestalten, so wie es eben vorgesehen ist. Stichwort Entkopplung, also Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch und von den CO²-Emissionen. Dass das so, wie man es sich vorstellt, nicht gelingen wird. Vielleicht zum...

EVP 1: Ja gut, da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Aber Sie werden natürlich in gewissem Maße immer Ressourcen verbrauchen müssen. Die Frage ist nur, ob sie Ressourcen von nachwachsenden Rohstoffen verbrauchen oder nicht. Da ist ja der Punkt, welche Ressourcen werden verbraucht.

Die Interviewpartnerin meint, dass Wachstum durch den Einsatz „nachwachsender Rohstoffe“ ressourcenschonend gestaltet werden könne. Genau dies jedoch, nämlich dass eine wachsende Weltwirtschaft nicht nur aus nachwachsenden Rohstoffen gespeist, geschweige denn der Verbrauch von nichtnachwachsenden Rohstoffen in einem Maße gesenkt werden kann, welches nachhaltig im Sinne der Pariser Klimaziele und anderer planetarer Grenzen ist, versucht die kritische Entkopplungsforschung zu zeigen (siehe 1.1). Diese grundsätzlichen Argumente stoßen bei vielen Abgeordneten aber offensichtlich auf kein Verständnis.

Gewissermaßen symptomatisch für die oben geschilderten Eindrücke war letztlich auch der Umstand, dass einige Abgeordnete (S&D 1, Renew 1&2, Grüne/EFA 5) zu Beginn der Interviews dachten, die Frage nach der Kritik an grünem Wachstum zielen auf die rechten Kräfte im EP ab.²³ Das zeigt zum einen, dass die Linken und Grünen ihre ökologisch motivierte Kritik an grünem Wachstum nicht sehr offensiv kommunizieren dürften. Zum anderen deuten diese Situationen aber auch darauf hin, dass für viele Abgeordnete die Sorge um geringeres oder gar ausbleibendes Wirtschaftswachstum, wie sie von den Rechten in Bezug auf grünes Wachstum formuliert wird, naheliegender ist als die Sorge der Wachstumskritiker, dass ein ausreichend großer Rückgang der negativen Umweltauswirkungen bei anhaltendem Wirtschaftswachstum nicht möglich sein wird.

²³ Und das, obwohl auch schon im vorab übermittelten Informationsblatt explizit nach *wachstumskritischen* Perspektiven gefragt wurde.

3.4 Beantwortung der Forschungsfrage

Die Analyse der Interviews hat gezeigt, dass die Kritik an grünem Wachstum fast keine Berücksichtigung im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP findet. Lediglich Teile der Grünen und Linken sehen grünes Wachstum kritisch. Diese Kritik äußern die wachstumskritischen Grünen aber fast nur innerfraktionell. Die Linke wiederum kritisiert die Strategie des grünen Wachstums zwar öffentlich (wenngleich mit geringer Tiefe), dafür scheint es aber in der Fraktion nur wenige explizite Diskussionen über grünes Wachstum zu geben. Bei den restlichen Fraktionen ergaben sich hingegen keine Anzeichen einer ökologisch motivierten Problematisierung grünen Wachstums.

Die Interviews haben zugleich aber auch einige Hinweise darauf geliefert, wieso die Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP fast keine Berücksichtigung findet. So lässt sich die öffentliche Zurückhaltung insbesondere der Grünen, aber auch eines Teils der Linken, auf polit-strategische Erwägungen zurückführen, an deren Ende oftmals die Entscheidung für ein pragmatisches Vorgehen steht. Zudem verfügen die Wachstumskritikerinnen im EP und in den anderen Institutionen der EU über zu wenig Einfluss, um ihrer Kritik Gehör zu verschaffen. Des Weiteren scheinen die Abgeordneten und deren Fraktionen zeitlich so eingespannt zu sein, dass kaum Zeit für eine ausführlichere Beschäftigung mit einem Thema bleibt. Die nur sehr gering ausgeprägte Debattenkultur im EP verschärft diese Problematik noch einmal zusätzlich. „Theoretischere“ Debatten wie solche über die Plausibilität grünen Wachstums scheinen aber auch ganz generell keine allzu große Rolle im EP zu spielen. Stattdessen dreht sich die politische Arbeit im EP fast ausschließlich darum, zu konkreten Gesetzesvorlagen der EK Stellung zu beziehen. Darüber hinaus fürchten viele Abgeordnete, dass ausbleibendes Wirtschaftswachstum zu sozialen und demokratischen Verwerfungen führen könnte. Außerdem lassen der starke Glaube an den technischen Fortschritt bzw. die fehlende Bereitschaft, die Anzeichen für ein Scheitern der grünen Wachstumsstrategie ernst zu nehmen, die Auseinandersetzung mit Alternativen zu diesem wachstumsabhängigen System unnötig erscheinen. Zuletzt scheinen insbesondere bei den Fraktionen rechts der Grünen und der Linken Verständnisprobleme in Bezug auf die Hauptaussagen der Kritik an grünem Wachstum vorzuliegen.

4 Diskussion

Die eingangs formulierte Forschungsfrage, wie die Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP berücksichtigt wird, kann somit relativ umfassend beantwortet werden. Die Auswertung der Interviews hat nicht nur Aufschluss darüber gegeben, in welchen Situationen, an welchen Orten und von welchen Akteurinnen grünes Wachstum problematisiert wird bzw. unhinterfragt bleibt. Sondern ebenso haben die Interviews auch Hinweise darauf geliefert, welche Gründe einer ausführlicheren Problematisierung grünen Wachstums im EP entgegenstehen könnten. Doch die Ergebnisse werfen auch Fragen auf. Woher kommt die Offenheit für Wachstumskritik bei den Grünen und Linken? Wie lässt sich ihre Entscheidung, pragmatisch vorzugehen, einordnen? Welchen Einfluss hat die EK auf die Problematisierung grünen Wachstums im EP? Was ist der Grund für die hohe Arbeitsbelastung des EP und wie sind die Klagen über die Debattenkultur einzuordnen? Weshalb befasst sich das EP nicht auch mit „theoretischeren“ Fragen wie der zur Plausibilität grünen Wachstums? Wieso glauben viele Abgeordnete, die sozialen und demokratischen Standards der EU wären ohne Wachstum gefährdet? Was hat es mit dem starken Glauben an den technischen Fortschritt auf sich und wieso halten viele Abgeordnete an der Idee eines grünen, unbegrenzten Wachstums weiterhin fest, obwohl sie ein Scheitern schon erahnen? Und schließlich: Warum fällt es vielen Abgeordneten so schwer, die Argumentation der kritischen Entkopplungsforschung nachzuvollziehen? Diesen Fragen soll zuerst nachgegangen werden. Anschließend gilt es, die Ergebnisse dieser Untersuchung in ein Verhältnis mit der bestehenden Forschungsliteratur (siehe 1.2) zu setzen. Zfalterulezt wird noch auf die praktischen Implikationen einzugehen sein, die sich aus der vorliegenden Forschung ergeben.

4.1 Erklärungen für die Ergebnisse

4.1.1 Wachstums- und kapitalismuskritisches Erbe der Grünen und Linken

Zunächst einmal war es insbesondere im Falle der Grünen überraschend zu sehen, dass die Kritik an grünem Wachstum hier auf durchaus fruchtbaren Boden zu fallen scheint. Denn schließlich ist die deutsche bzw. österreichische Perspektive, welche diese Arbeit unweigerlich einnimmt, eine wachstumskritische Einstellung der Grünen nicht unbedingt gewohnt. So treten die Grünen in Deutschland eher als Unterstützer einer „grünen“

Transformation des wachstumsgetriebenen Kapitalismus auf (vgl. Marschall 2022; von Altenbockum 2021). Es hätte also ins Bild gepasst, wenn auch die Grünen und die Linke im EP die Strategie des grünen Wachstums aus eigener Überzeugung heraus unterstützten.

Dass dies nicht so ist, lässt sich wohl am besten mit den Ursprüngen der Grünen erklären. So zeigt ein Blick in die Geschichte der deutschen und österreichischen Grünen, dass Wachstums- und Kapitalismuskritik, zumindest in der Anfangszeit, wesentliche Bestandteile der grünen Bewegung waren (vgl. Mayer 2020: 55–63; Anan 2017: 104; Probst 2013: 511f, Klein/Falter 2003: 72f). Diese Motive haben sich in den letzten Jahrzehnten zwar deutlich abgeschwächt, was nicht zuletzt in der internen Spaltung zwischen „Realos“ und „Fundis“ zum Ausdruck kommt. Jedoch dürften sich die europäischen Grünen – trotz aller Anpassungsprozesse an die herrschenden Paradigmen (vgl. Burchell 2014: 163–165; Klein/Falter 2003: 216f) – einiges von diesem systemkritischen Erbe bewahrt haben.

Auch bei linken Parteien ist Wachstumskritik keine Selbstverständlichkeit. So erfüllt Wirtschaftswachstum für viele Linke nach wie vor eine wichtige sozialpolitische Funktion (vgl. Redaktionsgruppe Degrowth 2014: 3). In der Wachstumskritik und den daraus resultierenden Postwachstumskonzepten sehen viele von ihnen außerdem ein neoliberal gekleidetes Projekt, das den Sozialstaat aushöhlen und den Individuen die Verantwortung für die Rettung des Planeten zuschieben will (vgl. Adler 2022: 417–425). Zudem ist der Glaube an eine absolute Entkopplung keine Seltenheit bei Linken (vgl. Kallis 2019: 189f; Brand 2014: 300f). Nicht Wirtschaftswachstum selbst ist dann das Problem, sondern seine ökonomischen Begleitumstände (der Kapitalismus).

Dennoch kann die Wachstumskritik auch bei der Linken auf eine gewisse Tradition zurückblicken. So versuchen Öko-Sozialisten schon lange, den in Bezug auf Ökologie ursprünglich relativ blinden Sozialismus für ökologische Herausforderungen zu sensibilisieren. Einige von ihnen beziehen ihre Argumente dabei aus der ökologischen Wachstumskritik seit den 1970er Jahren (vgl. Kern 2019). Mehrere Stränge der Wachstumskritik sind darüber hinaus äußerst anschlussfähig an linke Überzeugungen. So nimmt etwa die Süd-Nord-Kritik Wachstum als globales Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnis unter die Lupe (vgl. Schmelzer/Vetter: 130–141). Die feministische Kritik analysiert darüber hinaus, wie sich kapitalistische Wachstumsgesellschaften systematisch die unbezahlte, meist von Frauen verrichtete Reproduktionsarbeit aneignen (vgl. ebd.: 111–120). Und der kapitalismuskritische Strang setzt Wirtschaftswachstum in

Verbindung mit der schon von Marx beschriebenen Akkumulationslogik des Kapitalismus (vgl. ebd.: 100–110). Es ist vor diesem Hintergrund leicht nachvollziehbar, dass viele Linke im EP die Politik des grünen Wachstums kritisch sehen.

4.1.2 Pragmatismus als Dilemma systemkritischer politischer Bewegungen

Obwohl also viele Grüne und Linke ernsthaft an der Machbarkeit grünen Wachstums zweifeln, unterstützen die meisten von ihnen dennoch, insbesondere bei den Grünen, aus pragmatischen Erwägungen heraus den Green Deal. Das ist zunächst einmal nicht weiter erstaunlich, ist Kompromissbereitschaft schließlich eine der wesentlichen Voraussetzungen demokratischer Willensbildung (vgl. Bellamy 2012: 456). Ohne sie könnten keine Mehrheiten zustande kommen, die Demokratie wäre in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt. Für politische Akteurinnen hält sie zudem ganz konkrete Vorteile bereit, die ein Beharren auf dem eigenen Standpunkt nicht böte (vgl. Gutmann/Thompson 2012: 30–35). Die Interviewpartner haben einige dieser polit-strategischen Vorteile auch gleich ausgeführt. So erhoffen sie sich von ihrer konstruktiven Haltung, den Green Deal wenigstens etwas in ihrem Sinne mitbeeinflussen zu können. Ebenso wollen sie damit ihren Wählerinnen und den anderen Parteien ein staatstragendes Bewusstsein signalisieren. Die Alternative, eine „Fundamentalopposition“, haben viele Interviewpartnerinnen hingegen abgelehnt. Sie stellt für sie die schlechtere Wahl dar.

Die Frage, ob Pragmatismus oder Fundamentalopposition die angemessenere Vorgehensweise ist, hat in dieser Situation aber noch einmal eine andere, größere Bedeutung. Als politische Bewegungen, die – trotz aller Anpassungsprozesse – nach wie vor gewichtige systemkritische Elemente in sich bergen, ist die Entscheidung für oder gegen grünes Wachstum für die Grünen und die Linken in erheblichem Maße wertgeladen. Sie betrifft sowohl die Ablehnung des Wachstumsparadigmas als auch des Kapitalismus. Sie zu bejahen bedeutet, Werte zu unterstützen oder zumindest zu dulden, die vielen Grünen und Linken im Grunde widerstreben.

Wachstums- und kapitalismuskritische Grüne und Linke befinden sich hier im Prinzip in einem Dilemma, mit dem sich auch schon viele andere politische Bewegungen konfrontiert sahen. Denn sie streben eigentlich einen Systemwechsel an, wollen aber, ob der scheinbaren Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens, auch nicht jeden Fortschritt, der sich durch Reformen anbietet, behindern. Dahinter verbirgt sich – in gewisser Weise – der alte Gegensatz zwischen

„Reform“ und „Revolution“, wie er v.a. für den deutschen Sozialismus um die Jahrhundertwende prägend war (vgl. Lehnert 1977 169–237; Wangermann 1974: 256–261). Im Streit darüber, ob noch länger auf die Revolution zu warten sei, oder ob die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft doch eher durch eine konstruktive Mitarbeit im bestehenden politischen und wirtschaftlichen System angestrebt werden sollte, also durch Kompromisse, hat sich die deutsche Sozialdemokratie damals in einen „revolutionären“ und in einen „reformerischen“ Flügel aufgespalten. Zwar streben die meisten Linken und fast alle Grünen heute keine Revolutionen mehr an; doch in ihrer Positionssuche zum Green Deal kommt dennoch jener Konflikt um den richtigen Umgang mit Systemen und Werten zum Ausdruck, die sie eigentlich ablehnen.

4.1.3 Einfluss der Europäischen Kommission auf die Politikgestaltung in der EU

Die Interviews haben die beschränkten Einflussmöglichkeiten der Wachstumskritikerinnen deutlich gemacht. Um grünes Wachstum in den Ausschüssen des EP tiefergehender problematisieren zu lassen, müssten sie sich nicht nur gegen den Pragmatismus ihrer eigenen Fraktionskolleginnen durchsetzen, sondern zugleich auch noch Wege finden, die anderen Fraktionen von der Notwendigkeit einer solchen Problematisierung zu überzeugen. Bei den Fraktionen der Mitte scheint es jedoch schlicht an der nötigen Problemwahrnehmung zu fehlen. Einige Interviewpartner haben in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle der EK bei der (Nicht)Problematisierung grünen Wachstums hingewiesen. Doch wie ist diese Rolle zu bewerten?

Das Recht und die Aufgabe des EP in der Politikgestaltung besteht darin, die Gesetzesvorschläge der EK, in Abstimmung mit dem ER, zu prüfen und zu verabschieden bzw. abzulehnen. Die Gesetzesinitiative liegt hingegen hauptsächlich bei der EK (vgl. Young/Roederer-Rynning 2020: 50). Hier erfolgt auch ein Großteil des Agenda-Setting und der Politikformulierung (vgl. Wallace/Reh 2020: 74). Die EK übt somit großen Einfluss auf die Politikgestaltung aus. Deren 27 Kommissarinnen geben dabei die Richtung in ihrer jeweiligen Generaldirektion vor.²⁴ Die Besetzung der Kommissarinnen selbst wiederum erfolgt auf Vorschlag der Mitgliedsländer der EU. Jedes Mitgliedsland der EU darf dabei je einen Kommissar stellen.²⁵ Alles in allem setzt sich die Spitze der EK also aus Personen

²⁴ Die EK ist in verschiedene Generaldirektionen, ähnlich den Ministerien in Nationalstaaten, aufgeteilt. Jeder Generaldirektion steht dabei ein EU-Kommissar vor.

²⁵ Die Vorschläge der Mitgliedsländer können jedoch vom EP abgelehnt werden.

zusammen, die den nationalen Regierungen der Mitgliedsländer gewogen sind. Sie ist damit selbst ein Resultat von Aushandlungsprozessen innerhalb dieser Regierungen.

Gäbe es in der EK also mehr Offenheit für Wachstumskritik, so wären auch die Aussichten, dass die Kritik an grünem Wachstum Berücksichtigung in der Politikformulierung bzw. der Erstellung der Gesetzesvorschläge findet, deutlich besser sein. Da zurzeit jedoch in den wenigsten Mitgliedsländern der EU linke oder grüne Parteien an der Regierung beteiligt sind, geschweige denn wachstumskritische Positionen zur Staatsräson gehören, ist es wohl eher unwahrscheinlich, dass eine wachstumskritische Person Kommissarin wird. Somit sind auch von der EK kaum wachstumskritische Impulse bzw. Verständnis für die Problematik einer auf grünes Wachstum ausgerichteten Zukunftsstrategie zu erwarten.

4.1.4 Kompetenzzuwachs und strukturelle Überforderung

Viele Interviewpartnerinnen haben darüber geklagt, dass die Arbeitsbelastung im EP hoch und die Debatten zeitlich zu knapp bemessen seien. Die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterinnen hätten eine Vielzahl an Gesetzesvorhaben zu begutachten, sodass für eine tiefergehende Beschäftigung mit zukunftsweisenden Themen kaum Zeit bliebe. Ein richtiger Austausch von Argumenten sei bei Redezeiten von ein oder zwei Minuten kaum möglich. Was ist von diesen Klagen zu halten und wie lassen sich diese Missstände erklären?

Dass Politikerinnen einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind, ist erst einmal kein Spezifikum des EP. Die Arbeitsbelastung von Abgeordneten in Deutschland liegt beispielsweise weit über der „normaler“ Arbeitnehmer (vgl. Patzelt 2014: 3–5). Auch in Großbritannien beschwerten sich Politikerinnen schon über die große Arbeitslast. Dort fühlten sich Ende der 1990er Jahre viele Abgeordnete nicht mehr in der Lage, alle ihre Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen (vgl. Weinberg/Cooper/Weinberg 1999: 79). Ohne die Hilfe von politischen Assistentinnen und sonstigen Bürokräften wäre die Flut an Information, die auf die Abgeordneten im EP tagtäglich einprasseln, folglich auch nicht zu bewältigen (vgl. Busby/Belkacem 2013a; Busby 2013b).

Dabei war der Arbeitsaufwand des EP nicht immer so hoch. So hätten sich die Abgeordneten beispielsweise in den 1970er Jahren, als das EP noch keine Gesetzgebungsbefugnis hatte, ihre Zeit sehr frei einteilen können (vgl. Mauerer 2007: 78). Er stieg erst mit den zusätzlichen Kompetenzen, welche das EP im Laufe der Zeit im Gesetzgebungsprozess hinzugewonnen

hat. Insbesondere durch den Vertrag von Lissabon sind die Gesetzgebungskompetenzen des EP noch einmal deutlich ausgebaut worden (vgl. Leinen 2010: 104f). Die neue gesetzgeberische Situation führt letztlich dazu, dass die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter im EP in besonders ereignisreichen Zeiten – wie beispielsweise der des Green Deal (vgl. Guillot 2021) – kaum noch mit ihrer Arbeit hinterherkommen.

Wieso die Redezeiten im EP so kurz sind, ließ sich leider nicht herausfinden. Es scheint jedenfalls kaum vorstellbar, dass Redezeiten von ein oder zwei Minuten, wie von einigen Abgeordneten berichtet, ausreichen, um ein elaboriertes Argument vortragen zu können. Eine Studie über die Diskursqualität im EP bescheinigt den öffentlichen Debatten im EP hingegen eine relativ durchschnittliche Qualität. Hier schneidet das EP im Vergleich zu nationalen Parlamenten nicht unbedingt schlechter ab (Lord/Tamvaki 2013: 51). Die Redezeiten spielten in diesen Erhebungen allerdings keine Rolle. Überhaupt fehlt es bisher an Untersuchungen über den Einfluss der Redezeiten auf die Qualität der Debatten. Inwiefern die kurzen Redezeiten die Qualität der Debatten im EP – wie von einigen Interviewpartnern beklagt – tatsächlich verringern, lässt sich aufgrund der unzureichenden Datenlage also nur schwer beurteilen.

4.1.5 Strukturelle Marginalisierung und fehlende Anomalien

Interessant war zudem, dass viele Interviewpartner die Debatte um grünes Wachstum als zu „theoretisch“ betrachteten, um für den parlamentarischen Alltag von Belang zu sein. Dort ginge es hauptsächlich um konkrete Gesetzesvorhaben, zu denen Stellung bezogen werden müsse (siehe 3.3.4). Für theoretische Debatten wie jene über die Plausibilität grünen Wachstums wäre hingegen oftmals schlicht keine Zeit. Da die Abgeordneten also den Hauptteil ihrer Zeit darauf verwenden, mit kleinteiligen Gesetzen spezifische Probleme zu lösen, entsteht gar nicht erst eine Situation, die es erlauben würde, ein komplexes und abstraktes Thema wie grünes Wachstum zu diskutieren. Verstärkt wird dieser Umstand zusätzlich noch dadurch, dass die meisten dieser vielen Gesetze, die im Zusammenhang mit dem Green Deal verabschiedet werden, keinen direkten Bezug zu grünem Wachstum aufweisen. Dort geht es vielmehr um eben jene Detailfragen, die sich aus dem Green Deal ergeben. Die Marginalisierung der Kritik an grünem Wachstum als zu theoretisch ist in diesem Sinne also zunächst einmal struktureller Natur.

Die Wahrnehmung der Debatte um grünes Wachstum als zu theoretisch für das EP deutet aber noch auf einen anderen Zusammenhang hin. So gibt es nach Peter Hall (1993) drei Ebenen, auf denen Politiken entworfen werden. Auf der ersten Ebene geht es um die Feinjustierung von Politikinstrumenten. Anpassungen werden hier sehr häufig vorgenommen, ohne dass dies Auswirkungen auf die darüberliegenden Ebenen hat. Bei der zweiten Ebene handelt es sich um die Auswahl der Politikinstrumente. Diese werden seltener, aber doch noch relativ regelmäßig ausgetauscht. Eine Veränderung auf dieser Ebene hat zudem auch Auswirkungen auf die darunterliegende Ebene der Feinjustierung, nicht jedoch auf die Ebene darüber. Diese dritte Ebene betrifft schließlich die großen Leitlinien der Politik, die sogenannten Policy-Paradigmen. Hier vollzieht sich ein Wandel nur sehr selten (vgl. Hall 1993: 278f).

Analog dazu kann auch die Strategie des grünen Wachstums als ein Policy-Paradigma betrachtet werden. Sie hat das vorherige Paradigma des konventionellen, fossil befeuerten Wachstums abgelöst. Die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass ein Policy-Paradigma überhaupt in Frage gestellt wird, ist das Auftreten von unerwarteten Fehlentwicklungen, sogenannte Anomalien (vgl. ebd.: 280). Lassen sich diese Fehlentwicklungen nicht mehr mit den theoretischen Prämissen des Paradigmas erklären, und bringen auch theoretische Erweiterungen keine Verbesserung, so ist das Paradigma in der Folge erheblich diskreditiert.²⁶ Im Falle des konventionellen Wachstums bestand die Anomalie in dessen ökologischer Destruktivität. Diese war in den Entwicklungstheorien der Nachkriegszeit schlicht nicht mitberücksichtigt worden. Als sich nach und nach auch andere theoretische Erweiterungen nicht bewahrheiteten, musste ein neues Paradigma her.

Genauso, wie es für die Abkehr vom Paradigma des konventionellen Wachstums Anomalien gebraucht hat, um dessen Unzulänglichkeiten aufzuzeigen, dürfte auch grünes Wachstum erst dann in Frage gestellt werden, wenn Ereignisse eintreten, die in der grünen Wachstumstheorie nicht vorgesehen sind. Zurzeit sind diese – zumindest oberflächlich betrachtet – jedoch noch nicht ersichtlich. So konnte die EU ihr selbstgestecktes Ziel einer Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 20 Prozent seit 1990 erreichen (vgl. European Environment Agency 2020: 14).²⁷ Im gleichen Zeitraum hat aber auch die Wirtschaftsleistung in der EU um 61 Prozent zugenommen (vgl. EK 2019: 5). Es ist also gelungen, Wirtschaftswachstum und

²⁶ Für einen endgültigen Wandel des Paradigmas braucht es laut Hall aber noch zwei weitere Bedingungen, nämlich 1) einen Autoritätsverlust der Unterstützer des alten Paradigmas, gefolgt von der Etablierung neuer Autoritäten, sowie 2) polit-strategische Vorteile, die ein neues Paradigma den handelnden Akteurinnen verspricht (vgl. Hall 1993: 280).

²⁷ Wenngleich die in Drittstaaten ausgelagerten Emissionen hier nicht miteinberechnet sind.

Treibhausgasemissionen absolut voneinander zu entkoppeln. Auf den ersten Blick besteht folglich auch keine Notwendigkeit, die Strategie des grünen Wachstums in Frage zu stellen.

Die Debatte über die Plausibilität grünen Wachstums dürfte also nicht allein deshalb zu theoretisch sein, weil sie nicht zum Aufgabenbereich des EP – konkrete Gesetzesvorhaben für konkrete Probleme – passt, sondern auch, weil keine offensichtlichen Anomalien vorliegen – und damit konkrete, praktisch erfahrbare Probleme, die einer politischen Bearbeitung bedürfen. Wenn jedoch größere Fehlentwicklungen auftreten sollten – denkbar wäre etwa eine deutliche Verfehlung der CO²-Reduktionsziele für das Jahr 2030 in Kombination mit einer voranschreitenden Überlastung anderer planetarer Grenzen –, dann dürfte es auch zu theoretischen Debatten über grünes Wachstum kommen – ungeachtet dessen, dass sich das EP ansonsten fast hauptsächlich mit konkreten Gesetzesvorhaben befasst.

4.1.6 Fortschrittsideologie und Wachstumsabhängigkeit kapitalistischer Gesellschaften

Die meisten Interviewpartner legten großen Wert darauf zu betonen, dass die Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaftsweise sozial gerecht vonstattengehen müsse. Einige von ihnen äußerten zudem die Angst, dass eine Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum mit sozialen und demokratischen Verwerfungen zu rechnen hätte. Dies deutet auf die besondere Bedeutung von Wirtschaftswachstum in diesen Belangen hin. Doch woher kommt diese Angst? Und ist sie wirklich begründet?

Zunächst einmal dürfte die Angst vor sozialen und demokratischen Verwerfungen in der starken kulturellen Prägung der europäischen Gesellschaften durch die Moderne begründet sein. Denn eines der charakteristischsten Merkmale der Moderne ist die Idee eines kontinuierlichen Fortschritts (vgl. Lühmann 2014: 248–250; Gröbl-Steinbach 1994: 94). Als „kulturelle Leitidee der okzidentalen Gesellschaften“ (Gröbl-Steinbach 1994: 95) repräsentiert Fortschritt „das Paradigma des Politischen, indem es als inhaltliches Orientierungssystem die Denk-, Erfahrungs- und Erwartungsräume der Menschen bestimmt“ (ebd.). Alles politische Handeln hat sich folglich an diesem Paradigma auszurichten. Das bedeutet in gesellschaftspolitischer Hinsicht, dass die „Zukunft [...] kaum anders vorstellbar [ist] als in der Form einer Erweiterung von Chancen und einer Steigerung des Wohlstandes, einer Verbesserung der Bildung, der medizinischen Versorgung, der Verringerung von individuellen und kollektiven Risiken“ (Gröbl-Steinbach 1994: 11). Es ist vor diesem Hintergrund wenig verwunderlich, dass die Interviewpartner so viel Wert darauf legten zu

betonen, dass die Transformation sozial gerecht ablaufen müsse. Sozialer Rückschritt ist in der okzidentalen Kultur hingegen nicht akzeptiert: „Fortschritt ist der offenbar selbstverständliche Maßstab der Gesellschaftsgestaltung. Was auch politisch geschieht, es hat fortschrittlich zu sein.“ (ebd.: 12).

Andererseits liegt der Angst vor ausbleibendem Wirtschaftswachstum aber auch eine reale wirtschaftliche Gefahr zugrunde. Denn in den Mitgliedsländern der EU sind viele gesellschaftliche Bereiche so organisiert, dass sie auf kontinuierliches Wirtschaftswachstum angewiesen sind – andernfalls droht eine Rezession mit ebenjenen von den Interviewpartnerinnen gefürchteten sozialen und demokratischen Verwerfungen (vgl. Seidl/Zahrnt 2012: 112f, Trainer 2012: 592f) – bis hin zum Zusammenbruch der bestehenden Ordnung. Die Wachstumsabhängigkeit der europäischen Gesellschaften hängt dabei eng mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zusammen. Diese unterliegt nämlich einem Wachstumszwang (vgl. Binswanger 2019: 37–40). Bleibt Wachstum in einem kapitalistischen System für längere Zeit aus, so führt dies unweigerlich zu einer Abwärtsspirale, die sich auch auf viele andere Gesellschaftsbereiche auswirkt (vgl. ebd.: 81). Die kapitalistisch organisierten Volkswirtschaften der EU können also nicht dauerhaft in einem Zustand ausbleibenden Wachstums verharren. Damit sind aber auch soziale Standards einer ständigen Gefahr ausgesetzt – welcher es durch Wirtschaftswachstum zu begegnen gilt.

Um also die Angst vor ausbleibendem Wirtschaftswachstum, und damit auch die Angst vor sozialen und demokratischen Verwerfungen, zu reduzieren, bräuchte es einerseits eine Abkehr von der Kultur des Fortschritts, andererseits aber auch eine Abkehr vom Kapitalismus. Die Wachstumsabhängigkeit müsste sowohl kulturell als auch systemisch überwunden werden. Solange jedoch der kulturelle und systemische Druck, Wachstum zu generieren, fortbesteht, ist auch eine Infragestellung der Strategie des grünen Wachstums, geschweige denn von Wirtschaftswachstum an sich, unrealistisch.

4.1.7 Strategien des Umgangs mit „unangenehmem Wissen“

Der starke Glaube an den technischen Fortschritt, den einige Interviewpartnerinnen offenbart haben, ist einerseits vor dem Hintergrund der Fortschrittskultur der Moderne zu betrachten (siehe 4.1.6). Denn schließlich leitet sich die Idee eines immerwährenden gesellschaftlichen Fortschritts erst aus der Erfahrung eines sich immer stärker beschleunigenden naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritts ab (vgl. Gröbl-Steinbach 1994: 141–

148). Die Zuversicht vieler Interviewpartner, insbesondere jener von EVP und Renew, dass technischer Fortschritt grünes Wachstum möglich machen werde, war daher wenig überraschend.

Im Zusammenhang mit grünem Wachstum kommt dem Glauben an den technischen Fortschritt andererseits aber auch noch eine ganz spezielle Funktion zu. In Bezug auf die immer größer werdenden Zweifel an der Plausibilität grünen Wachstums lässt sich dieser als Strategie des Umgangs mit „unangenehmem Wissen“ (vgl. Rayner 2012: 113) deuten. Steve Rayner beschreibt mit seinem Konzept des „unangenehmen Wissens“ das Phänomen, dass Gesellschaften und Organisationen Wissensbestände aktiv ausgrenzen. Dies machten sie jedoch nicht aus Boshaftigkeit. Vielmehr handle es sich hierbei um einen notwendigen sozialen Prozess, der alle Gemeinschaften betreffe. Dieser Prozess würde dann einsetzen, wenn bestimmte Wissensbestände die „key organizational arrangements or the ability of institutions to pursue their goals“ (Rayner 2012: 108) bedrohten.

Von den Erkenntnissen zu grünem Wachstum dürfte genau eine solche Gefahr ausgehen. Einerseits stellen sie das soeben erst auf den Weg gebrachte Vorhaben des Green Deal in Frage. Dieser beinhaltet das Versprechen, wachsenden materiellen Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit miteinander zu vereinen. Ein Rückzieher von diesem Versprechen wäre daher mit erheblichen Reputationsverlusten für alle Beteiligten verbunden. Andererseits zielen Postwachstumskonzepte aber auch auf die „systemische Logik“ (Buch-Hansen/Carstensen 2021: 312) von Gesellschaften ab. Denn mit der Abkehr vom Paradigma des Wachstums ist, aufgrund des ihm inhärenten Wachstumszwangs, zugleich auch eine Abkehr vom Kapitalismus selbst notwendig. Die Erkenntnisse zu grünem Wachstum anzuerkennen und in den Meinungs- und Willensbildungsprozess miteinzubeziehen, würde somit bedeuten, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der EU sowie den Green Deal und sein Versprechen auf gesteigerten materiellen Wohlstand zur Disposition zu stellen.

Der Glaube an den technischen Fortschritt ermöglicht es den Abgeordneten hingegen, die Erkenntnisse zu grünem Wachstum auszublenden und die Lösung ökologischer Probleme in die Zukunft zu verschieben. Die Überzeugung, dass der technische Fortschritt zu immensen Effizienzsteigerungen, und damit zu einer ausreichenden Entkopplung, führen wird, stellt eine neoliberale „Fantasie“ dar (vgl. Fletcher/Rammelt 2017: 453f), welche es möglich macht, die Zweifel an grünem Wachstum zu zerstreuen. In diesem Sinne lässt sich letztlich auch der

Zweckoptimismus einiger Abgeordneter verstehen. Dieser dient ihnen als Strategie, um das schon erahnte Scheitern der Politik des grünen Wachstums auszublenken und so eine tiefergehende Beschäftigung mit den Argumenten der Kritikerinnen hinauszuzögern.

4.1.8 Grünes Wachstum als eine „unangemessene Abstraktion“

Interessant war auch die Beobachtung, dass viele Interviewpartner Probleme hatten, die Hauptargumente der kritischen Entkopplungsforschung nachzuvollziehen – und folglich auch Wirtschaftswachstum als ein grundsätzliches Problem wahrzunehmen. Das Argument beispielsweise, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind, weshalb auch das Wirtschaftswachstum endlich sein müsse, verfiel bei ihnen nicht. Wie lässt sich das erklären?

Die neoklassische Wirtschaftswissenschaft, in deren Tradition die Theorie des grünen Wachstums zu verorten ist (vgl. Smulders/Toman/Withagen 2014: 425; Reilly 2012: 85f), zeichnet sich – wie alle theoriebildenden Wissenschaften – dadurch aus, dass sie mit Abstraktionen arbeitet. Denn um verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können, ist es notwendig, von den beobachteten Phänomenen zu abstrahieren. Während Abstraktionen einerseits große Vorteile bieten und für die menschliche Entwicklung unabdingbar sind (vgl. Grant 2012: 338f), besteht andererseits aber auch die Gefahr „unangemessener Abstraktionen“ (Grant 2012: 340). Unangemessen sind Abstraktionen dann, „when there are faulty correspondences between a concept and its instances, when abstractions become detached from concrete instances“ (ebd.). Damit abstrakte Konzepte keine falschen Vorstellungen von einem Phänomen (etwa Wirtschaftswachstum) hervorrufen, müssen diese also nahe an der empirischen Realität operieren.

Der bekannte US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Herman Daly hat eine Reihe solcher „unangemessener Abstraktionen“ für ebenjene „keynesianisch-neoklassische Wirtschaftswissenschaft“ – und hier insbesondere deren Wachstumstheorien – ausfindig gemacht (vgl. Daly 1980: 82). Den meisten dieser Abstraktionen wäre demnach gemein, dass sie die biophysikalischen Grundlagen wirtschaftlicher Prozesse nicht berücksichtigen würden (vgl. ebd.: 83). Diese unangemessen große Entfernung vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand würde jedoch „Trugschlüsse“ (vgl. ebd.: 79) befördern, mit denen ungerechtfertigterweise auch die Zweifel an unbegrenztem Wachstum zerstreut würden.

Das Konzept des grünen Wachstums reiht sich, so scheint es, in diese Reihe „unangemessener Abstraktionen“ ein. Zu der Schlussfolgerung, dass unbegrenztes Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen möglich ist, können die Befürworter grünen Wachstums schließlich nur kommen, indem sie die biophysikalischen Grenzen des Wachstums außer Acht lassen. Erneuerbare Ressourcen sind schließlich nicht unbegrenzt verfügbar. Auch die Potenziale technischer Effizienzsteigerungen sowie der Kreislaufführung von Ressourcen überschätzen die Befürworterinnen systematisch. Mit ihren Modellen, in denen sie skizzieren, wie grünes Wachstum aussehen könnte, begehen sie damit einen klassischen Abstraktionsfehler: Sie bewegen sich zu weit weg von ihrem eigentlichen Untersuchungsgegenstand und verwechseln so das Modell mit der echten Welt (vgl. ebd.: 79).

Die Mehrheit der Abgeordneten dürfte aber – ebenso wie ein Großteil der Menschen im Globalen Norden – genau von dieser Art der „unangemessenen Abstraktionen“, wie sie die keynesianisch-neoklassische Wirtschaftswissenschaft laut Daly praktiziert, entscheidend geprägt worden sein. Immerhin hat genau diese keynesianisch-neoklassische Wirtschaftswissenschaft, als die dominante Lehrmeinung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften in den vergangenen Jahrzehnten, einen enormen Einfluss auf die westlichen Gesellschaften ausgeübt (vgl. Ruiz-Villaverde 2019: 15f). Es ist folglich nicht verwunderlich, wenn die Argumentation der kritischen Entkopplungsforschung, die ja die biophysikalischen Grundlagen des Wirtschaftens in ihre Modelle miteinbezieht, für viele Abgeordnete eher ungewohnt ist.

4.2 Verhältnis zum bestehenden Forschungsstand

Wie verhalten sich die Ergebnisse dieser Studie nun zum eingangs skizzierten Forschungsstand? Berg und Hukkinen (2011) sowie Rivera et al. (2016) hatten festgestellt, dass die meisten ihrer Interviewpartnerinnen konventionelles Wirtschaftswachstum kritisch sehen. Auch in der vorliegenden Studie ließ sich beobachten, dass die meisten Abgeordneten konventionelles Wachstum ablehnen. Die Einsicht, dass die bisherigen Wachstumsprozesse nicht länger vertretbar sind, ist im EP, mit Ausnahme der rechten Kräfte, im Prinzip Konsens. Doch ebenso wie bei Berg und Hukkinen hatten auch in dieser Untersuchung viele Interviewpartnerinnen Schwierigkeiten, sich eine Gesellschaft ohne Wachstum vorzustellen. Berg und Hukkinen führten das auf die narrativen Defizite von Postwachstumskonzepten, insbesondere deren fehlende logische Geschlossenheit, zurück (vgl. Berg/Hukkinen 2011:

157f). Die Fragen, die die Wachstumskritik hinsichtlich grundlegender politischer Ziele, etwa der sozialen Stabilität, aufwerfe, könnten ihre Interviewpartnerinnen dadurch nicht zufriedenstellend beantworten. Aber nicht nur das: Die Unsicherheit, welche die Wachstumskritik erzeuge und von den Postwachstumskonzepten nicht aufgefangen werde, führe letztlich zu einem noch stärkeren Rückgriff auf (grüne) Wachstumsnarrative.

Die vorliegende Untersuchung kann die Erklärung von Berg und Hukkinen weder bestätigen noch widerlegen. Ihre Ergebnisse deuten aber zumindest auf eine etwas andere Gewichtung der Gründe für die Ablehnung von Postwachstumskonzepten hin. So schien die emotionale Komponente, also Angst vor sozialen und demokratischen Verwerfungen bzw. die Verbindung von materiellem Wohlstand mit gesellschaftlichem Fortschritt, in der vorliegenden Untersuchung schwerer zu wiegen als etwaige Inkohärenzen bei oder Unwissen über Postwachstumskonzepte.²⁸ Das schließt Ratlosigkeit hinsichtlich der Frage, wie eine Postwachstumsgesellschaft funktionieren soll – sei es aufgrund logischer Mängel oder aber aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades – als Grund für die Ablehnung von Postwachstumskonzepten freilich nicht aus. In der Sorge um soziale und demokratische Verwerfungen, wie sie in dieser Untersuchung geäußert wurde, kommt letztlich ohnehin beides zusammen zum Ausdruck: Angst vor Armut und Unfreiheit bzw. davor, das Fortschrittsideal der Moderne zu verletzen, und die Ratlosigkeit, wie Wohlstand und Freiheit in einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft gewahrt werden können.

Auch mit den Ergebnissen der Forschungsgruppe um Rivera gibt es einige Übereinstimmungen. Neben dem schon angesprochenen relativ hohen Bewusstsein für die Problematik konventionellen Wirtschaftswachstums und dem Rückgriff auf ein nachhaltiges bzw. grünes Wachstum besteht eine weitere Übereinstimmung darin, dass auch die Grünen im Deutschen Bundestag besonders offen für Wachstumskritik sind und innerfraktionell kontrovers über dieses Thema – auch grünes Wachstum – reden (Rivera/Zucher 2019: 86–88).

Nicht ganz klar war bei Rivera und Zucher hingegen, inwiefern die Grünen grünes Wachstum auch öffentlich problematisieren. Zwar würden sie sehr wohl als Hauptgegner konventionellen Wachstums auftreten, allerdings erfreue sich die Idee eines nachhaltigen bzw. grünen Wachstums durchaus großer Beliebtheit bei den Grünen. Dies käme auch in ihren parlamentarischen Stellungnahmen zum Ausdruck (vgl. Rivera/Zucher 2019: 86).

²⁸ Das dürfte sicherlich auch den unterschiedlichen methodischen Ansätzen der beiden Studien geschuldet sein, haben doch Berg und Hukkinen mit ihrer Narrativen Policy-Analyse gezielt die Narrativität der (Post)Wachstumskonzepte unter die Lupe genommen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn narrative Defizite bei ihnen stärker zu Tage treten als emotionale Komponenten.

Ebenso geht aus den Studien der Forschungsgruppe um Rivera nicht hervor, ob, und wenn ja, in welchem Ausmaß, die Linken grünes Wachstum sowohl innerfraktionell als auch öffentlich kritisieren. Rivera und Zucher weisen lediglich darauf hin, dass die Kritik an konventionellem Wachstum bei der Linken im Deutschen Bundestag weniger ausgeprägt sei als bei den Grünen (vgl. Rivera/Zucher 2019: 86f).

Hier wird dann auch die begrenzte Vergleichbarkeit der bestehenden Literatur mit den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit deutlich. Wenn nämlich Rivera und Zucher feststellen, dass die Kritik an konventionellem Wachstum bei der Linken weniger ausgeprägt ist als bei den Grünen, dann ist hiermit noch keine Aussage darüber getroffen, wie es sich diesbezüglich mit der Kritik an grünem Wachstum verhält. Große Offenheit für Kritik an konventionellem Wachstum muss nicht gleichbedeutend sein mit einer Offenheit für Kritik an grünem Wachstum. Im Gegenteil kann aus ersterem sogar die Befürwortung grünen Wachstums folgen, wie Rivera und Zucher für die Grünen beobachtet haben – es sei denn, bei der Befürwortung grünen Wachstums handelt es sich zu einem beträchtlichen Teil um Pragmatismus, wie die vorliegende Untersuchung im Falle der Grünen und der Linken gezeigt hat (siehe 3.3.1).

Aber auch einige andere der hier präsentierten Ergebnisse sind nur bedingt mit dem bisherigen Forschungsstand vergleichbar. So dürfte beispielsweise die Notwendigkeit, pragmatisch vorzugehen, in einem nicht parteigebundenen, lediglich beratend tätigen Komitee, wie dem, das Berg und Hukkinnen untersucht haben, deutlich geringer sein als im auf Wählerstimmen ausgerichteten politischen Wettbewerb des EP. Ebenso dürften Zeitdruck, fehlende Debattenkultur und Machtverhältnisse in einem solchen Komitee nur eine untergeordnete Rolle spielen. Für andere Ergebnisse, etwa die Einschätzung vieler Abgeordneter, dass die Debatte um grünes Wachstum zu theoretisch sei oder die Beobachtung, dass es vielen Abgeordneten an einem Verständnis für die ökologische Problematik grünen Wachstums fehlt, liefern die bisherigen Studien hingegen überhaupt keine Anhaltspunkte.

Das muss freilich nicht verwundern, haben die bisherigen Studien doch nie speziell nach der Rezeption der Kritik an grünem Wachstum gefragt. Stattdessen hatten sie fast ausschließlich die Kritik am konventionellen Wachstum im Blick. Sie haben also nur eine beschränkte Aussagekraft in Bezug auf Ersteres. Dies ist sicherlich kein Versäumnis dieser Forscherinnen, sondern schlicht der Tatsache geschuldet, dass grünes Wachstum zum Zeitpunkt der genannten Studien noch nicht das offizielle politische Leitbild darstellte. Insofern ist es

verständlich, dass sie der Kritik an grünem Wachstum keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben. Ebenso erschweren unterschiedliche institutionelle Settings und ein engerer methodischer Fokus der bisherigen Arbeiten die Vergleichbarkeit. Durch den Fokus auf die Problematisierung grünen Wachstums sowie ein exploratives Forschungsdesign war es in der vorliegenden Untersuchung hingegen möglich, einen bisher vollkommen unerforschten Aspekt in der politischen Rezeption von Wachstumskritik zu beleuchten. Mit der EU bzw. dem EP ist zudem ein Akteur ins Blickfeld gerückt, der als maßgeblich in der Weiterentwicklung des Wachstumsparadigmas betrachtet werden kann.

4.3 Praktische Implikationen

Aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ergeben sich aber auch einige praktische Implikationen. So scheint es aus einer polit-strategischen Perspektive zwar nachvollziehbar, dass die Grünen und Teile der Linken ihre Kritik an grünem Wachstum aus pragmatischen Erwägungen zurückhalten; doch stellt sich für die wachstumskritischen Kräfte bei den Grünen und Linken die Frage, ob eine pragmatische Herangehensweise an die Politik des grünen Wachstums angesichts des hohen Einsatzes, der auf dem Spiel steht, noch vertretbar ist. Immerhin handelt es sich beim Klimawandel und den anderen ökologischen Krisen, mit denen sich die Weltgemeinschaft konfrontiert sieht, um potenziell existenzielle Bedrohungen (vgl. Kumar/Nagar/Anand 2021; Rockström 2015). Im Gegensatz zu den meisten anderen gesellschaftlichen Problemen könnte ein zu langsames und unentschlossenes Handeln in dieser Angelegenheit verheerende Folgen nach sich ziehen. Der Spielraum für Kompromisse dürfte jedenfalls immer kleiner werden. Wenn sich Grüne und Linke also für ein pragmatisches Vorgehen entscheiden, dann sollte ihr Pragmatismus doch zumindest radikal genug sein, um systemische Veränderungen anstoßen zu können.

Vor dem Hintergrund des konstatierten Machtdefizits der Wachstumskritikerinnen im EP scheint es jedenfalls unumgänglich, den eigenen politischen Einfluss kontinuierlich auszubauen. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk darauf liegen, Wachstumskritik in der EK zu etablieren. Denn hier erfolgt im Wesentlichen das Agenda-Setting, welches auf alle anderen Institutionen der EU ausstrahlt. Wachstumskritik aus der EK hätte folglich eine weit größere Wirkung, als sie engagierte wachstumskritische Kräfte im EP zu entfalten in der Lage wären. Fraglich bleibt freilich, wie eine Einflussnahme auf die EK gelingen kann, wenn ihre politische Ausrichtung – wie gezeigt – in erheblichem Maße von den Kräfteverhältnissen auf

nationaler Ebene abhängig ist. Hier würde es wohl eines besonderen taktischen Geschicks bedürfen – wobei es die Mühe durchaus wert sein könnte.

Was die Problemwahrnehmung im EP anbelangt, so wäre es sicherlich auch hilfreich, würde der Arbeitsaufwand gesenkt und die Möglichkeit zu überfraktionellem Austausch gefördert werden. Denkbar wäre etwa, den gesetzgeberischen Output der EK zu verringern, sodass das EP weniger Gesetzesvorlagen zu bearbeiten hätte.²⁹ Auch die Erhöhung des administrativen Budgets, um mehr politische Assistenten einstellen zu können, wie es das EP schon in der Vergangenheit gefordert hat (vgl. Taylor 2010), scheint vielversprechend. Jedenfalls scheint es dringend geboten, die relevanten politischen Akteurinnen mit denjenigen institutionellen Ressourcen auszustatten, die sie für eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung benötigen.

Das EP sollte sich außerdem ganz grundsätzlich mit der Frage beschäftigen, wie sich die Berücksichtigung „unangenehmen Wissens“ im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP institutionell verankern lässt. Denn Probleme wie der Klimawandel verlangen nach einer anderen Art der Bearbeitung (vgl. Levin 2012). Im Sinne einer *Post Normal Science* (vgl. Ravetz 1999)³⁰ wäre beispielweise zu überlegen, ob die gegenwärtige Praxis einer wissenschaftsbasierten Politik nicht zu engstirnig ist.³¹

Dass das Paradigma des grünen Wachstums bisher noch mit keinen größeren Fehlentwicklungen konfrontiert war, muss darüber hinaus nicht unbedingt bedeuten, dass sich die Politik des grünen Wachstums nicht doch hinterfragen lässt. Denn auch wenn der Paradigmen-Wandel bei Hall (1993) bisweilen etwas Naturgewaltiges hat, von außen also nicht beeinflussbar scheint, so dürfte es dennoch nicht schaden, nach kleineren Anomalien Ausschau zu halten und auf diese hinzuweisen. Die Widersprüche der grünen Wachstumsstrategie wären dann nicht mehr nur theoretisch, sondern auch praktisch erfahrbar. Im Falle eines Auftretens großer, nicht lösbarer Fehlentwicklungen könnte eine solche frühzeitige Sensibilisierung für die Problematik des grünen Wachstums somit vielleicht dazu

²⁹ Dies hat jedoch – aufgrund der schlechten Planbarkeit gesetzgeberischer Aktivitäten – scheinbar schon in der Vergangenheit nicht wirklich gut geklappt (vgl. Heath/Sollety 2018).

³⁰ Das Konzept der *Post Normal Science* verwirft das gängige Bild der Wissenschaft als objektive und wertneutrale Institution. Es sieht daher vor, dass bei Problemen, die mit besonders starken Unsicherheiten behaftet sind oder bei denen besonders viel auf dem Spiel steht, zusätzlich noch andere, oftmals vernachlässigte Wissensbestände in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden, u. a. die der direkt von den Entscheidungen Betroffenen (vgl. Ravetz 1999: 650).

³¹ Fraglich bleibt jedoch, wie realistisch Konzepte zur Integration unangenehmen Wissens wirklich sind, wo doch ausgerechnet über den Ausschluss dieses Wissens die Stabilität einer Organisation oder Gesellschaft gewährleistet wird.

beitragen, die Abkehr vom grünen Wachstumsparadigma schneller zu vollziehen. Aus Sicht der Wachstumskritikerinnen wäre es jedenfalls fahrlässig, nicht jede Chance, um die Zweifel an grünem Wachstum auch praktisch erfahrbar zu machen, wahrzunehmen.

Zuletzt gilt es zu überlegen, wie es gelingen kann, dass politische Akteurinnen soziale und demokratischen Verwerfungen, die viele von ihnen mit ausbleibendem Wirtschaftswachstum verbinden, weniger stark fürchten. Neben möglichst logischen Entwürfen einer Postwachstumsgesellschaft, wie sie Berg und Hukkinen (2011) angemahnt hatten, dürfte ein weiteres Werkzeug darin liegen, ein Gegennarrativ zu dem der Moderne zu entwickeln. Dabei könnte in Erwägung gezogen werden, nicht nur eine andere, immaterielle Idee von Fortschritt zu vermitteln, sondern auch die Idee eines unbedingten Fortschritts überhaupt in Frage zu stellen (vgl. Lühmann 2014: 254–256). Denn wenn der Anspruch fällt, dass alles immer besser werden muss, und sei es nur immateriell, dann dürfte auch die Abkehr vom unbegrenzten materiellen Fortschritt um einiges leichter fallen.

5 Zusammenfassung

Diese Untersuchung hat danach gefragt, wie die Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des Europäischen Parlaments berücksichtigt wird. Dazu wurden leitfadengestützte Interviews mit 14 aktuellen Abgeordneten des EP, einer ehemaligen Abgeordneten sowie der politischen Assistentin eines Abgeordneten geführt. Die Analyse dieser Interviews hat ergeben, dass grünes Wachstum insgesamt kaum problematisiert wird. Lediglich die Grünen und die Linke sind sich der Problematik grünen Wachstums mehrheitlich bewusst. Dies dürfte deren kapitalismus- und wachstumskritischer Tradition geschuldet sein. Während die Grünen grünes Wachstum fast ausschließlich innerfraktionell diskutieren, sich nach außen hin jedoch eher zurückhalten, scheint es sich bei der Linken interessanterweise genau andersherum zu verhalten. Deren öffentliche geäußerte Kritik vermag es allerdings nicht, ernsthafte überfraktionelle Debatten anzustoßen oder gar den parlamentarischen Meinungs- und Willensbildungsprozess entscheidend zu beeinflussen. Bei den anderen Fraktionen des EP konnte hingegen kein nennenswertes Bewusstsein für die Problematik grünen Wachstums festgestellt werden.

Die Interviews haben zugleich aber auch einige Hinweise darauf geliefert, wieso die Kritik an grünem Wachstum im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP fast keine Berücksichtigung findet. So lässt sich die Zurückhaltung der Grünen sowie von Teilen der Linken mit ihrem Pragmatismus erklären. Sie befürchten polit-strategische Nachteile, sollten sie die Wachstumspolitik der EU zu stark kritisieren. Als politische Bewegungen, die im Grunde einen Systemwechsel anstreben, finden sie sich damit dem gleichen Dilemma ausgesetzt, dem sich schon viele andere systemkritische Bewegungen gegenübersehen.

Den wachstumskritischen Kräften bei den Grünen und Linken fehlt es also schon innerfraktionell am nötigen Durchsetzungsvermögen. Der auf Mehrheiten ausgerichtete Meinungs- und Willensbildungsprozess im EP erschwert darüber hinaus auch eine Problematisierung grünen Wachstums in den Ausschüssen. Schwer wiegt aber auch, dass in der EK kaum Offenheit für wachstumskritische Perspektiven vorhanden ist. Denn als wichtigster europäischer Akteur im Agenda-Setting und in der Politikformulierung wäre die EK in der Lage, die kritische Auseinandersetzung des EP mit grünem Wachstum erheblich befördern.

Eine solche Auseinandersetzung wird aber auch durch die institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen des EP erschwert. Denn einerseits fehlt es vielen Abgeordneten und ihren Fraktionen schlicht an den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen, um die große Arbeitslast zu bewältigen. Dadurch bleibt kaum Zeit für eine ausführlichere Problematisierung grünen Wachstums. Andererseits schafft es das EP scheinbar aber auch nicht, eine ausgeprägtere, den Problemlagen angemessene Debattenkultur zu etablieren. Ein fruchtbarer Austausch von Argumenten kann so kaum gelingen.

Aber selbst, wenn mehr Möglichkeiten für Debatten bestünden, wäre es fraglich, inwieweit dies zu einer ausführlicheren Problematisierung grünen Wachstums führen würde. Denn für viele Interviewpartnerinnen war die Kritik an grünem Wachstum schlicht zu „theoretisch“, um als Debattenthema im EP in Frage zu kommen. Vielmehr würde das EP ganz konkrete Gesetzesvorhaben besprechen. Damit ein Policy-Paradigma wie grünes Wachstum jedoch hinterfragt wird, bräuchte es wohl erhebliche, vom Paradigma nicht vorhergesehene und auch durch theoretische Erweiterungen nicht zu lösende Fehlentwicklungen. Diese sind für die Politik des grünen Wachstums bisher allerdings ausgeblieben.

Vielen Interviewpartnerinnen war es außerdem wichtig darauf hinzuweisen, dass der Green Deal die soziale Dimension der Transformation nicht vernachlässigen dürfe. Zugleich verbanden sie eine stagnierende oder gar schrumpfende Wirtschaftsleistung mit sozialen und

demokratischen Verwerfungen. Die Betonung sozialer Aspekte und die Schwierigkeiten, sich eine prosperierende Gesellschaft ohne Wachstum vorzustellen, deuten auf die große Bedeutung materiellen Fortschritts in der Moderne sowie auf die Wachstumsabhängigkeit der kapitalistisch geprägten Gesellschaften Europas hin. Beides zusammen erschwert eine kritische Debatte über Wirtschaftswachstum als Politikziel – und damit auch über grünes Wachstum.

Zur Fortschrittsgläubigkeit der Moderne gehört auch der Glaube an den technischen Fortschritt. Den Interviewpartnern dient er dazu, mögliche Probleme der Gegenwart auszublenken und in die ferne Zukunft auszulagern. Die nie ganz widerlegbare Behauptung, technische Innovationen würden grünes Wachstum möglich machen, fungiert hier als eine Strategie des Umgangs mit „unangenehmem Wissen“, wie es die Erkenntnisse der kritischen Entkopplungsforschung darstellen. Als eine solche Strategie kann auch der Zweckoptimismus einiger Interviewpartner angesehen werden.

Zuletzt scheint es insbesondere bei den Fraktionen rechts der Grünen und der Linken Verständnisprobleme in Bezug auf die Hauptaussagen der Kritik an grünem Wachstum zu geben. Diese rühren wohl daher, dass die Befürworterinnen grünen Wachstums es nicht gewohnt sind, die biophysikalischen Grenzen in ihre Analyse wirtschaftlicher Prozesse miteinzubeziehen. Die kritische Entkopplungsforschung, als Teil der Ökologischen Ökonomie, bettet Wachstumsprozesse hingegen in ihre biophysikalische Umwelt ein. Sie kommt daher zu ganz anderen Schlüssen hinsichtlich der Machbarkeit grünen Wachstums.

Die eingangs formulierte Forschungsfrage lässt sich damit wie folgt beantworten:

Die Kritik an grünem Wachstum findet, mit Ausnahme der Grünen und der Linken, kaum Berücksichtigung im Meinungs- und Willensbildungsprozess des Europäischen Parlaments. Die Gründe dafür dürften u. a. der Pragmatismus der Grünen und Linken, der fehlende Einfluss wachstumskritischer Kräfte, insbesondere auf das Agenda-Setting und die Problemformulierung in der EK, der gesetzgeberische Kompetenzzuwachs des EP bei gleichzeitiger struktureller Überforderung der Abgeordneten und ihrer Fraktionen, das Fehlen von Anomalien in der Politik des grünen Wachstums, die Bedeutung von materiellem Fortschritt und Wirtschaftswachstum in modernen, kapitalistisch organisierten Gesellschaften, Strategien des Umgangs mit dem „unangenehmen Wissen“ der kritischen Entkopplungsforschung sowie die Gewöhnung an die Vernachlässigung biophysikalischer Grenzen sein.

Die vorliegende Untersuchung kann somit einige der Ergebnisse der bisherigen Forschung zur Rezeption von Wachstumskritik durch politische bzw. politiknahe Akteurinnen bestätigen. So hat sich gezeigt, dass im EP, ähnlich wie im finnischen *Komitee zur Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion* und im Deutschen Bundestag, eine relativ große Offenheit für Kritik an konventionellem Wachstum besteht. Zudem hatten auch in dieser Studie, analog zu Berg und Hukkinen (2011), viele Interviewpartnerinnen Schwierigkeiten, sich eine Gesellschaft ohne Wachstum vorzustellen. Ebenso gibt es Übereinstimmungen mit dem Befund von Rivera und Zucher (2019), wonach es in erster Linie die Grünen seien, die besonders offen für Wachstumskritik sind und innerfraktionell kontrovers über dieses Thema diskutieren.

Darüber hinaus haben es der spezifische Fokus dieser Arbeit auf die Rezeption der Kritik an grünem Wachstum sowie ihr stark explorativer Charakter aber auch möglich gemacht, gänzlich neue Erklärungen für die Nichtproblematisierung grünen Wachstums zu finden. In ihrer großen Vielfalt bieten diese Erklärungen ein breites Instrumentarium, um die Hindernisse, die einer ausführlicheren Erörterung der Plausibilität grünen Wachstums auf politischer Ebene entgegenstehen, besser zu verstehen. Dazu waren die bisherigen Studien zur Rezeption von Wachstumskritik in (halb-)politischen Institutionen allein schon aufgrund ihres Forschungsdesigns nicht in der Lage. Die empirische Nähe dieser Untersuchung zum europäischen Green Deal, dem aktuellsten und prominentesten Projekt eines neuen, grünen Wachstumsparadigmas, erweitert zudem den bis dato noch sehr spärlichen Forschungsstand um eine wichtige zeitliche, räumliche und thematische Dimension.

In Anbetracht dieser neuen Erkenntnisse sollten sich die pragmatischen Kräfte – nicht nur bei den Grünen und der Linken, sondern im gesamten EP – die Frage stellen, ob ihr Pragmatismus ob der drohenden ökologischen Gefahren noch länger vertretbar ist. Die Wachstumskritikerinnen im EP sollten ihre Bemühungen zudem speziell auf die EK konzentrieren, ist hier doch das größte Potenzial vorhanden, um eine EU-weite Debatte über grünes Wachstum anzustoßen. Das Ausbleiben größerer Anomalien sollte sie dabei nicht entmutigen. Stattdessen können sie auch jetzt schon auftauchende kleinere Anomalien zum Anlass nehmen, um die Widersprüche grünen Wachstums praktisch erfahrbar zu machen und so zu einer frühzeitigen Bewusstseinsbildung beizutragen. Ebenso sollten sie sich für institutionelle Reformen starkmachen, die eine Reduktion der Arbeitslast des EP sowie die Etablierung einer angemessenen Debattenkultur zur Folge haben. Nur so lässt sich der Problematik grünen Wachstums, aber auch anderen wichtigen Themen, gerecht werden. Begrüßenswert wären außerdem institutionelle Mechanismen, die eine Berücksichtigung

„unangenehmen Wissens“ begünstigen. Anzudenken wäre etwa ein anderes Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, beispielsweise im Sinne einer *Post Normal Science*. Und schließlich gilt es, dem Fortschrittsnarrativ der Moderne ein Narrativ entgegenzusetzen, das in Fortschritt nicht den letzten Zweck politischen und gesellschaftlichen Handelns sieht.

Als explorative Studie konnte diese Arbeit nur einen ersten Überblick über die Rezeption von Kritik an grünem Wachstum in politischen Institutionen geben. Für zukünftige Forschung bieten sich jedoch einige Anknüpfungspunkte. Um die Ergebnisse dieser Untersuchung abzusichern und ein noch besseres, tieferes Verständnis von den Ursachen der Nichtproblematisierung grünen Wachstums zu erlangen, wäre es sinnvoll, sich auf kleinere Untersuchungseinheiten zu konzentrieren. Besonders aufschlussreich dürfte es dabei sein, einzelne Fraktionen oder Ausschüsse, z. B. den Umweltausschuss, den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie oder den Wirtschafts- und Währungsausschuss, genauer unter die Lupe zu nehmen. Schließlich genießen Fragen des Umweltschutzes bzw. zum Verhältnis zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum dort eine besondere Priorität. Methodisch dürfte zudem ein ethnographischer Zugang vielversprechend sein.

Die vorliegende Untersuchung hat aber auch einige neue Fragen aufgeworfen. So stellt sich in Anbetracht der berichteten unbefriedigenden Debattenkultur die Frage, warum die Redezeiten im EP so viel kürzer als in den meisten anderen nationalen Parlamenten sind. Des Weiteren wäre es interessant zu wissen, ob es sich beim Pragmatismus der Grünen und Linken um eine elaborierte, auf einen Systemwechsel ausgerichtete Strategie handelt oder ob ihm diese systemverändernde Komponente eher nicht zu eigen ist. Fraglich bleibt auch, inwiefern die Ergebnisse dieser Studie auf andere politische Settings übertragbar sind. Welche Rolle spielen beispielsweise wachstums- und kapitalismuskritische Traditionen, Pragmatismus und Zeitdruck bzw. fehlende Debattenkultur im Meinungs- und Willensbildungsprozess der EK? Der große Einfluss der EK auf die Politikgestaltung in der EU macht dieses europäische Organ überhaupt zu einem sehr lohnenswerten Betrachtungsgegenstand hinsichtlich der Rezeption von Kritik an grünem Wachstum. Dies trifft umso mehr zu, da Fehlentwicklungen die Debatte über grünes Wachstum in den kommenden Jahren deutlich beleben könnten.

6 Literatur- und Quellenverzeichnis

Adler, Frank (2022): Wachstumskritik, Postwachstum, Degrowth. Wegweiser aus der (kapitalistischen) Zivilisationskrise, München: Oekom-Verlag.

Anan, Deniz (2017): Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden: Springer VS.

Antal, Miklós/van den Bergh, Jeroen C. J. M. (2016): Green growth and climate change. conceptual and empirical considerations, in: Climate Policy, Vol. 16 (2), DOI: 10.1080/14693062.2014.992003, S. 165–177.

Barry, John (2020): A Genealogy of Economic Growth as Ideology and Cold War Core State Imperative, in: New Political Economy, Vol. 25 (1), DOI: 10.1080/13563467.2018.1526268, S. 18–29.

Bellamy, Richard (2012): Democracy, Compromise and the Representation Paradox. Coalition Government and Political Integrity, in: Government and Opposition, Vol. 47 (3), DOI: 10.1111/j.1477-7053.2012.01370.x, S. 441–465.

Berg, Annukka/Hukkinen, Janne I. (2011): The paradox of growth critique. Narrative analysis of the Finnish sustainable consumption and production debate, in: Ecological Economics, Vol. 72, DOI: 10.1016/j.ecolecon.2011.09.024, S. 151–160.

Binswanger, Mathias (2019): Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim: Wiley-VCH.

Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2018): Politikfeldanalyse. Eine Einführung, 3. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2002): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen: Leske & Budrich.

Brand, Ulrich (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Vol. 175 (2), DOI: 10.32387/prokla.v44i175.176, S. 289–306.

Buch-Hansen, Hubert/Carstensen, Martin B. (2021): Paradigms and the political economy of ecopolitical projects. Green growth and degrowth compared, in: *Competition & Change*, Vol. 25 (3–4), DOI: 10.1177/1024529420987528, S. 308–327.

Burchell, John (2014): *Transformations in green politics. interpreting development and change within European green parties*, London: Routledge.

Charmaz, Kathy (2014): *Constructing Grounded Theory*, 2. Auflage, London [u. a.]: SAGE Publications.

Club of Rome (2022): About us, abgerufen unter: <https://www.clubofrome.org/about-us/>, (Zugriff: 12.03.2022).

Collins, Robert M. (2002): *More. The Politics of Economic Growth in Postwar America*, Oxford University Press.

Daly, Herman E. (1980): Growth Economics and the Fallacy of Misplaced Concreteness. Some Embarrassing Anomalies and an Emerging Steady-State Paradigm, in: *The American Behavioral Scientist*, Vol. 24 (1), DOI: 10.1177/000276428002400105, S. 79–105.

Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, abgerufen unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/133/1713300.pdf>, (Zugriff: 10.9.2021).

Dye, Thomas (1972): *Policy analysis. What governments do, why they do it, and what difference it makes*, Tuscaloosa: University of Alabama Press.

EK (2019): Der europäische Grüne Deal, abgerufen unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52019DC0640&from=DE>, (Zugriff: 26.11.2021).

EP (2019a): Protokoll zur Plenardebatte vom 11.12.2019. Punkt 7: Der europäische Grüne Deal (Aussprache), abgerufen unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2019-12-11-ITM-007_DE.html, (Zugriff: 04.03.2022).

EP (2019b): Videoaufnahme der Plenarsitzung vom 11.12.2019, abgerufen unter: <https://www.europarl.europa.eu/plenary/de/vod.html?mode=chapter&vodLanguage=DE&playerStartTime=20191211-14:16:09&playerEndTime=20191211-16:14:33#>, (Zugriff: 04.03.2022).

EP (2020a): Entschließungsantrag der Grünen/EFA zum Europäischen Grünen Deal, abgerufen unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0040_DE.pdf, (Zugriff: 04.03.2022).

EP (2020b): Entschließungsantrag der Linken zum Europäischen Grünen Deal, abgerufen unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0044_DE.pdf, (Zugriff: 04.03.2022).

EP (2020c): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 zu dem Thema „Der europäische Grüne Deal“, abgerufen unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0005_DE.pdf, (Zugriff: 04.03.2022).

European Environment Agency (2020): Trends and projections in Europe 2020. Tracking progress towards Europe's climate and energy targets, abgerufen unter: <https://www.eea.europa.eu/publications/trends-and-projections-in-europe-2020/trends-and-projections-in-europe-2020/viewfile#pdfjs.action=download>, (Zugriff: 31.12.2021).

Felt, Ulrike/Nowotny, Helga/Taschwer, Klaus (1995): Wissenschaftsforschung. Eine Einführung, Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.

Festl, Michael G. (2018): Handbuch Pragmatismus, Stuttgart: J. B. Metzler Verlag.

Fletcher, Robert/Rammelt, Crelis (2017): Decoupling. A Key Fantasy of the Post-2015 Sustainable Development Agenda, in: Globalizations, Vol. 14 (3), DOI: 10.1080/14747731.2016.1263077, S. 450–467.

Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Keupp, Heiner/von Rosenstiel, Lutz/Wolf, Stephan (Hg.) (1995): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen, 2. Auflage, Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.

Gabler Wirtschaftslexikon (2018): Bruttoinlandsprodukt (BIP), abgerufen unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bruttoinlandsprodukt-bip-27867/version-251509>, (Zugriff: 12.11.2021).

Georgescu-Roegen, Nicholas (1975): Energy and Economic Myths, in: Southern Economic Journal, Vol. 41 (3), DOI: 10.2307/1056148, S. 347–381.

Giampietro, Mario (2019): On the Circular Bioeconomy and Decoupling. Implications for Sustainable Growth, in: Ecological Economics, Vol. 162, DOI: 10.1016/j.ecolecon.2019.05.001, S. 143–156.

Gröbl-Steinbach, Evelyn (1994): Fortschrittsidee und rationale Weltgestaltung. Die kulturellen Voraussetzungen des Politischen in der Moderne, Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag.

Grant, Lyle K. (2012): Does Abstracting Threaten a Sustainable Future? In: The Psychological record, Vol. 62 (2), DOI: 10.1007/BF03395806, S. 337–350.

Guillot, Louise (2021): Eurocrats burn out under ‘insane’ Green Deal workload. Delivering on the numerous promises of the Green Deal is putting Commission staff under increased pressure, in: Politico, 25. Juni 2021, abgerufen unter: <https://www.politico.eu/article/european-commission-green-deal-staff-burnout-workload/>, (Zugriff: 10.11.2021).

Gutmann, Amy/Thompson, Dennis (2012): The Spirit of Compromise. Why Governing Demands it and Campaigning Undermines it, Princeton (NJ): Princeton University Press.

Haberl, Helmut/ Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway, Paul/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streeck, Jan/Creutzig, Felix (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II. Synthesizing the insights, in: Environmental Research Letters, Vol. 15 (6), DOI: 10.1088/1748-9326/ab842a, 65003.

Hall, Peter (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain, in: Comparative Politics, Vol. 25 (3), DOI: 10.2307/422246, S. 275–296.

Heath, Ryan/Solletty, Marion (2018): Commission falls short on ‘less regulation’ promise. This Commission’s legislative output is not significantly lower than its predecessor’s, in: Politico, 23. Oktober 2018, abgerufen unter: <https://www.politico.eu/article/commission-juncker-less-regulation-promise-falls-short/>, (Zugriff: 25.11.2021).

Helffferich, Cornelia (2011): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, 4. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible? In: New Political Economy, Vol. 25 (4), DOI: 10.1080/13563467.2019.1598964, S. 469–486.

Jackson, Tim (2017): Wohlstand ohne Wachstum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, 3. Auflage, München: Oekom-Verlag.

Jacobs, Michael (2013): Green Growth, in: Falkner, Robert (Hg.), Handbook of Global Climate and Environmental Policy, Oxford: Wiley Blackwell, S. 197–214.

Kallis, Giorgos (2019): Socialism Without Growth, in: Capitalism Nature Socialism, Vol. 30 (2), DOI: 10.1080/10455752.2017.1386695, S. 189–206.

Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich: Rotpunktverlag.

Klein, Markus/Falter, Jürgen W. (2003): Der lange Weg der Grünen. eine Partei zwischen Protest und Regierung, München: Beck.

Korhonen, Jouni/Honkasalo, Antero/Seppälä, Jyri (2018): Circular Economy. The Concept and its Limitations, in: Ecological Economics 143, DOI: 10.1016/j.ecolecon.2017.06.041, S. 37–46.

Kovacic, Zora/Strand, Roger/Völker, Thomas (2020): The Circular Economy in Europe. Critical Perspectives on Policies and Imaginaries, New York: Routledge.

Kumar, Abhishek/Nagar, Shilpi/Anand, Shalini (2021): Climate change and existential threats, in: Singh, Suruchi /Singh, Pardeep/Rangabhashiyam, S./Srivastava, K. K. (Hg.): Global Climate Change, Amsterdam: Elsevier, DOI: 10.1016/B978-0-12-822928-6.00005-8, S. 1–31.

Lehnert, Detlef (1977): Reform und Revolution in den Strategiediskussionen der klassischen Sozialdemokratie. zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Ursprüngen bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs, Bonn-Bad Godesberg: Neue Gesellschaft.

Leinen, Jo (2010): Das Europäische Parlament und der Vertrag von Lissabon, in: Leiß, Olaf (Hg.): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97–113.

Levin, Kelly/Cashore, Benjamin/Bernstein, Steven/Auld, Graeme (2012): Overcoming the tragedy of super wicked problems. constraining our future selves to ameliorate global climate change, in: Policy Sciences, Vol. 45 (2), DOI 10.1007/s11077-012-9151-0, S. 123–152.

Lord, Christopher/Tamvaki, Dionysia (2013): The politics of justification? Applying the ‘Discourse Quality Index’ to the study of the European Parliament, in: European Political Science Review, Vol. 5 (1), DOI: 10.1017/S1755773911000300, S. 27–54.

Lühmann, Michael (2014): Ökologische Krise und der Geist des Fortschritts. Eine Auseinandersetzung an den Grenzen der Wachstumsmoderne, in: Momentum Quarterly, Vol 3 (4), S. 246–258.

Marschall, Birgit (2022): Habeck verpasst der Wirtschaftspolitik einen grünen Anstrich, in: RP Online, 26. Januar 2022, abgerufen unter: https://rp-online.de/politik/deutschland/robert-habeck-verpasst-der-wirtschaftspolitik-einen-gruenen-anstrich_aid-65656781, (Zugriff: 10.02.2022).

Mayer, Wolfgang (2020): Von der Wachstumskritik zum grünen Fortschrittsoptimismus. ein feldtheoretischer Erklärungsversuch der österreichischen Grünbewegung, Masterarbeit, Universität Graz, Fakultät für Sozialwissenschaften.

McMichael, Anthony J./Lindgren, Elisabet (2011): Climate change. present and future risks to health, and necessary responses, in: Journal of Internal Medicine, Vol. 270 (5), DOI: 10.1111/j.1365-2796.2011.02415.x, S .401–413.

Meadows, Dennis/Meadows, Donella H./Zahn, Erich/Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Neßler, Volker (1997): Europäische Willensbildung. Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach (Taunus): Wochenschau-Verlag.

O’Bryan, Scott (2009): The Growth Idea. Purpose and Prosperity in Postwar Japan, Honolulu (HI): Univ. of Hawaii Press.

Olsen, Jonathan/McCormick, John (2016): The European Union. Politics and Policies, Boulder (CO): Westview Press.

Ossewaarde, Marinus/Ossewaarde-Lowtoot, Roshnee (2020): The EU's Green Deal. A Third Alternative to Green Growth and Degrowth? In: Sustainability, Vol. 12, DOI: 10.3390/su12239825, 9825.

Paech, Niko (2019): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 11. Auflage, München: Oekom-Verlag.

Parrique, Timothée/Barth, Jonathan/Briens, François/Kerschner, Christina/Kraus-Polk, Alejo/Kuokkanen, Anna/Spangenberg, Joachim H. (2019): Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, European Environmental Bureau, abgerufen unter: <https://eeb.org/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>, (Zugriff: 12.12.2021).

Patzelt, Werner J. (2014): Abgeordnete und ihr Beruf. Von wahren Vorurteilen und falschen Vorverurteilungen, Wiesbaden: Springer VS.

Pot, Mirjam/Prainsack, Barbara (2021): Gute Forschungsfragen entwickeln und Teilnehmerinnen auswählen, in: Prainsack, Barbara/Pot, Mirjam (Hg.): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft, Wien: Facultas, S. 66–82.

Prainsack, Barbara/Pot, Mirjam (2021): Interpretative Datenanalyse. Einführung in das Kodieren, in: Dies. (Hg.): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft, Wien: Facultas, S. 143–156.

Prainsack, Barbara/Pot, Mirjam (2021): Qualitative Interviews führen, in: Dies. (Hg.): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft, Wien: Facultas, S. 101–117.

Probst, Lothar (2013): Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE), in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 509–540.

Ravetz, Jerome R. (1999): What is Post-Normal Science, in: Futures, Vol. 31 (7), S. 647–653.

Raworth, Kate (2018): Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, München: Carl Hanser Verlag.

Rayner, Steve (2012): Uncomfortable knowledge. the social construction of ignorance in science and environmental policy discourses, in: *Economy and Society*, Vol. 41 (1), DOI: 10.1080/03085147.2011.637335, S. 107–125.

Redaktionsgruppe Degrowth (2014): Mehr oder weniger. Wachstumskritik von links, Rosa-Luxemburg-Stiftung, abgerufen unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien3_MehrOderWeniger.pdf, (Zugriff: 20.11.2021).

Reilly, John M. (2012): Green growth and the efficient use of natural resources, in: *Energy economics*, Vol. 34, DOI: 10.1016/j.eneco.2012.08.033, S. S85–S93.

Rivera, Manuel (2018): Growth in parliament. Some notes on the persistence of a dogma, in: *Futures: the journal of policy, planning and futures studies*, Vol. 95, DOI: 10.1016/j.futures.2017.09.002, S. 1–10.

Rivera, Manuel/Saalbach, Claudia/Zucher, Franziska/Mues, Moritz (2016): Das Wachstumsparadigma im Deutschen Bundestag. Ergebnisse und Fragen aus dem Projekt „Growth in Politics“, IASS Study, abgerufen unter: https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_1787050_9/component/file_1791894/content, (Zugriff: 12.09.2021).

Rivera, Manuel/Zucher, Franziska (2019): Dogma statt Debatte. Wirtschaftswachstum im parlamentarischen Diskurs, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Vol. 60 (4), DOI: 10.1007/s11615-018-0107-7, S. 71–93.

Rockström, Johann (2015): Bounding the Planetary Future. Why We Need a Great Transition, abgerufen unter: http://www.greattransition.org/images/GTI_publications/Rockstrom-Bounding_the_Planetary_Future.pdf, (Zugriff 02.01.2022).

Rockström, Johan/Steffen, Will/Noone, Kevin/Persson, Asa/Chapin, F. Stuart/Lambin, Eric F./Lenton, Timothy M./Scheffer, Marten/Folke, Carl/Schellnhuber, Hans Joachim/Nykvist, Björn/de Wit, Cynthia A./Hughes, Terry/van der Leeuw, Sander/Rodhe, Henning/Sörlin, Sverker/Snyder, Peter K./Costanza, Robert/Svedin, Uno/Falkenmark, Malin/Karlberg, Louise/Corell, Robert W./Fabry, Victoria J./Hansen, James/Walker, Brian/Liverman, Diana/Richardson, Katherine/Crutzen, Paul/Foley, Jonathan A. (2009): A safe operating space for humanity, in: *Nature*, Vol. 461, DOI: 10.1038/461472a, S. 472–475.

Ruiz-Villaverde, Alberto (2019): Editor's Introduction: The Growing Failure of the Neoclassical Paradigm in Economics, in: *The American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 78 (1), DOI: 10.1111/ajes.12265, S. 13–34.

Schmelzer, Matthias (2016): *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*, Cambridge: Cambridge University Press.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg: Junius-Verlag.

Schubert, Klaus/Martina, Klein (2016): *Das Politiklexikon*, 6. Auflage, Bonn: Dietz.

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (2012): Dependence on Economic Growth Prevents Policy Making within the Limits to Growth, in: *GAIA*, Vol. 21 (2), DOI: 10.14512/gaia.21.2.9, S. 108–115.

Smulders, Sjak/Toman, Michael/Withagen, Cees (2014): Growth theory and 'green growth', in: *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 30 (3), DOI: 10.1093/oxrep/gru027, S. 423–446.

Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockström, Johan/Cornell, Sarah E./Fetzer, Ingo/Bennett, Elena M./Biggs, Reinette/Carpenter, Stephen R./de Vries, Wim/de Wit, Cynthia A./Folke, Carl/Gerten, Dieter/Heinke, Jens/Mace, Georgina M./Persson, Linn M./Ramanathan, Veerabhadran/Reyers, Belinda/Sörlin, Sverker (2015): Planetary Boundaries. Guiding Human Development on a Changing Planet, in: *Science*, Vol. 347 (6223), DOI: 10.1126/science.1259855, 1259855.

Steurer, Reinhard (2010): Die Wachstumskontroverse als Endlosschleife. Themen und Paradigmen im Rückblick, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Vol. 57 (4), S. 423–435.

Stoknes, Per Espen/Rockström, Johan (2018): Redefining green growth within planetary boundaries, in: *Energy Research & Social Science*, Vol. 44, DOI: 10.1016/j.erss.2018.04.030, S. 41–49.

Taylor, Simon (2010): Parliament votes for more staff and more money. MEPs vote to increase their staff allowances, pleading a heavier workload under the new treaty, in: *Politico*, 27. Januar 2010, abgerufen unter: <https://www.politico.eu/article/parliament-votes-for-more-staff-and-more-money/>, (Zugriff: 23.11.2021).

Trainer, Ted (2010): Can renewables etc. solve the greenhouse problem? The negative case, in: *Energy Policy*, Vol. 38 (8), DOI: 10.1016/j.enpol.2010.03.037, S. 4107–4114.

Trainer, Ted (2012): De-growth. Do you realise what it means? In: *Futures*, Vol. 44 (6), DOI: 10.1016/j.futures.2012.03.020, S. 590–599.

United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019): *World Population Prospects 2019. Highlights*, abgerufen unter: https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf, (Zugriff: 20.03.2022).

United Nations Environment Programme (2019): *Emissions Gap Report 2019*, abgerufen unter: <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/30797/EGR2019.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, (Zugriff: 06.03.2022).

Vadén, T./Lähde, V./Majava, A./Järvensivu, P./Toivanen, T./Hakala, E./Eronen, J.T. (2020): Decoupling for ecological sustainability. A categorisation and review of research literature, in: *Environmental Science and Policy*, Vol. 112, DOI: 10.1016/j.envsci.2020.06.016, S. 236–244.

Vadén, T./Lähde, V./Majava, A./Järvensivu, P./Toivanen, T./Eronen, J.T. (2021): Raising the bar. on the type, size and timeline of a ‘successful’ decoupling, in: *Environmental Politics*, Vol. 30 (3), DOI: 10.1080/09644016.2020.1783951, S. 462–476.

von Altenbockum, Jasper (2021): Willkommen in der Wirklichkeit, in: *FAZ*, 18. Juni 2021, abgerufen unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/industriepolitik-der-gruenen-annalena-baerbocks-pakt-mit-der-wirklichkeit-17394482.html>, (Zugriff: 15.11.2021).

Wallace, Helen/Reh, Christine (2020): *An Institutional Anatomy and Five Policy Modes*, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Roederer-Rynning, Christilla/Young, Alasdair R. (Hg.): *Policy-making in the European Union*, Oxford: Oxford University Press, S. 67–105.

Wangermann, Ernst (1974): Die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Reform zu Revolution in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, in: Botz, Gerhard (Hg.): *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*, Wien: Europaverlag, S. 249–266.

Ward, James D./Sutton, Paul C./Werner, Adrian D./Costanza, Robert/Mohr, Steve H./Simmons, Craig T. (2016): Is Decoupling GDP Growth from Environmental Impact Possible? In: PLoS ONE, Vol. 11 (10), DOI: 10.1371/journal.pone.0164733, e0164733.

Weinberg, Ashley/Cooper, Cary L./Weinberg, Anne (1999): Workload, stress and family life in British Members of Parliament and the psychological impact of reforms to their working hours, in: Stress medicine, Vol.15 (2), DOI: 10.1002/(SICI)1099-1700(199904)15:2<79::AID-SMI788>3.0.CO2-S, S. 79–87.

Weingart, Peter (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück.

Westle, Bettina (Hg.) (2018): Methoden der Politikwissenschaft, 2. aktualisierte Auflage, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Streeck, Jan/Pichler, Melanie/Mayer, Andreas/Krausmann, Fridolin/Brockway, Paul/Schaffartzik, Anke/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Sousa, Tânia/Creutzig, Felix/Haberl, Helmut (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part I. bibliometric and conceptual mapping, in: Environmental Research Letters, Vol. 15 (6), DOI: 10.1088/1748-9326/ab8429, 63002.

Wiedmann, Thomas O./Schandl, Heinz/Lenzen, Manfred/Moran, Daniel/Suh, Sangwon/West, James/Kanemoto, Keiichiro (2015): The material footprint of nations, in: Proceedings of the national academy of sciences, Vol. 112 (20), DOI: 10.1073/pnas.1220362110, S. 6271–6276.

Young, Alasdair R./Roederer-Rynning, Christilla (2020): The EU Policy Process in Comparative Perspective, in: Wallace, Helen/Pollack, Mark A./Roederer-Rynning, Christilla/Young, Alasdair R. (Hg.): Policy-making in the European Union, Oxford: Oxford University Press, S. 43–66.

7 Anhang

7.1 Abstract Deutsch

Wirtschaftswachstum ist in der Vergangenheit fast immer mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch einhergegangen. Dieser Ressourcenverbrauch belastet die Umwelt jedoch in einem solchem Maße, dass mittlerweile sogar der Kollaps der Ökosysteme droht. Um dies zu verhindern, hat die Europäische Union (EU) mit ihrem *Green Deal* eine Strategie entwickelt, mit der es gelingen soll, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln. Ein solcher Versuch, den Ressourcenverbrauch und die damit verbundenen negativen Umweltauswirkungen, wie etwa den CO²-Ausstoß, zu verringern, während gleichzeitig die Wirtschaft weiterwachsen soll, kann als „grünes Wachstum“ bezeichnet werden. Als einem der zwei gesetzgebenden Organe der EU obliegt es dem Europäischen Parlament (EP), den Green Deal gesetzlich zu verankern. Neuere wissenschaftliche Erkenntnisse lassen das Konzept des grünen Wachstums jedoch sowohl empirisch als auch theoretisch als höchst zweifelhaft erscheinen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich daher mit der Frage, wie diese Zweifel an der Plausibilität grünen Wachstums im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP berücksichtigt werden. Methodisch inspiriert von der Constructivist Grounded Theory, wurden qualitative Interviews mit 14 Abgeordneten des EP, einer ehemaligen Abgeordneten sowie der Mitarbeiterin eines Abgeordneten geführt und anschließend analysiert. Es hat sich herausgestellt, dass lediglich die Grünen und die Linken grünes Wachstum kritischer sehen, die Zweifel ansonsten aber fast keine Berücksichtigung im Meinungs- und Willensbildungsprozess des EP finden. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur und reichen von pragmatischen Erwägungen über eine fehlende Problemwahrnehmung bis hin zu Verständnisproblemen. Als erste Studie, die sich spezifisch mit der Rezeption dieser Zweifel an grünem Wachstum in politischen Institutionen befasst hat, ist es somit gelungen, sowohl das Ausmaß der Problematisierung grünen Wachstums durch einen bedeutenden politischen Akteur – das EP – zu bestimmen, als auch mögliche Erklärung auszumachen, wieso eine solche Problematisierung fast nicht stattfindet.

7.2 Abstract Englisch

In the past, economic growth has almost always been accompanied by additional resource use. This resource use comes with an increasing burden on the environment, though, to such an extent that there is a real chance that ecosystems could collapse in the next couple of decades.

In order to avoid this, the European Union (EU) has developed its *Green Deal*, a strategy to decouple economic growth from resource use. Such an attempt to reduce resource use and the negative environmental impacts that are connected to it, like CO² emissions, while at the same time growing the economy, can be described as “green growth”. As one of the two legislative bodies of the EU it falls to the European Parliament (EP) to give the Green Deal its legislative foundation. However, recent scientific research casts doubt on the empirical as well as the theoretical feasibility of green growth. This thesis therefore examines how these doubts are included in the decision-making process of the EP. Methodologically inspired by the Constructivist Grounded Theory, qualitative interviews were conducted with 14 current Members, one former Member and the political assistant of a Member of the EP. It turns out that the scientifically induced doubts regarding green growth hardly find any recognition in the decision-making process of the EP. The reasons for this are of diverse nature and range from pragmatical considerations across a lacking perception of the actual problem up to a lack of cognitive comprehension. As the first study that has specifically dealt with how these doubts about green growth are processed in political institutions, it was possible to assess the extent to which green growth is critically evaluated by an important political stakeholder like the EP as well as to explore potential explanations as to why such an evaluation is hardly taking place.

7.3 Interviewleitfaden

1. Anwärfrage: Warum beschäftigen Sie sich mit Umweltthemen?
2. Orte und Situationen der Debatte
 - Leitfrage: Nun verfolgt die EU mit dem Green Deal ja eine Politik des grünen Wachstums. Gleichzeitig gibt es aber auch die Ansicht, dass Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit nicht miteinander vereinbar sind. Können Sie mir etwas darüber erzählen, in welchen Situation Sie im Europäischen Parlament auf Debatten über die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit gestoßen sind?
 - Wird das in Ihren Ausschüssen besprochen?
 - Wie schaut es in Ihrer Fraktion diesbezüglich aus?
 - Gibt es informelle Gespräche über dieses Thema?
 - Gibt es sonstige Orte im EP, an denen solche Diskussionen geführt werden?
3. Beschreibung der genauen Abläufe der Diskussionen

- Leitfrage: Sie haben jetzt einige Bereiche angesprochen. Wie genau laufen diese Diskussionen denn dann ab?
- Bei welchen Gelegenheiten wird das thematisiert? Wer initiiert das?
- Wer sitzt zusammen und diskutiert diese Themen? Wie läuft der Austausch von Argumenten ab?
- Wer entscheidet? Wie kommt es dann zu einer Entscheidung? Was geschieht mit der Kritik?
- Nachdem diskutiert wurde, was passiert dann?
- Können Sie mir ein konkretes Beispiel für eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit geben?
- Das war also jetzt ein Beispiel für eine Diskussion in Ihrem Ausschuss/Ihrer Fraktion. Wie läuft das im ... ab?

4. Argumente

- Leitfrage: Können Sie mir erzählen, welche Argumente in den Diskussionen vorgebracht werden?
- Welche Argumente bringen die KritikerInnen vor?
- Wenn es um Kritik an grünem Wachstum geht, wird das dann auch konkretisiert? Wird über die spezifischen Probleme von grünem Wachstum gesprochen?
- Wird die Kritik am Wirtschaftswachstum dann auch spezifisch mit Umwelt- und Klimaschutz in Verbindung gebracht? Ist sie ökologisch motiviert?
- Und wie wird auf diese Kritik entgegnet?
- Falls Mitglied im Umweltausschuss: Welche Argumente bezüglich grünen Wachstums und Wachstumskritik nehmen Sie im Umweltausschuss wahr?
- Wenn keine wachstumskritischen Diskussionen angesprochen wurden → Nochmal spezifisch danach fragen.
- Wenn auch dann nichts berichtet werden kann: darum herum fragen → wie wird allgemein über den Green Deal diskutiert? Gibt es Diskussionen über den Nutzen von weiterem Wirtschaftswachstum? Was soll damit erreicht werden? Gibt es eine Diskussion darüber, wann genug materieller Wohlstand erreicht ist? Was würde passieren, wenn es kein Wachstum oder gar einen Rückgang der Wirtschaftsleistung gäbe?
- Werden im Europäischen Parlament auch Alternativen zu einer Politik des Wirtschaftswachstums – ob „grün“ oder „braun“ – besprochen und wenn ja, welche wären das?
- Gibt es Kritik am Kapitalismus? Wenn ja, wie weit geht sie?
- Gibt es Überlegungen, Wohlstand neu zu definieren? Wenn ja, wie spiegeln sich das neue Wohlstandsverständnis in der konkreten Politik des EP wider?

5. Wissenschaftliche Grundlagen der Debatte

- Leitfrage: Die Umweltpolitik ist ja auch ein Politikfeld, das stark von Expertenwissen geprägt ist. Welche Rolle spielen denn wissenschaftliche Erkenntnisse in den Debatten um die richtige Klima- und Umweltpolitik des Europäischen Parlaments?
 - Insbesondere in den Fraktionen und in den Ausschüssen
- Wachstumskritikerinnen versuchen ihre Argumente ja vermehrt auch wissenschaftlich zu untermauern. Werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse der ökologischen Wachstumskritik auch in den Diskussionen im EP angeführt?
- Falls ja: wo genau?
- Wie werden diese Wissenschaftlichen Erkenntnisse dort aufgenommen?
- Haben Sie selbst schon einmal von den wissenschaftlichen Erkenntnissen der ökologischen Wachstumskritik gehört?
- Falls ja: Was denken Sie darüber?
- Falls die Erzählperson sich gut mit den Problemen grünen Wachstums auskennt: Wie würden Sie den Kenntnisstand der anderen ParlamentarierInnen über die Probleme grünen Wachstums beschreiben?
- Wie informieren Sie selbst sich über Umweltthemen?

6. Persönliche Einschätzung

- Zuletzt würde mich noch Ihre persönliche Einschätzung interessieren: Wie ist Ihr Eindruck über die Entwicklung dieser Diskussionen und welche Aspekte sollten in Zukunft noch stärkere Beachtung finden?